

**DIE BESSEREN BANKEN: S. 12****Interview mit Thomas Jorberg, Chef der GLS-Bank:  
Kann Geldanlage moralisch sein?**

Eine Bank wankt von einem Strafverfahren ins andere und geht an keinem dubiosen Geschäft vorbei, das auch nur eine Handvoll Dollar verspricht. Und es gibt eine Bank, die ist das pure Gegenteil. Warum ist die Deutsche Bank so groß und die GLS Bank so klein?



„So groß wie die deutsche Bank? – Das wäre ein Alptraum!“ Thomas Jorberg über seine Konkurrenz, mit der er gar nicht konkurrieren will.

**DER ANDERE ALLTAG: S. 22****Tipps für Konsum mit politischem Kick**

Ein Muss: Amazon meiden! Eine gute Entscheidung: Fairphone kaufen. Der neue Kult: Erst reparieren. Eine Überprüfung: Wie fair ist meine Bank? Kleine Schritte. Wir sollten sie für uns selbst wertschätzen. Und wenn sich Hunderttausende und Millionen für einen kleinen Schritt entscheiden, dann kommt ganz schnell eine andere Gesellschaft dabei heraus.

**EXPORTWELTMEISTER DEUTSCHLAND: S. 04****Interview mit Till van Treeck**

Die Deutschen sonnen sich in ihren tollen Leistungen: Exportüberschüsse. Mehr, bitte noch mehr! Ja, so toll sind wir, mit unseren tollen Produkte. Ein Gespräch mit einem Fachmann über den Exportüberschuss-Irrweg. Damit Deutschland nüchtern wird.

**GESUND PER APP: S. 15****Wenn Patienten sich in Daten auflösen**

Industrialisierte Krankenhäuser. Digitalisierter Gesundheitswahn. Big Data verändert den Blick der Menschen auf Krankheit. Stimmt das überhaupt? Die Fachjournalistin Ursel Sieber analysiert die gravierenden Veränderungen im deutschen Gesundheitssystem.

**Murx. Und wie er unsere Welt prägt.**

Was ist Murks? Es ist der Aggregatzustand unserer dinglichen Umwelt. Wieso? Technisch produzierte Dinge sind mehrheitlich schlampig hergestellt oder werden vorschnell auf den Markt gebracht. Sie sind wartungsunfreundlich, und/oder reparaturfeindlich, und/oder kaum bedienungstauglich. Dazu mehrheitlich mit Eigenschaften („Features“) überladen, die Käufer weder wollen, meist auch nicht kennen, deshalb auch nicht nutzen.

Es gibt zwei Arten von Murks, der hier fortan, weil es mehrfach schöner ist, „Murx“ genannt sein soll. Der erste ist offensichtlich. Sachen sind schon beim Kauf defekt. Oder kurz danach. Oder, am perfidesten, präzise nach Ablauf der Garantiezeit. Dagegen hilft das geballte Käuferwissen, das im Internet seine Foren und Rezensionen hat. Die blödesten, also noch nicht mit dem Web verbundenen Geräte wie Waschmaschinen oder Bügeleisen halten immer noch am längsten. Und Autos sind zu teuer, um bereits als verkappter Schrott auf den Markt zu kommen.

Überl ist der unsichtbare Murx, der mit edler Fassade und üppigen Nutzwertversprechungen daherkommt. Image-Ware, die sogar funktioniert. Aber immer zu teuer ist. Deren Vermarktung klappt hervorragend bei allem digitalen Spielzeug. Beispiel Apple. Reden wir nicht über die Produktionsbedingungen in chinesischen Fabriken. Reden wir über den Profit. Apple verdient den größten Teil seines Geldes mit Smartphones. Das stört nur Anleger, weil die Angst haben, dass Apple crasht, wenn mal der Smartphone-Markt crasht. Aber Apple zieht 80 Prozent der Gewinne ab, die weltweit überhaupt mit Smartphones von eben Apple, Samsung, LG, Huawei und wem auch immer eingefahren werden. Dabei hat Apple aber nur einen Weltmarktanteil von 18 Prozent an Stück für Stück verkauften Geräten. 80 Prozent der Gewinne mit 18 Prozent verkaufter Geräte. Wie das geht? Zu 30 Prozent mit Qualität, zu 70 Prozent mit Image.

Und da kämen wir ins Spiel. Die Käufer, die das mitmachen. Rund eine halbe Milliarde maximal überteuert iPhones sind weltweit in Umlauf. Haben Sie eines davon? Ihr Kumpel? Der Nachbar? Kann man die fragen? Haben die Antworten? Oder glauben die einfach nur an Apple? Also nerven Sie den Nachbarn. Oder sich selbst. Vermeiden Sie Murx, mag er noch so edel daherkommen. JW

## TITELTHEMA SEITE 8-11

**Wie Kapitalismus  
Schule macht**

Konzern-Propaganda an Grundschulen | Profit-Prediger an den Unis  
Purer Egoismus als Lebensziel | **Es gibt Alternativen**



Konzerne auf dem Schulhof: Spielverderber gesucht.

FOTO: 123RF, MONTAGE: WÜLLNER

## VON WOLFGANG STORZ

Hurra! „Der homo oeconomicus ist tot“, titelte die Financial Times Deutschland am 14. März 2001. Inzwischen gibt es diese Zeitung leider nicht mehr, aber der Kerl lebt immer noch: Der Mensch, so will es die Theorie über ihn, trachtet mit seinem Denken, Fühlen und Handeln nach dem, was ihm wirtschaftlich am meisten bringt. Der rationale Mensch ist nicht das vernünftige, sondern das berechnende Wesen.

Als die Finanzmarktkrise 2008/2009 kurz als Zeitenwende erschien, dachten viele: Jetzt wird diese Denkfigur beerdigt. Denkste. Sie geistert weiter durch Sprache und Köpfe der meisten Leitartikler, vieler Professoren, vieler Politiker, fast aller Manager und Unternehmer. Tausend Mal widerlegt von wenigen kritischen Wissenschaftlern und vom Alltag der Menschen, die dieser Figur misstrauen, anderes leben und erleben, faire Kooperation mehr schätzen als gnadenlosen Wettbewerb: Trotzdem fügen sich viele noch immer in dieses scheinbar übermächtige Denken, das in Medien, an Hochschulen und in Unternehmen gepflegt wird.

Und an Schulen: Ohne Rücksicht auf kulturelle Regeln und demokratische Werte haben Konzerne, unternehmer-

nahe Stiftungen und Verbände in deren Geldmangel ihre Chance entdeckt. Sie bombardieren Lehrer und Schüler mit ihren Broschüren, Werbeprodukten, digitalen Geschenkpaketen, mit ihren Interessen, Weltsichten, Marken-Logos – ungefiltert und ungeprüft werden Kinder und Heranwachsende in diesem Sinne unterrichtet. Der Wissenschaftler Tim Engartner kritisiert: „Die Einflussnahme von Unternehmen, Verbänden sowie Industrie- und Handelskammern ist gewaltig.“ Und: „Es findet buchstäblich ein Kampf um die Köpfe der Kinder im Klassenzimmer statt.“

Die Berliner Soziologin Juliane Karakayali analysiert, wie und warum die Politik Schulen in den Wettbewerb schiebt und mit welchen Folgen – für den Unterricht und vor allem für die Kinder weniger begüterter Eltern. Für sie wird der Platz knapp an Schulen, die wie Unternehmen Markenprofile entwickeln sollen, um möglichst erfolgversprechende Schüler und Eltern zu gewinnen.

An den Wirtschaftsfakultäten der Hochschulen hatte einseitiges Wettbewerbs- und Nutzwertdenken lange gar keine Konkurrenz. Inzwischen verbünden sich Studierende mit kritischen Ökonomen, um gemeinsam für wissenschaftliche Vielfalt zu werben und alternative Lehrangebote zu organisieren.

Doch das demokratisch Selbstverständliche muss mühsam erkämpft werden. Guido Speckmann stellt erste Erfolge vor.

„Kapitalismus fällt nicht vom Himmel“, schreiben Hans-Jürgen Arlt und Rainer Zech. „Es müssen auf Erden Strukturen durchgesetzt werden, die es den Menschen schwer machen oder sie gar daran hindern, sich anders als dem Kapitalismus wohlgefällig zu verhalten.“ Solche Strukturen wirken, aber alleine können sie auf Dauer individuelles Verhalten nicht steuern. Die Autoren: „Der Kapitalismus braucht deshalb darüber hinaus auch Deutungen, Sinnstiftungen, die ihm recht geben.“

Diejenigen, denen er nützt, haben das erkannt. Deshalb gibt es Werbung an Grundschulen, Schulen, die nach Unternehmenslogiken organisiert sind, und Universitäten, wo nach einer Doktrin gelehrt wird. Je stärker Kapitalismus mit Krisen und Katastrophen und nicht mit einer hoffnungsvollen Zukunft verbunden wird, desto stärker sind diese Anstrengungen. Wir haben OXI auch gegründet, um solche Zusammenhänge von Macht, Bildung, Wirtschaft und Demokratie offenzulegen und kritisch zu beleuchten.

Nicht am Rande und gelegentlich, sondern als ständige Arbeit.





## EDITORIAL

Für die griechischen Philosophen Platon und Aristoteles war klar: Politik, Wirtschaft und Ethik wirken nur als Ganzes. Für Dieter Zetsche, Daimler, Angela Merkel, Deutschland, und Paul Achleitner, Deutsche Bank, ist klar: Nur die Wirtschaft wirkt. Gewirtschaftet wird, als führten wir gegeneinander und gegen andere Länder Krieg um Wachstum und Gewinne und nicht, als wollten wir das Leben aller verbessern. Das wird uns als Fortschritt verkauft.

Einst war die Ökonomie in die Gesellschaft eingebettet, heute ist es umgekehrt.

Warum OXI? OXI ist griechisch und heißt „Nein“ – ein Nein fehlt meist in der Berichterstattung zu ökonomischen Themen. Die Wirtschaftsberichterstattung der meisten Medien hat das Wohl der Wirtschaft, nicht das der Menschen im Blick und verhält sich zum unternehmerischen Erfolg wie der Sportreporter zur Fußballnationalmannschaft: Gewinnen müssen wir. Das Nein ist die Wurzel der Freiheit. Erst wer Nein sagen kann, ist frei. Aber ein Nein ist nur dann eine gute Alternative, wenn es zugleich den Aufbruch zur Suche nach dem Besseren signalisiert.

OXI Blatt & Blog will über ökonomische Zusammenhänge aufklären, die herrschenden Erzählungen infrage stellen und über Alternativen informieren.

Wir wollen aufspüren: Wo steckt das Wirtschaftliche in der Gesellschaft, wo das Gesellschaftliche in der Wirtschaft? Macht die digitale Revolution die 20-Stunden-Woche möglich? Wer verdient an der Share-Economy? Muss wirklich jeder Schrott hergestellt werden? Wir wollen mithelfen, die fundierte Kritik an Technik, (sexualisierter) Werbung und Produkten wiederzubeleben.

Obwohl das Ökonomische inzwischen in fast alle Poren von Arbeit und Leben eindringt, sagen viele: Hör mir auf damit, das verstehe ich nicht. Es ist uns ein Anliegen, verständlich und anschaulich zu schreiben.

Wir drei – Kathrin Gerlof, Journalistin und Schriftstellerin, Tom Strohschneider, Chefredakteur „Neues Deutschland“ und ich – stehen für OXI Blatt & Blog. Rund 30 Andere arbeiten mit. Ihren Namen begegnen Sie im Blog und im Blatt. Zusammen sehen wir es so: Aufklärung hat eine große Schwester, die Klärung. Mehr kapieren, weniger propagieren, das ist unser Ziel.

Ein Publikum, das keine guten Publikationen findet, ist arm dran. Eine gute Publikation, die kein Publikum findet, auch. Bereichern wir uns gegenseitig.

Der schnellste Weg zum Blog: [www.oxiblog.de](http://www.oxiblog.de).

Der schnellste Weg zu unseren nächsten Ausgaben: das Abonnement.

Wir möchten Sie für uns gewinnen.

Wolfgang Storz, Publizist

## IMPRESSUM

common Verlagsgenossenschaft i.G.  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Vorstand: Wolfgang Storz

Redaktion:  
Jan Ole Arps  
Anne Schindler  
Tom Strohschneider  
Wolfgang Storz (V.i.S.d.P.)  
Art Direction: Jo Wüllner  
Idee & Konzept: Wolfgang Storz & Jo Wüllner  
Tel. (030) 2978-4678  
Fax (030) 2978-1610  
E-Mail: [kontakt@oxiblog.de](mailto:kontakt@oxiblog.de)  
Abbestellungen: [abo@oxiblog.de](mailto:abo@oxiblog.de)  
Internet: [www.oxiblog.de](http://www.oxiblog.de)

Vertrieb und Anzeigenverkauf  
Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Geschäftsführer: Olaf Koppe  
Tel. (030) 2978-1615  
Anzeigenverkauf: Dr. Friedrun Hardt (030) 2978-1841  
E-Mail: [anzeigen@nd-online.de](mailto:anzeigen@nd-online.de)

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

## NACHRICHTEN

## LOHN ZUM LUXUS. LOHN ZUM ÜBERLEBEN. DREI SCHLAGLICHTER.

## LOHN ZUM LUXUS, 1

Belohnung:  
88 Millionen Euro Belohnung

Nach rund 42 Millionen Euro Vergütung im Jahr 2013 und 56 Millionen im Jahr 2014 erhält Martin Sorrell, CEO der britischen Werbeholding WPP, für das Jahr 2015 ein Vorstandsgehalt von 88 Millionen Euro. Zu dem Werbekonzern, der in mehr als 100 Staaten präsent ist, gehören auch die in Deutschland bekannten Agenturen Scholz & Friends und Ogilvy. „Ich bin jeden Penny wert“, sagte der 71-jährige Sorrell dem „Guardian“ und begründete seinen Wert mit der erfolgreichen Unternehmensentwicklung der zurückliegenden 30 Jahre. Die Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommen ins Sorrells Firmengeschichte nicht vor. Kommentar von Pippi Langstrumpf: „Zwei mal drei macht vier, widewidewitt und drei macht neune, ich mach mir die Welt, widewide wie sie mir gefällt.“

In der britischen Öffentlichkeit kamen zuletzt wiederholt Debatten auf, ob solche Jahreseinkommen vertretbar seien. 2012 hatten die Anteilseigner den Vergütungsbericht des Unternehmens abgelehnt. Es wurden dann ernsthafte Diskussionen darüber geführt, ob der Werbechef nicht doch überbezahlt sei etwa im Vergleich zu Ex-VW-Chef Martin Winterkorn, dessen Jahresvergütung zur Zeit seines Abgas-Abgangs bei bescheidenen 16 Millionen Euro lag.

## LOHN ZUM ÜBERLEBEN

Mindestlohn:  
Mini-Schub für Frauen

Der Unterschied zwischen den Durchschnittslöhnen von Männern und Frauen ist im Jahr 2015 erstmals seit Längerem leicht geschrumpft. Aber immerhin. Das Statistische



Bundesamt, das Mitte März diese Zahlen veröffentlichte, vermutet: Am 1. Januar 2015 sei der Mindestlohn eingeführt worden. Seinetwegen seien beispielsweise die Löhne der geringeren qualifizierten Frauen im Osten um etwa neun Prozent gestiegen. So wirkt der Mindestlohn also auch gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Wenigstens ein bisschen: Männer erhielten 2015 im Durchschnitt – über alle Branchen und Berufe hinweg – einen Bruttostundenlohn von 20,59 Euro, damit zwei Prozent mehr als 2014. Und die Frauen: 16,20 Euro, damit 2,3 Prozent mehr als 2014.

So ist auch von den vielen lauten Wortmeldungen, der Mindestlohn werde der Wirtschaft schaden und viele Arbeitsplätze vernichten, nichts mehr zu hören. Der ehemalige Spitzenmanager Edzard Reuter, von 1987 bis 1995 Vorstandsvorsitzender von Daimler, hatte vor einiger Zeit in einem Gespräch mit der linken Schweizer Wochenzeitung WOZ dazu gesagt: „Nehmen Sie nur das Thema Mindestlohn. Da schreien einige Funktionäre, daran gehe Deutschland wirtschaftlich zugrunde. Aber ernsthaft halten das doch auch viele Unternehmer für sehr sinnvoll. Es müssen, was die Entlohnung anbetrifft, Untergrenzen eingezogen werden, das ist doch klar. So werden auch endlich die Unternehmen geschützt, die ordentliche Löhne zahlen.“

## LOHN ZUM LUXUS, 2

Manager:  
Die den Hals nicht vollkriegen

Martin Winterkorn, bis September 2015 Vorstandsvorsitzender von VW, kämpft erbittert um seine Millionen. Er sieht sich im Recht, will ja nur, dass sein Vertrag erfüllt wird. So erhält er seit September 2015 Tag für Tag sein Gehalt, der Vertrag endet offiziell erst Ende dieses Jahres. Hinter den Kulissen wird hart verhandelt. Ein Blick auf die Größenordnung: Im Jahr 2015 bezog Winterkorn ein Gehalt von 16 Millionen Euro; übrigens ein Gehalt, das vor der Abgas-Affäre auch von den VW-Betriebsräten immer verteidigt worden ist, mit Verweis auf auch seine Leistungen und auf Profi-Fußballer, die ja noch mehr verdienen.

Auch seine früheren Vorstandskollegen kämpfen hartnäckig: VW-Krise hin oder her, ihre Boni wollen sie uneingeschränkt. Hans Dieter Pötsch hat schon gewonnen: Er war Finanzvorstand, ist jetzt Vorsitzender des VW-Aufsichtsrates. Der erste Job ist sehr gut, der zweite eindeutig schlechter bezahlt: Um das auszugleichen, erhält er zehn Millionen Euro. Vergleichbare Fälle gibt es zuhauf. Die Befunde von Michael Hartmann, Elitensoziologe und Reichtumsforscher: 83 Prozent der Vorstandsvorsitzenden und Vorsitzenden von Aufsichtsräten von Privatunternehmen stammen aus dem Bürger- und Großbürgertum. Knapp zwei Drittel der Wirtschaftseliten aus dem Großbürgertum halten die heutigen sozialen Unterschiede für gerecht. Und deutlich über 70 Prozent von ihnen halten das Thema von höheren Steuern auf hohe Vermögen, Erbschaften und Einkommen für, jetzt kommt es, richtig: für unwichtig!

FOTO: ESA WÜLLNER

## RENTE ZUM LEBEN. RENTE ZUM ÜBERLEBEN. DREI SCHLAGLICHTER.

## DIE RENTEN, 1

Kurswechsel  
wegen Negativzinsen

Wenn die Riester-Rente kippt oder es nun einen Kurswechsel der regierenden Politik zugunsten der gesetzlichen Rente gibt, dann ist das den Negativzinsen zu verdanken. Die verleihen der bisher weitgehend erfolglosen Kritik am Rentensystem seit einigen Wochen Flügel. Weil bei Null- oder gar Negativzinsen jeder merken muss, dass private Vorsorge, wenn überhaupt, dann nur als Schönwetterveranstaltung funktioniert. Sigmar Gabriel, SPD, und Horst Seehofer, CSU, arbeiten, getrennt marschierend, gemeinsam seit wenigen Wochen an der Umkehr: das Rentenniveau weniger stark absenken als bisher geplant, die Fördermittel des Staates für die private Vorsorge kürzen.

Das erste Dementi der weithin als groß bezeichneten Reformen der rotgrünen Regierung unter Kanzler Schröder war: der Mindestlohn; siehe oben. Mit der Agenda 2010 kam der Niedriglohnsektor und die Lohnspirale nach unten. Der Mindestlohn setzt jetzt eine Untergrenze; ein Jahrzehnt zu spät, aber immerhin. Nun kommt das zweite große Dementi: Die Riester-Rente wird nun offiziell als das charakterisiert, was sie von Anfang an war – ein unsozialer Irrweg für die unteren 50 Prozent der Bevölkerung und eine Goldgrube für die Finanzbranche. Der Wirtschaftsweisse Peter Bofinger auf Spiegel-online: „Das Konzept, die geringere staatliche Rente durch die Riester-Rente auszugleichen, ist gescheitert.“ Die Kosten hätten sowieso einen Großteil der Rendite aufgezehrt, jetzt in der Nullzins-Welt gebe es für dieses Konzept gar keine Hoffnung mehr. Bofinger verweist auf das Beispiel Österreich: Dort seien die Rentenbeiträge zwar rund vier Prozentpunkt höher, „wesentlich höher“ sei aber auch das Rentenniveau. Klar war von Anfang an: Die Riester-Verträge

bringen vor allem den Versicherungskonzernen hohe Provisionen; die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung sind dagegen mit 1,4 Prozent der Einnahmen minimal. Ein Vertrag bringt nur etwas, wenn er in jungen Jahren abgeschlossen wird, damit auch kleine Beiträge mit Zins und Zinseszins wenigstens über Jahrzehnte etwas bringen. Und es war von Anfang an klar: Diejenigen, die einen solchen Vertrag brauchen, vor allem die Bedürftigen und Niedriglöhner, können ihn sich meist nicht leisten. Es gibt heute etwa 16,5 Millionen Riester-Verträge. Der Steuerzahler hat sie seit 2002 mit rund 25 Milliarden Euro gefördert.

## DIE RENTEN, 2

Was die Jungen wollen  
und die Manager kriegen

Die IG Metall hat das Institut TNS Infratest eine repräsentative Umfrage machen lassen. Das Ergebnis: 48 Prozent der befragten 18 bis 34-Jährigen glauben nicht, dass sie von ihrer „gesetzlichen Rente später gut leben können“. Und deshalb stimmen über 70 Prozent der Aussage zu: „Für eine höhere gesetzliche Rente wäre ich mit höheren Beiträgen einverstanden.“ Manager haben diese Probleme nicht: Sie erhalten nicht nur Millionengehälter, sondern auch hohe Pensionen. Michael Hartmann, Reichtumsforscher, geht in seinem Buch „Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?“ davon aus, dass die 30 Dax-Konzerne für die Pensionen ihrer Vorstände, Stand 2013, etwa 580 Millionen Euro zur Seite gelegt haben.

## DIE RENTEN, 3

Wie die Finanzindustrie  
Riester schuf

Die Wissenschaftlerin Diana Wehlau hat in einer preisgekrönten Arbeit untersucht, wie Banken und Versicherungen in Deutschland

auf die Rentenreform 2001 Einfluss genommen haben. Wehlau konstatiert: Die Banken- und Finanzbranche sei mit Erfolg in die Rentenpolitik eingedrungen, „insbesondere auch durch eine in dieser Intensität zuvor nicht da gewesene Präsenz von wirtschaftsnahen Medien und Think-Tanks in diesem Politikfeld...“ Zur Erinnerung: Der damalige Kanzler Gerhard Schröder, SPD, war im Landtagswahlkampf in Niedersachsen im Jahr 1998 vom damaligen Chef des Finanzdienstleisters AWD, Carsten Maschmeyer, in Form von anonymen Medien-Anzeigen unterstützt worden. Wissenschaftler und Rentenexperten, wie beispielsweise Winfried Schmähl, sprachen damals bei Anhörungen vor dem Bundestag zu dieser geplanten Privatisierung von einer „Goldgräberstimmung an Finanzmärkten“. Schmähl war viele Jahre führender Berater der Bundesregierung in Rentenfragen gewesen, war aber von dem damaligen SPD-Arbeitsminister Walter Riester nach der rotgrünen Regierungsübernahme im Jahr 1998 sofort abgelöst worden, weil Schmähl als Privatisierungs-Skeptiker galt.

Wehlau konstatiert in ihrer Untersuchung, dass die Finanzdienstleistungsbranche mit ihren „erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen“ und einem „hohen Grad an Organisations- und Konfliktfähigkeit“ ihre Interessen erfolgreich vertreten konnte. Es sei ihr gelungen, das bestehende System als veraltet und die private Vorsorge als moderne rendite-trächtige Alternative darzustellen. Bedeutend sei gewesen, so Wehlau, dass „von Seiten der politischen Entscheidungsträger selbst Zielsetzungen verfolgt wurden, die mit jenen der Finanzdienstleister stark korrespondierten“.

## LITERATUR:

Diana Wehlau: „Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung“, Wiesbaden, 2009.



# Arme denken nicht an morgen

Sparen, Aufstieg, Arbeit – das tut nur der Mittelschicht gut. Reiche brauchen das nicht. Arme können sich das nicht leisten. Ihre wirtschaftliche Logik: Alles für den Augenblick

VON NORBERT MAPPES-NIEDIEK

Roma werden nicht immer nur gehasst oder verachtet. Der Fall des schönen jungen Papan Chilibar etwa hat halb Rumänien zu Tränen gerührt: Ein Junge, der aus dem Elend kam, zum Star aufstieg, tief fiel, ins Gefängnis musste und im blühenden Alter von 21 Jahren starb. Wie bekämpft man Armut? Das Schicksal des aufstrebenden Schauspielers führt mitten in ein soziales Dilemma.

Mit dem blutjungen Papan als Roma-Hauptdarsteller gewann der Film „Eu c nnd vreau s fluier, fluier“ („Wenn ich pfeifen will, dann pfeife ich“) beim Berliner Filmfestival 2010 den Großen Preis der Jury. „Papan ist etwas Besonderes, er ist hoch begabt, hochmütig und scheu“, schwärmte Regisseur Florin Erban von seiner Entdeckung: „Und er strotzt vor Aufrichtigkeit.“ Dass Papan schon zwei Jahre wegen Einbruchs im Gefängnis gesessen hatte, verzieh das Publikum dem jungen Mann mit dem trotzigen Blick gern.

## Vom Filmstar zum Tagelöhner

Nach seinem glanzvollen Auftritt in Berlin fiel der so viel versprechende Papan in sein altes Leben zurück. „Ich komme aus einer sehr niedrigen Klasse“, hatte der junge Roma in einem Interview gesagt. „Ich arbeite als Tagelöhner, fahre Waren aus, helfe in der Blumenhandlung. Alles Niedrige, das mache ich.“ Als Filmstar kehrte er heim in die Wohnung zu seinen gehörlosen Eltern, seiner jungen Frau, seiner dreijährigen Tochter und den fünfzehn anderen, die in der „Grube“ am Bukarester Boulevard Decebal auf engstem Raum miteinander lebten. Papan ließ sich zum Stehlen schicken, kam wieder ins Gefängnis und starb 21-jährig an Leukämie.

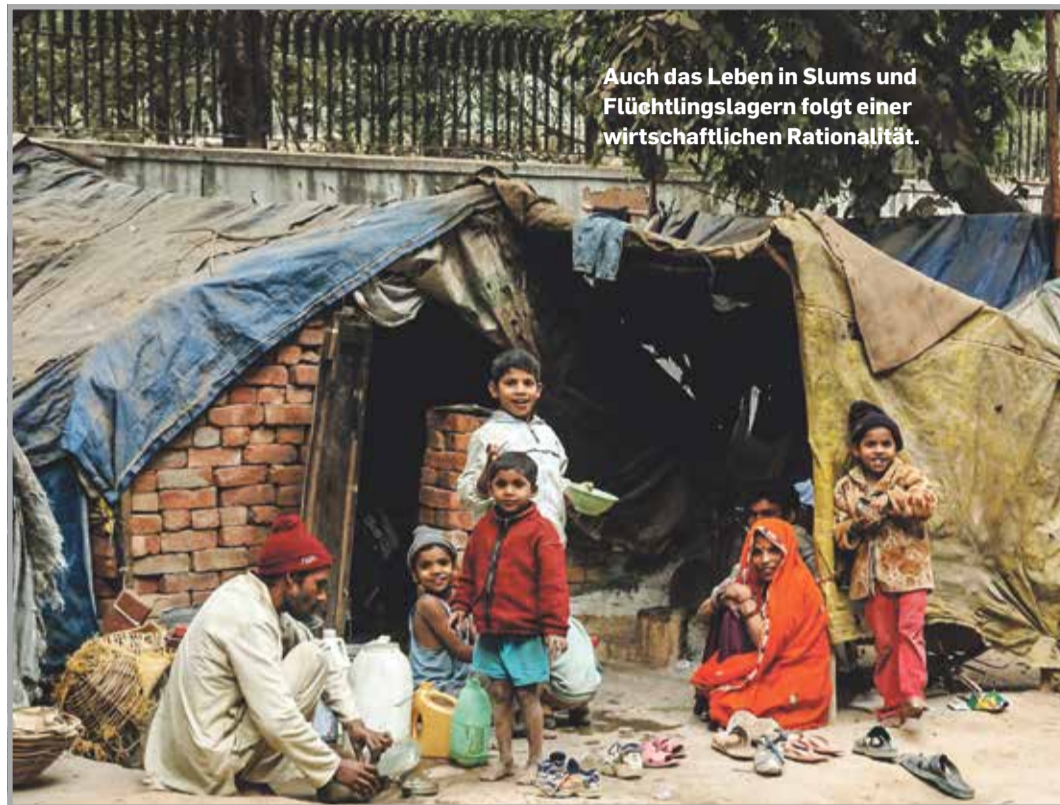
Selten durchmisst einer eine solche Fallhöhe, aber das Muster ist ein fester Bestandteil von Slum- und Roma-Mythen. Was hat man nicht alles getan für den begabten, aufrichtigen Jungen aus dem Elendsviertel! Gefördert wurde er schon in der Schule – gegen den Willen der Eltern, die den Sinn nicht einsehen wollten und vielleicht eifersüchtig waren auf den drohenden Erfolg des eigenen Sohnes. Dann hat man ihm eine Lehrstelle verschafft – was ebenfalls nicht einfach war, weil Lehrherren gegen Roma Vorurteile haben. Und prompt kommt es zur Katastrophe. Schon nach einer Woche bleibt er unentschuldig der Arbeit fern, verliert seine Lehrstelle, gerät auf die schiefe Bahn. Mit einem einzigen Fehltritt macht der Junge alles zu nichts, was wohlmeinende Freunde für ihn erreicht haben. Alle Anstrengung war umsonst.

Mit den Armutsflüchtlings aus Südosteuropa wandern solche Geschichten auch wieder weiter nach Westen. In Osteuropa werden sie seit einem Vierteljahrhundert erzählt – auch zur Beschwichtigung des eigenen schlechten Gewissens, das sich beim Anblick der Elendssiedlungen täglich rührt. „Ich habe es gut gemeint“, ist der Anfangssatz einer durchschnittlichen Schimpfrede gegen „Zigeuner“. Aber die Erfahrung zeige eben, dass alles Bemühen nicht helfe. Die Erzählung stößt meistens auf stummes Einverständnis. Wer nach einer Erklärung verlangt, landet schnell bei groben Kulturtheorien von der „Integrationsunfähigkeit“ oder gar den „nomadischen Genen“ der Roma.

## Der Kredit verschwand in der Party

Aber nicht alle ‚bösen‘ Geschichten sind erfunden. Nicht nur menschenfreundliche Initiativen von Nachbarn, auch ganze Projekte erleiden ein ähnliches Schicksal wie das des Jungen mit seiner Lehrstelle. Es wurde einfache Arbeit angeboten, aber es ist keiner erschienen. Es gab Kredite, aber das Geld wurde in eine Party gesteckt. Ob nun das Angebot verlockender hätte sein können oder ob die Roma in ihrer Lage nach jedem Strohalm hätten greifen sollen, ist Ansichtssache. Strenge Volkserzieher und freigiebige Menschenfreunde können mit ihren Argumenten endlos Pingpong spielen.

Warum so viele individuelle Karrieren und so viele Initiativen gegen die Armut scheitern, fragte sich schon 1959 der US-Soziologe Oscar Lewis. Nachdem er sich fünf Familien in einem mexikanischen Slum näher angesehen hatte, stellte Lewis fest: Niemand spart, alle leben im Augenblick. Frust wird mit Alkohol heruntergespült, jeder Konflikt mit der Faust ausgetragen. Lewis' Theorie von der „Kultur der Armut“, nach der Menschen im Elend



Auch das Leben in Slums und Flüchtlingslagern folgt einer wirtschaftlichen Rationalität.

FOTO: T33RF/CAETANA

## DER AUTOR

Norbert Mappes-Niediek



FOTO: PRIVAT

Norbert Mappes-Niediek, 1953 geboren, arbeitet seit Anfang der 90er-Jahre als Südosteuropa-Korrespondent für deutschsprachige Tageszeitungen und Rundfunkanstalten, darunter die Frankfurter Rundschau, die Zeit und den Deutschlandfunk.

Er spricht fließend Serbisch, Kroatisch und Bosnisch und ist Autor mehrerer Bücher über Österreich und die Lage in Südosteuropa. Sein jüngstes Buch „Arme Roma, böse Zigeuner“ (Ch. Links Verlag, 3. Aufl. 2013) handelt auch vom Leben sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge.

## Dass Bildung sich lohnt, Verbrechen sich dagegen nicht auszahlt: In Armut wirken diese beiden Weisheiten weit weniger. Was sich auszahlt, ist Solidarität.

ihre Verhältnisse wie in einem Teufelskreis ständig selbst reproduzieren, geriet bald heftig unter Druck: Sie biete eine billige Begründung, Armen ihre erbärmlichen Bezüge auch noch zu kürzen. Weil die Betroffenen sich in ihrer „Kultur der Armut“ wirtschaftlich irrational verhielten, so die Kritik der Anthropologin Carol Stack, gelte bald jede Sozialhilfe als Zahlung in ein „Fass ohne Boden“.

## „Mehr Sozialhilfe bringt nur mehr Armut hervor“

Obwohl Lewis das als letztes im Sinn hatte, kam es genau so, wie Stack befürchtet hatte. Mehr Sozialhilfe bringe nur mehr Armut hervor, schloss messerscharf der Politologe Charles Murray in den 1980er Jahren und wurde mit seiner These zum Denker der Reagan-Ära. Öffentliche Gelder, so Murray, hielten Arme bloß davon ab, den Teufelskreis zu durchbrechen und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Murrays Konzept von „tough love“, harter Liebe, bot bald auch europäischen Regierungen die Gelegenheit, den teuren Sozialhaushalt zu entlasten und sich zugleich moralisch gut zu fühlen. In der Slowakei etwa wurde im Zuge der „aktivierenden Sozialpolitik“ der Sozialhilfesatz auf die Hälfte gekürzt und die Anbindung an den Lebensstandard aufgegeben.

Aber die Theorie von „tough love“ funktionierte weder in den USA noch in Europa: Die Armut stieg, statt zu sinken. Es dauerte bis 2007, bis wiederum ein Amerikaner, der Philosoph Charles Karelis,

Oscar Lewis' Theorie von der „Kultur der Armut“ vom Kopf auf die Füße stellte. Der Fehler, so Karelis, liegt in einer ökonomischen Fehlannahme: Die Lebensregeln, wie sie in Slums herrschen, sind nicht irrational. Das ist aber das Dogma neoklassischer Wirtschaftsforscher. Gerade wer arm ist, argumentieren sie nach dem Muster des rechten Murray, müsste umso arbeitseifriger, sparsamer und bildungshungriger sein. Schließlich, so das Argument, ist der Nutzen von Arbeit, Sparsamkeit und Bildung für jemanden, der im Elend lebt, ja viel höher als für den, dessen Grundbedürfnisse schon erfüllt sind. Falsch gerechnet, so Karelis: Am größten ist der Nutzen dieser Mehrarbeit nicht im untersten oder obersten Einkommenssegment, sondern im mittleren.

An den Beobachtungen, wie Lewis und andere Forscher sie in Slums angestellt haben, zweifelt Karelis nicht: Es wird viel getrunken, keiner spart. Der nächste Morgen ist für niemanden ein Thema. Dass Bildung sich lohnt, Verbrechen sich dagegen nicht auszahlt: Unter Armutsbedingungen wirken diese beiden Weisheiten weit weniger, wenn überhaupt. Was sich auszahlt, ist dagegen Solidarität. Kaum kommt einer zu was, will immer gleich die ganze Verwandtschaft daran teilhaben.

Was beim materiellen Aufstieg zum unüberwindlichen Hemmnis wird – die enge Solidarität in der Familie – ist aber im Elend eine lebensnotwendige Tugend und damit ökonomisch sinnvoll. Dies war auch Papan Chilibars Lebenserfahrung: Wer am Rande der Existenz lebt, ist immer wieder auf die Hilfe anderer angewiesen. Allein kommt niemand zurecht, auch „notfalls“ nicht. Und wer einmal Hilfe angenommen hat, kann sie um den Preis seines Ansehens einem hilfsbedürftigen Verwandten nicht verweigern. Mit einem Wort: Was unten richtig ist, ist oben falsch.

Nicht von einer „Kultur“ spricht Charles Karelis, sondern von einer „Ökonomie“ der Armut. „Gib alles Geld immer gleich aus!“, lautet eines ihrer Gesetze. Sie klingen paradox, sie sind aber genauso zwingend wie die der Ökonomie der Bessergestellten. Mehr arbeiten führt, wenn man kaum Geld dafür bekommt, nicht zur Zufriedenheit, sondern höchstens zu etwas weniger Unzufriedenheit. Sparen kann man, wenn man in einer Elendssiedlung lebt, so wenig, dass man sich mit dem Ersparten für die zusätzlichen Entbehrungen, die das Sparen fordert, nicht schadlos halten kann – vorausgesetzt, der Betrag geht nicht ohnehin für Schuldentilgung oder Strafzahlungen drauf. Der Aufwand, den man selbst für kleine Verbesserungen treiben muss, steht zum Ertrag in keinem angemessenen Verhältnis. Mit Psychologie oder mit Volkserziehung komme man diesen Gesetzen nicht bei, so Karelis.

Die Schlussfolgerung ist: Die Grundbedürfnisse dieser Menschen müssen erfüllt werden. Ohne Bedingung. Erst dann funktionieren Anreize, erst dann lohnen sich Arbeit, Sparen und Bildung wirklich. Unterhalb des Existenzminimums ist das, was ‚wir‘ für wirtschaftliche Rationalität halten, einfach nicht vernünftig.

## GANZ EINFACH

### Halb satt essen? Unsinn! Charles Karelis erklärt warum

Der erste Eis mit Schlagsahne schmeckt besser als das dritte, und vom fünften wird einem schlecht: Mit dieser simplen Beobachtung forderten im 19. Jahrhundert Ökonomen die These von Karl Marx vom „objektiven“ Wert heraus. Der US-Philosoph Charles Karelis dreht den Gedanken, die sogenannte Grenznutzentheorie, um und wendet ihn auf die Armut an.

Zur Erklärung greift der Forscher zu einer Analogie. Man nehme einen Menschen, der jeden Morgen mit zwei schmerzenden Wespentischen aufwacht und jeden zweiten Tag auf seinem Nachttisch zwei Tüpfelchen Salbe findet. Nach der ökonomischen Theorie wird der Mensch jeden Tag ein Tüpfelchen Salbe sparen, damit er auch am anderen Morgen eines hat. Mit dem einen Tüpfelchen kann er den Schmerz von einem der beiden Stiche heilen. Der andere tut dann aber immer noch weh; die Linderung, die er verspürt, liegt unter 50 Prozent. Nimmt er aber beide Dosen an einem Tag auf einmal, so hat er auf zwei Tage gerechnet seine Schmerzen um die Hälfte reduziert.

Auf die Situation von Menschen in Elendsverhältnissen bezogen heißt das: Es ist einfach nicht vernünftig, sich immer nur halb satt zu essen. Wenn man sich immer nur halb satt isst, hat man immer Hunger. Isst man sich dagegen jeden zweiten Tag richtig satt, so hat man vielleicht am anderen Tag etwas mehr Hunger als im halbsatten Zustand, kommt unter dem Strich aber besser weg. Sparen lohnt sich also nur, wenn man keinen Hunger hat. Das gleiche gilt für Bildung und tadellose Lebensführung: Die Investition kann nur zurückfließen, wenn sie nicht anderswo ein Loch aufreißt



# Müssen wir um jeden Preis Exportweltmeister sein, Herr van Treeck?

Mehr verkaufen als selbst einkaufen: Die Deutschen sind stolz auf ihre Leistungsbilanz. Andere Länder treibt dies in die Schuldenfalle. Ein Gespräch über Egoismus und Deutschlands Pflichten.

**OXI:** Deutschland ist nicht nur immer wieder Exportweltmeister. Es ist auch Exportüberschussweltmeister. Es hat seit dem Jahr 2000 für zwei Billionen Euro mehr Waren und Dienstleistungen in das Ausland verkauft, als es im Ausland eingekauft hat. Ist das ein Grund, stolz auf die Wirtschaftsnation Deutschland zu sein?

**VAN TREECK:** Wir müssen strikt zwei Punkte trennen. Erstens: Deutschland hat ein hohes Exportniveau. Das erreicht ein Land nur mit gut funktionierenden Unternehmen, gut ausgebildeten Arbeitnehmern und attraktiven Waren und Dienstleistungen. Das ist ein Grund, mit der hiesigen Wirtschaftsstruktur zufrieden zu sein. Aber stolz sein? Da bin ich sehr zurückhaltend. Man redet sich leicht in einen Wirtschaftsnationalismus hinein. Mein zweiter Punkt: Auf Dauer Exportüberschüsse zu erzielen, also als Volkswirtschaft jahrelang deutlich mehr zu verkaufen als einzukaufen, das ist wirtschaftlich schädlich – nicht nur für unsere Handelspartner, auch für Deutschland selbst. Kurz gesagt: Gegen hohe Exporte ist nichts einzuwenden. Dagegen müssen dauerhaft hohe Exportüberschüsse, die man auch als Importdefizite bezeichnen könnte, unbedingt vermieden werden. Seit mehr als einem Jahrzehnt krankt Deutschland an viel zu niedrigen Importen, im Vergleich zu den Exporten.

Inwieweit gefährdet sich Deutschland mit seinen Exportüberschüssen?

Je höher unsere Leistungsbilanzüberschüsse, desto stärker wird Deutschland zum Gläubiger von Defizit-Ländern. Wenn es in den Ländern, die uns gegenüber Schulden haben, etwa Finanzkrisen gibt, dann kann es dort zu Wertverlusten kommen. Vielleicht werden die Schulden an das Ausland halbiert oder gedrittelt. Egal wie: Diese Länder wollen oder können dann die deutschen Forderungen nicht mehr begleichen, zumindest nicht in der vollen Höhe. Die hohen Exportüberschüsse sind also auf Dauer nicht im Interesse Deutschlands, denn die so aufgebauten Vermögen könnten wegen solcher Finanzkrisen gefährdet sein. Verluste, die so entstehen, wie oben beschrieben, werden dann in

Deutschland auf die gesamte Gesellschaft abgewälzt, also auf Arme wie Reiche, auf Unternehmer wie Beschäftigte.

Wie baut Deutschland am besten seine Überschüsse ab? Indem deutsche Unternehmen weniger Waren ins Ausland verkaufen?

Dieses Missverständnis tritt ständig auf. Wer sich kritisch zu den deutschen Exportüberschüssen äußert, der wird mit dem Argument konfrontiert: Jetzt soll Deutschland auch noch seine Exporte, die für Erfolge und Wohlstand stehen, verringern. Oder es heißt: Ja soll der amtierende Weltmeister auch noch absichtlich schlechter spielen! Aber darum geht es gar nicht. Noch einmal: Nicht die deutschen Exporte sind zu hoch, die deutschen Importe sind zu gering im Vergleich zu den Exporten zu gering.

Es besteht also kein Anlass, aus unseren Exportüberschüssen abzuleiten, wie toll wettbewerbsfähig unsere Wirtschaft ist. Wir können die Kirche im Dorf lassen.

Es besteht Grund zur Zufriedenheit, denn wir haben eine starke Wirtschaftsstruktur, eine sehr gut ausgebildete, leistungsfähige und kreative Facharbeiterschaft und einen sehr leistungsfähigen Mittelstand. Keine Frage. Aber es gibt gar keinen Grund zum Stolz, denn wir sind seit mehr als zehn Jahren nicht in der Lage, die Güter, die wir produzieren, auch selbst für Investitionen und Konsum im Inland zu verwenden. Wir sind ständig darauf angewiesen, dass das Ausland sich neu bei uns verschuldet, um uns unsere Güter abzukaufen. Eine vernünftig aufgestellte Volkswirtschaft sollte schon in der Lage sein, im eigenen Land ähnlich viele Güter und Dienstleistungen durch Konsum und Investitionen in Anspruch zu nehmen, wie sie sie jedes Jahr produziert. Und das gelingt Deutschland strukturell nicht mehr. Das hängt auch mit der zunehmenden sozialen Schieflage zusammen: Immer noch verdienen viele Beschäftigte heute real weniger als vor 15 Jahren. Die reichen Haushalte und viele Unternehmen konsumieren oder investieren ihre hohen Einkommen und Gewinne nicht, sondern legen sie in



FOTO: WÜLLNER

## ZUR PERSON

### Till van Treeck

1980 geboren, ist seit 2013 Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Zuvor war er von 2009 an Leiter des Referats Allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften in Lille (Frankreich), Münster und Leeds (Großbritannien). Er ist Mitglied der Koordinierungsgruppe des Forschungsnetzwerks Makroökonomie und Makropolitik (FMM) und Vorstandsmitglied im Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW).

Die Langfassung dieses Interviews finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)



## Nicht die deutschen Exporte sind zu hoch, die deutschen Importe sind zu gering.

hohem Umfang an den Finanzmärkten an.

Deutschland verhält sich also zutiefst egoistisch: die anderen sollen bei uns kaufen!

Vordergründig ja. Obwohl man fragen muss, wie nachhaltig die eigenen Vorteile dieses Modells überhaupt sind. Der englische Ausdruck für dieses Verhalten ist ‚beggar thy neighbour‘ (‚seinen Nachbarn zum Bettler machen‘, Anm. d. Red.). Deutschland ist Trittbrettfahrer. Denn es macht mit seiner Politik, seine Nachbarn und Handelspartner tendenziell zu Schuldnern. Es profitiert davon, dass andere Länder bereit sind, sich bei Deutschland zu verschulden. Ohne diese Bereitschaft der anderen, wäre das deutsche Exportüberschuss-Modell gar nicht möglich.

Es wird argumentiert: Wenn die Exportbranchen weltweit nach jedem Fitzelchen Wachstum und Absatzmarkt suchen, dann müssen sie technisch immer an der Spitze stehen: ob Energien oder Digitalisierung – die Exportstrategie als Treiber. Ist das kein Vorteil?

Dieses Argument teile ich. Deshalb bin ich durchaus für eine hohe Exportquote. Genauso strikt bin ich aber gegen Exportüberschüsse oder besser gesagt Importdefizite. Bitte nicht die Vorteile einer

hohen Exportquote mit den großen Gefahren von Überschüssen auf Grund schwacher binnenwirtschaftlicher Entwicklung verwechseln!

Wer hat die größten Nachteile von dieser Strategie?

Die hatten die Beschäftigten in Deutschland, deren Lohnentwicklung sehr schwach war. Darunter vor allem die Beschäftigten, die nicht in Exportbranchen arbeiten. Und wegen dieser dominanten deutschen Strategie haben es vor allem die Länder in der EU, die bis zur Krise 2008/2009 mehr importierten, als sie exportierten, noch schwerer, aus ihrer Lage herauszukommen. Wenn das stärkste Wirtschaftsland in der EU anhaltend nicht bereit ist, sehr viel mehr zu importieren, also unter anderem mehr von den EU-Krisenstaaten zu kaufen, sondern in ihnen vor allem nur Konkurrenten im Kampf um Absatzmärkte sieht – wie sollen die aus ihrer Defizitspirale herauskommen?

Deutschland macht sich so zum Spielball weltwirtschaftlicher Entwicklungen.

Das Ausland muss willens und in der Lage sein – beides wohl gemerkt! –, kreditfinanziert unsere Güter zu kaufen. Das bedeutet für Deutschland eine extrem hohe Abhängigkeit. Denken Sie bei diesem Thema immer an den banalen Witz: Sie haben 10 000 Euro Schulden bei mir. Dann haben Sie als Schuldner ein Problem mit mir als Ihrem Gläubiger. Hätten Sie dagegen zehn Millionen Euro Schulden bei mir, dann hätten nicht Sie, sondern ich das größere Problem: Wie kann ich dieses Geld bei Ihnen überhaupt eintreiben? Und das ist die Lage, in die sich Deutschland inzwischen hineinmanövriert hat.

Wie erklären Sie sich, dass diese Überschüsse, in denen Sie große Gefahren sehen, in Öffentlichkeit und Politik weithin als Beweis erfolgreichen Wirtschaftens angesehen werden?

Vielleicht führt auch die Sprache zu diesem Missverständnis. Ein Überschuss ist etwas Positives, ein Defizit etwas Negatives. Warum sollen die Deutschen auf etwas Positives verzichten? Und noch höhere Überschüsse sind dann noch besser und

FOTO: SCENE360.COM



## ZUR GESCHICHTE DER ÜBERSCHUSSREKORDE

Von 1991 bis 2000 importierte Deutschland – mit Ausnahme eines Jahres – mehr Waren und Dienstleistungen, als es exportierte. Seit 2001 ist es umgekehrt. Die Schere klafft Jahr um Jahr weiter auf: 2012 lag der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bei etwa 170 Milliarden Euro. 2014 waren es bereits 220 Milliarden Euro, laut Ifo-Institut etwa 7,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2015 wurde noch ein Rekord gebrochen: Der Überschuss lag nun bei fast 248 Milliarden Euro; Exporte im Wert von fast 1,2 Billionen Euro und Importe im Wert von 948 Milliarden Euro.

2014 wurde die Bundesregierung offiziell von der EU-Kommission gerügt: Berlin solle gegensteuern, zum Wohl der europäischen Stabilität. Tatsächlich besagt eine EU-Regel, dass ein Überschuss von mehr als sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Leistungsbilanz ein wirtschaftliches Ungleichgewicht darstellt, das auf Dauer gefährlich werden kann und daher reduziert werden muss. EU-Staatschefs, zuletzt im März Matteo Renzi aus Italien, fordern immer wieder eine

ausgeglichene Leistungsbilanz von Deutschland ein.

## MIT WELCHEN LÄNDERN VERDIENT DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT DAS MEISTE GELD?

40 Jahre lang war der Nachbar Frankreich nicht nur der wichtigste Handelspartner, sondern auch das Land, das für satte Exportüberschüsse sorgte. In den vergangenen zehn Jahren waren das immer zwischen 30 und 40 Milliarden Euro. Besonders gefragt sind bei der Grande Nation deutsche Autos und Maschinen. Ähnlich gewinnbringend ist der Handel Deutschlands mit den USA mit einem positiven Saldo von aktuell 54,6 Milliarden Euro. Seit 2015 haben die USA Frankreich als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Es folgen auf den Plätzen drei und vier die Niederlande und China.

## WAS SIND ZAHLUNGS-, HANDELS- UND LEISTUNGSBILANZ?

In der Zahlungsbilanz eines Landes werden alle außenwirtschaftlichen Vorgänge statistisch erfasst und verbucht. In ihr sind alle wirtschaftlichen Geschäfte und Vorgänge (Transaktionen) mit ihren



# „Mit der Strategie machen wir auf lange Sicht den Euro kaputt.“

zeugen von noch größerem Erfolg. Genauso wird ein staatliches Haushaltsdefizit als prinzipiell negativ angesehen, und ein ausgeglichener Haushalt wird gefeiert, selbst wenn gleichzeitig die öffentliche Infrastruktur verfällt und wichtige Zukunftsinvestitionen unterlassen werden. Das Wort Schulden hat dabei eine starke moralische oder sogar religiöse Konnotation. Ich denke, allein über solche Assoziationen können Menschen bewusst oder unbewusst irregeleitet werden.

*Wie lange kann Deutschland denn noch so weitermachen?*

Es gibt ja kleine Änderungen. Nach der Finanzmarkt-Krise erreichten die Gewerkschaften in fast allen Branchen ein kräftigeres Lohn-Plus. Wir bewegen uns in die richtige Richtung, stehen jedoch erst am Anfang. Solche Veränderungen wirken oft erst zeitversetzt und auch nur dann, wenn ein solcher Trend anhält. Stagniert also die Lohnentwicklung bald wieder, dann verpufft der Effekt. Der Nachholbedarf aus den vergangenen 15 Jahren ist hoch. Und unverändert haben wir das Problem mit dem Euro: Deutschland müsste, um seine Überschüsse in den Griff zu bekommen, eigentlich aufwerten. Andere Euro-Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien müssten dringend abwerten. Mit dem Euro geht weder das eine noch das andere.

*Ist Deutschland mit seiner Strategie nicht allein deshalb bald am Ende, weil die Zahl der Länder, die so stabil und kreditwürdig sind, um bei uns einzukaufen, immer kleiner wird?*

Ja, das kann passieren. Wenn sich Krisen im Ausland häufen, was nicht ausgeschlossen ist, dann wird es eng für Deutschland. Mich wundert zudem, warum nicht auch der politische Druck auf die deutsche Regierung viel, viel stärker geworden ist.

*Mit nationalen Währungen, die auf- und abgewertet werden können, wären die Ungleichgewichte rasch austariert. Lernen wir jetzt, wie groß die Nachteile des Euro sind?*

## Deutschland ist Trittbrettfahrer. Mit seiner Politik macht Deutschland seine Nachbarn zu Bettlern.

Ich teile diese Nostalgie nach den vielen kleinen Währungen nicht. Damit waren auch große Probleme verbunden. Erinnern Sie sich nur an die Währungsspekulationen, die es damals gab. Eine große starke Währung immunisiert gegen solche Umtriebe, die das Wirtschaften riskanter machen. Es wurde mit dem Euro nur ein entscheidender Fehler gemacht: Wenn ich eine gemeinsame Währung habe, dann muss ich die Lohn-, Fiskal-, Steuer- und Wirtschaftspolitik zwischen den Ländern, die dieselbe Währung haben, auch zwingend koordinieren. Anders geht es nicht. Das musste jedem klar gewesen sein. Dies bis heute zu unterlassen, ist unter makroökonomischen Gesichtspunkten fahrlässig. So sind die Regierungen momentan dabei, die großen Vorteile einer gemeinsamen Währung leichtfertig zu verspielen.

*In was soll sinnvoll investiert werden, um Binnen- nachfrage und Importe zu steigern?*

Werten erfasst und gegenübergestellt, also beispielsweise die Importe und Exporte von Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Die Leistungsbilanz ist ein Teil der Zahlungsbilanz. In ihr werden Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen gegenübergestellt. Auch die Handelsbilanz ist ein Teil der Zahlungsbilanz. Bei ihr werden die Importe und Exporte von Waren gegenübergestellt.

### WAS SIND LEISTUNGSBILANZÜBERSCHUSS UND -DEFIZIT?

Im ersten Fall werden mehr Waren, Dienstleistungen und Kapital exportiert als importiert, im anderen Fall mehr importiert als exportiert. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Preis und Menge. Also steigen die Exporte, weil die Preise oder weil die Menge der Waren steigen oder liegt eine Kombination vor. Bei einem Überschuss nimmt das jeweilige Überschuss-Land überdurchschnittlich viele Devisen, also ausländische Zahlungsmittel, ein, mit denen es seine Importe bezahlen kann. Wenn dieses Land wie Deutschland auf Dauer wenig importiert, dann häufen sich entsprechend Devisen-

reserven an. Diese Devisen sind Ansprüche Deutschlands gegenüber dem Ausland.

Die Aussagekraft der Zahlen wird inzwischen in Fachkreisen diskutiert. So argumentierte jüngst Thomas Straubhaar, bis 2014 viele Jahre Präsident des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, in einem Interview: In Zeiten der Digitalisierung, in denen Maschinen aus der Ferne gewartet werden und in denen 3D-Drucker überall eine dezentrale Produktion ermöglichen, sei der Ansatz, den bisher klassischen Güterhandel mit Exporten und Importen zu erfassen, „überholt“, die Zahlen verlor an Aussagekraft.

### WIE WIRKT WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE AUF POLITISCHE EINSTELLUNGEN?

Eine Forschergruppe der Universität Leipzig untersucht seit dem Jahr 2002 im Zwei-Jahres-Rhythmus repräsentativ rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In der letzten Studie aus dem Jahr 2014 stellten die Forscher im Vergleich zu den Vorjahren fest, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen teilweise deutlich zurückgegangen ist. Oliver Decker, Diplompsychologe, verwies bei der

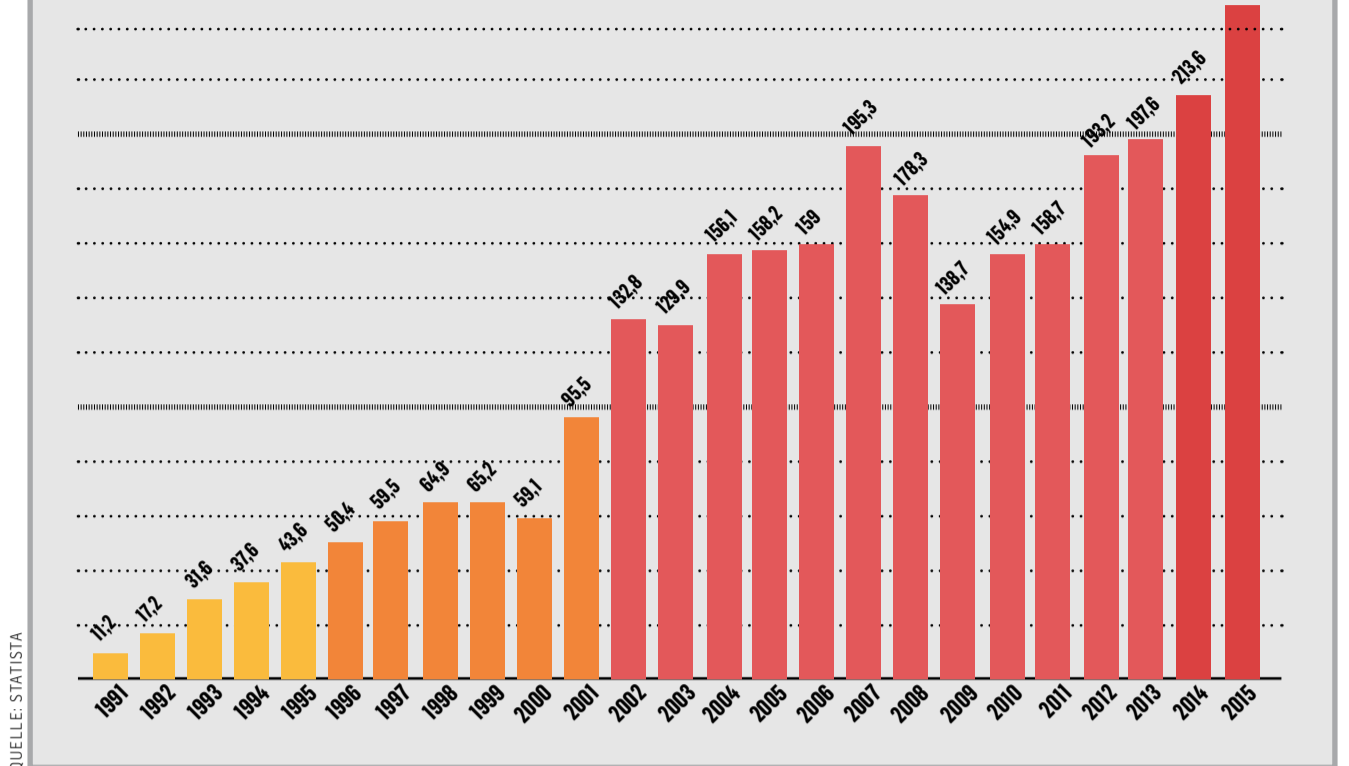
Präsentation der Studie Mitte 2014 auf den Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage hin. Seit Jahren wisse man „um den engen Zusammenhang von Wirtschaft und politischer Einstellung“, sagte Decker.

Die Lage in Deutschland sei sehr gut, besonders im Vergleich zu den anderen EU-Ländern: „Das stabilisiert die Mitte der Gesellschaft.“ Im Zusammenhang mit der Empfänglichkeit für „die Ideologie der Ungleichwertigkeit“ führte Decker zur Rolle der Wirtschaft im Bewusstsein der Bürger aus: „Sie ist zu so etwas wie eine nicht hinterfragbare Autorität geworden. Wenn sie stark ist, freuen sich die Menschen. Aber trotzdem müssen sie sich ihr unterordnen, und das produziert Aggressionen, die sich dann gegen Abweichende oder Schwächere richten.“

### BUCHEMPFEHLUNG

Hermann Adam, „Bausteine der Wirtschaft. Eine Einführung“, 16. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, 557 Seiten, Springer VS

DEUTSCHLANDS AUSSENHANDELSBILANZ 1991-2015  
Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren, ohne Dienstleistungen  
(in Milliarden Euro)



QUELLE: STATISTA

Das Niveau der öffentlichen Investitionen ist in Deutschland erschreckend schwach. Die öffentlichen Netto-Investitionen, also die Brutto-Investitionen abzüglich der Abschreibungen, sind seit Anfang der 2000er Jahre regelmäßig negativ. Das heißt, der öffentliche Kapitalstock schrumpft, er verfällt. Das wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen. Hohe Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, ob Schulen, Straßen, Nahverkehrssysteme oder soziale Einrichtungen, sind schon seit Jahren überfällig. Das sind auch Investitionen zugunsten der künftigen Generationen.

*Und wie werden höhere Löhne und höhere öffentliche Investitionen finanziert?*

Für die höheren Löhne müssen die Unternehmen mehr von ihren Gewinnen abgeben, das wird den meisten nicht schwerfallen, bei der Gewinnmarge, die seit Jahren die Regel ist. Und für die Investitionen wird sich der Staat höher verschulden müssen. Was denn sonst? Das ist in Deutschland zwar inzwischen faktisch ein Tabu – aber das muss dringend gebrochen werden. Wir haben in Deutschland folgende Situation: Die privaten Haushalte bilden traditionell Überschüsse, das heißt, sie nehmen mehr Geld ein, als sie ausgeben. Dasselbe bei den Privatunternehmen: Auch die nehmen mehr Geld ein, als sie ausgeben und investieren. Das heißt, der gesamte private Sektor bildet Überschüsse. Das Geld muss irgendwo angelegt werden. In der Finanzmarkt-Krise stellte es sich heraus, wo das angelegt wurde und wird: häufig in mehr oder weniger dubiosen Produkten auf den Finanzmärkten. Eindeutig besser wäre es, wenn der Staat bei Zinsen von null – das ist ja das aktuelle Zinsniveau –, diese Überschüsse in Form von Krediten aufnähme und damit in die Zukunft des Landes investierte.

*Da die Überschüsse der Privaten ungewöhnlich ungleich verteilt sind, warum nicht Erbschafts-, Vermögens- und Spitzensteuersatz erhöhen?*

Es spricht viel dafür, die sehr hohen Einkommen und Vermögen in Teilen abzuschöpfen. Nehmen wir

den Unternehmenssektor: Der bildet seit dem Jahr 2002 Überschüsse. Das widerspricht fundamental seiner ökonomischen Rolle. Denn es ist seine Aufgabe, die Ersparnisse der Privathaushalte via Bankenkredite aufzunehmen und damit sinnvolle wirtschaftliche Investitionen zu tätigen. Aus verschiedenen Gründen hat der Unternehmenssektor jedoch seit beinahe 15 Jahren viel mehr Geld zur Verfügung, als er investiert: Die Gewinne sind beträchtlich gestiegen, und zugleich hat die Politik die Steuern für die Unternehmen gesenkt, die Körperschaftssteuer beispielsweise von 40 auf 15 Prozent. Deshalb wären Lohnerhöhungen und höhere Steuern eine Möglichkeit, um diese makroökonomisch wenig sinnvollen Überschüsse abzuschöpfen.

*Ist wenigstens dies der Vorteil der herrschenden Strategie: Dass sie Deutschland zwingt, friedlich mit seinen Nachbarn und Handelspartnern und liberal und human mit Flüchtlingen umzugehen?*

Das exportorientierte Modell funktioniert nur mit freiem Warenhandel. Deshalb ist das Interesse der Unternehmen groß, beispielsweise das Schengen-Regime aufrechtzuerhalten. Deshalb haben sie auch ein hohes Interesse an politischer Stabilität in möglichst vielen Ländern: Krieg und Unruhen, egal wo, schaden. Dass Deutschland selbst jedoch mit seinem aktuellen Geschäftsmodell Destabilisierung erzeugt, wird im Ausland viel klarer gesehen als bei uns.

*Überlebt der Euro?*

Schwer zu sagen. Ich nehme mir immer vor, optimistisch zu sein. Es hängt sehr viel von diesem Land und seiner Regierung ab. Deutschland ist das größte Land in Europa und muss die europäische Gesamtwirtschaft im Blick haben, ob es will oder nicht. Macht Deutschland aber im Prinzip so weiter, dann scheitert diese Währung.

Das Gespräch führten Wolfgang Storz und Jo Willner





## DIE THEMEN

## S. 6

Wie Daimler, Apple & Co. Schulkindern die Welt verkaufen

## S. 8

Kampf um eine plurale Wirtschaftswissenschaft

## S. 9

Die Märchen des Kapitalismus

## S. 10

Was Konkurrenz aus Schulen macht

## S. 11

Zahlen. Fakten. Informationen

## DER KONTEXT

Debatten darüber, was in der hiesigen Wirtschaft gut, was schief läuft, wie eine gute Alternative aussehen könnte, im Grundsatz, nicht nur im Detail – die werden flott beiseite gedrängt. Obwohl die hiesige kapitalistische Ordnung keineswegs von Massen begeisterter Bürgerinnen und Bürger auf den Schultern getragen wird.

Wie setzen Unternehmer und weitere Anhänger ihre Deutung der Welt und des Status Quo durch? Denn diese zu dulden, das kann ihnen auf Dauer nicht reichen. Sie müssen nachhelfen. Wie tun sie das? Und: Was kann dem entgegengesetzt werden?

# Wie Daimler, Apple & Co.

Unternehmen als Schulausstatter: Schon Grundschulen haben zu wenig Geld für neue Bücher und Lernmaterial. Fachfremde Lehrer unterrichten über Wirtschaft und Finanzen. Kein Wunder, dass Unternehmen mit ihren Broschüren und digitalen Gechenpaketen willkommen sind. Ein Gespräch über infiltrierte Lernorte.

**OXI:** Herr Engartner, Sie forschen über den Schulunterricht zu den Themen Wirtschaft und Finanzen, untersuchen auch den Einfluss der Unternehmen und ihrer Lobby und kritisieren diesen. Wie weit geht diese Einflussnahme: Sind das einzelne missbräuchliche Fälle? Oder müssen wir von einer systematischen und flächendeckenden Indoktrination reden?

**Tim Engartner:** Die Einflussnahme von Unternehmen, Verbänden sowie Industrie- und Handelskammern ist gewaltig. Allein 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen produzieren Unterrichtsmaterialien. Daimler, Deutsche Bank, Commerzbank ..., es gibt kaum ein bedeutendes Unternehmen, das nicht mit eigenen Unterrichtsmaterialien in die Schulen drängt. Das heißt, wir haben es mit einem Massenphänomen zu tun. Teile der Wirtschaft versuchen, den Schonraum Schule zu kapern, der von seiner Aufgabe her und per definitionem eine neutrale Bildungsinstitution darstellt. Es findet buchstäblich ein Kampf um die Köpfe der Kinder im Klassenzimmer statt.

War das beispielsweise vor zehn, 15 Jahren auch schon so?

Das ist deutlich bedenklicher geworden. Sehen Sie sich die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte an. Die Kommunen, die für die Ausstattung der Schulen und damit letztlich auch für den Schulbuchetat verantwortlich sind, sparen seit Jahren ein. Jetzt stellen wir die Materialien der Unternehmen dagegen: aktuell und attraktiv aufgemacht, häufig in Zusammenarbeit mit Kommunikationsagenturen erstellt im Klassensatz angeboten, so dass je Schüler ein Exemplar zur Verfügung steht, die Lehrer also nicht mehr kopieren müssen. Wen wundert es da, dass die Lehrkräfte gerne auf die Angebote privater Content-Anbieter zurückgreifen.

Werden denn in den regulären Schulmaterialien die Themen Wirtschaft, Finanzen, Verbraucher ausgewogen und sachgerecht behandelt? Die werden ja im Gegensatz zu den Unternehmensmaterialien inhaltlich und pädagogisch intensiv von der Kultusbürokratie überprüft.

Ja, für gewöhnlich schon. Aber auch die Inhalte der zugelassenen Schulbücher und Materialien sind bei den ökonomischen Themen unverändert von neoklassischen Ideen geprägt. Zentral für diese wirtschaftswissenschaftliche Schule ist das Modell des ‚homo oeconomicus‘, also eines Menschen, der stets rational handelt und auf die Maximierung seines Nutzens bedacht ist. Es handelt sich dabei um einen Ansatz, der von zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern in empirisch gesättigter Form widerlegt ist. Andere Ansätze, wie beispielsweise die keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik, die auf eine Belebung der Nachfrage und einen aktiven, antizyklisch handelnden Staat setzt, spielen dagegen bestenfalls eine untergeordnete Rolle.

Ist diese von Ihnen konstatierte Einseitigkeit ein Thema in der Fachwelt, an den Ausbildungsstätten, unter der Lehrerschaft?

Ja, aber leider nur am Rande, so meine Beobachtungen. Das breite Bewusstsein der Öffentlichkeit fehlt nach wie vor. Das muss sich dringend ändern!

Die Unternehmen und ihre Verbände beklagen ja das Gegenteil: Sie sagen, ihr Standpunkt komme in den offiziellen Schulbüchern zu kurz.

Davon kann keine Rede sein. Insgesamt 142 Lehrwerke für den Geschichts-, Geografie- und Gemeinschaftskundeunterricht hat das Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig 2008 im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft untersucht, um zu sehen, inwieweit sie ökonomisches Wissen vermitteln und Jugendliche zu unternehmerischem Denken ermuntern. Der Befund: Die Positionen der Unternehmen sind keineswegs unterrepräsentiert. Wörtlich heißt es in der Erklärung der Institutsdirektorin: „Alle Bücher bekennen sich vorbehaltlos zur sozialen



## Der Schonraum Schule ist zu einer Plattform für Werbung geworden



Marktwirtschaft. ‚Kapitalisten-‘ oder ‚Unternehmerschelte‘ ist ebenso so selten zu finden wie ausgeprägte ideologische Färbungen.“

Wie wird denn das Thema der Verarmung der öffentlichen Haushalte und der inzwischen enorme Reichtum in den Händen von wenigen hunderttausend Privatpersonen dargestellt?

Ich beschäftige mich auch mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Dieses Thema ist eine Leerstelle, es findet so gut wie nicht statt. Eine systematische Analyse der Verarmung der öffentlichen Haushalte – deshalb sind ja viele Schulen so mangelhaft ausgestattet – fehlt meist ebenso wie eine Auseinandersetzung mit der sich seit Jahren Bahn brechenden Ballung von Kapital in den Händen einiger weniger. Wenn aber die 62 reichsten Menschen der Welt über dasselbe Vermögen verfügen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, dann ist dieses Phänomen in geradezu herausragender Weise geeignet, um es nach den Prinzipien der didaktischen Reduktion schülergerecht aufzubereiten.

Was muss sich an den offiziellen Schulbüchern ändern?

Es muss auch an Schulen ein breiterer Zugang zu ökonomischen Fragen vermittelt werden. Die empirisch hinreichend widerlegten neoklassischen Erklärungen müssen zurückgestutzt werden. Noch immer steht die Neoklassik nahezu ausschließlich im Mittelpunkt des Ökonomieunterrichts. Sie ist aber nur ein Ansatz unter vielen. Eine heterodoxe, will heißen: eine pluralistische Wirtschaftswissenschaft, die beispielsweise auch soziale Konventionen und politische Institutionen in den Blick nimmt, sollte im Zentrum stehen. Wirklichkeit und Verhalten der Menschen müssen schülergerecht in den Blick genommen werden – so wie es in der Institutionen- oder Konventionenökonomik erfolgreich vorgeführt wird. Mit einer ausschließlichen Orientierung am neoklassischen Weltbild werden Schülern nicht Fakten, sondern Fiktionen vermittelt. Der homo oeconomicus erklärt die Wirklichkeit weniger denn je. Der Mensch, der ständig Preise vergleicht, der auch im Umgang mit Freunden oder Kolleginnen seinen wirtschaftlichen Nutzen verfolgt – wo gibt es den denn? Das geht an den Schülern und ihrem Alltag vorbei. Und wer will schon einen solch' unsympathischen Zeitgenossen zum Freund oder Partner haben?

Wie genau gehen Unternehmen und ihre Institute, Verbände und Lobbyisten vor? Muss man sich das als Laie so vorstellen: Es gibt keinen Unterricht über Wirtschaft in Deutschland, in dem nicht irgendein konzern- oder arbeitgebernahes Schulmaterial eingesetzt wird. Oder ist das übertrieben?

Leider nein. Das ist die Realität. So ergab die PISA-Studie 2006, dass mehr als 87 Prozent der 15-Jährigen hierzulande eine Schule besuchen, an der Wirtschaft und Industrie Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben. Dies stellt selbst im OECD-Vergleich einen Negativrekord dar. Die Augsburger Wissenschaftlerin Eva Mattes hat eine große Studie über diese Angebote gemacht. Um die Größenordnung deutlich zu machen: Die Forscher registrierten eine Million Lehrprodukte, alle online verfügbar. Für den Bereich der allgemeinbildenden Schulen gibt es etwa 1.000 Initiativen, die den Schulen Materialien anbieten. In diesen wird häufig selektiv, tendenziös und manipulativ mit Informationen und Argumenten umgegangen. Selbst etablierte Markenartikelhersteller scheuen nicht davor zurück, Schulveranstaltungen zu sponsern, kostenfreie Schulhefte mit Firmenlogos zu verteilen oder Produktproben an Kindertagesstätten in Umlauf zu bringen. Nahezu alle Initiativen, die sich wie „My Finance Coach“ oder „Handelsblatt macht Schule“ der finanziellen Bildung widmen, zielen auf bloßes Faktenwissen – oder gar auf eine reine „Produktkunde“. Da beschränkt sich die Bildung zu Finanzfragen auf das pure Wissen über Aktien,



# Schulkindern die Welt verkaufen



Die Kritik des Wissenschaftlers

FOTO: STEPHAN MOLL, BERLIN

## ZUR PERSON

### Tim Engartner

Tim Engartner, 1976 geboren, ist seit April 2012 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt schulische politische Bildung. Zudem ist er Mitglied des Direktoriums der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung an der Universität. Für wissenschaftliche Arbeiten und seine Lehre wurde er mehrfach ausgezeichnet. Er ist zur Zeit Dekan des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften.



Die Langfassung des Interviews finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)



Anleihen, Devisen, Derivate sowie Fonds und Futures. Eine finanzielle Bildung, die zu kritischem Bewusstsein erzieht, die beispielsweise auf die Gefahren von Missbrauch durch Finanz- und Kapitalhändler verweist oder vor finanziellen Risiken bei Geldanlagen warnt, findet nicht statt.

#### Was sind die Botschaften dieser Materialien?

Sie vermeiden das, was Bildung ausmacht: kritische Fragen. Dort wird nicht behandelt, was die ungleichen Vermögens- oder Einkommensverhältnisse auslöst. Da wird nicht über die Schuldenquote der EU-Staaten debattiert. Da wird nicht behandelt, dass die Mehrwertsteuer „sozial blind“ ist, weil sie vor allem diejenigen trifft, die einen hohen Anteil ihres Einkommens für den täglichen Verbrauch ausgeben müssen, also beispielsweise sozial Schwache oder kinderreiche Familien. Da geht es im Wesentlichen um ein sehr verkürztes Verständnis von Bildung, bei der praktisches unternehmerisches Denken im Mittelpunkt steht. Nehmen wir die Initiative „My Finance Coach“, finanziert von dem Versicherungskonzern Allianz, der Unternehmensberatung McKinsey und der Werbeagentur Grey: Da sollen die 12-Jährigen lernen, wie sie am besten privat fürs Alter vorsorgen. Ein solches Verständnis von Bildung ist bestenfalls verkürzt, im Zweifel falsch.

#### Unterstützt die Politik solche Initiativen?

„Unternehmergeist in die Schulen“ ist eine große Plattform des Bundesministeriums für Wirtschaft, die knapp vierzig Initiativen bündelt. Deren Ziel: Sie wollen, dass es hierzulande mehr als zehn Prozent Selbständige gibt. Also soll deshalb die Unternehmenskultur schon in den Schulen gefördert, um Schüler dazu zu bringen, sich der Selbstständigkeit verpflichtet zu fühlen. Das heißt umgekehrt: Rechte der Arbeitnehmer, Mitbestimmung, Streikrechte – dies alles darf natürlich gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Es geht darum, passgenaue Personen für den Arbeitsmarkt zu produzieren. Noch einmal: Wir reden hier nicht von Universitäten, die von mündigen Studierenden besucht werden, sondern von Schulen, in denen Kinder und Jugendliche als „Schutzbefohlene“ unterrichtet werden.

Wie bewerten Sie das: Sind das fahrlässige Einseitigkeiten in der Sache, die korrigiert werden können? Oder geht es um gezielte Indoktrination?

Ich habe die Initiative „My Finance Coach“ einmal als Indoktrinationsinitiative bezeichnet. Ja, hier geht es um bewusste Indoktrination, weil in der Tat mit großem Eifer systematisch und flächendeckend versucht wird, Kindern und Jugendlichen ein interessengebundenes Weltbild zu vermitteln und dieses zudem als alternativlos darzustellen. In dem Material der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wird ganz offen behauptet, der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, sei ins Wanken geraten, weil wir krampfhaft versuchten, so die Argumentation, die Schicksale von mehr als 80 Millionen Menschen in das vom Staat vorgegebene Korsett zu zwingen. Oder: Der in Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes verankerte Eigentumsvorbehalt, wonach Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll, wird als Verletzung einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung bezeichnet. Diese Materialien unterschlagen Alternativen, sie propagieren einseitige Interessen. Und sie sind im Ton der Belehrung gehalten, haben folglich weder das Darstellen von Widersprüchen noch das Anbahnen von Diskussionen zum Ziel. Gerade die Provokation von Widersprüchen ist aber dazu angeht, Lernprozesse anzustoßen.

Lehrer sind ausgebildet, können also die Qualität dieser Materialien beurteilen und sind nicht gezwungen, sie im Unterricht einzusetzen. Wie verhalten die sich nach Ihrer Beobachtung?

Die Fächer, in denen es um ökonomische Themen geht, werden in der Sekundarstufe I, also bis zur Jahrgangsstufe 9 oder 10, bis zu 50 Prozent

von Lehrkräften unterrichtet, die dafür nicht ausgebildet worden sind. Nur leicht karikiert: Der Schulleiter geht zum Deutschlehrer und sagt, „Mensch, Du hast doch ein paar Aktien und liest regelmäßig Tageszeitung, kannst Du das nicht machen?“ Diese Lehrer können die Materialien mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in Gänze beurteilen. Sie sind im Gegenteil sehr froh, solche Materialien zu bekommen, eventuell sogar verbunden mit Referenten aus den Unternehmen. Da fühlen sie sich auf der ‚sicheren Seite‘.

Wie wirkt sich das auf das Denken der Schüler und Schülerinnen aus? Gibt es dazu Untersuchungen? Es könnte ja sein, dass die Folgen gar nicht so gravierend sind, wie Ihre Analysen nahelegen.

Natürlich wirkt das. Aus der Konsumforschung weiß man, dass bei Kindern und Jugendlichen nur 25 Prozent der Gelder eingesetzt werden müssen, um denselben Effekt wie bei Erwachsenen zu erzielen. In Schulen und deren Unterricht zu investieren, lohnt sich also für die Unternehmen. Wir untersuchen derzeit, ob Materialien von Attac und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft einen unterschiedlichen Einfluss auf die Einstellungen der Lernenden haben. Die Studie läuft noch. Wir wissen jedoch bereits heute, dass sich unterschiedliche Materialien sehr wohl auf das Denken und somit auch auf das Weltbild der Heranwachsenden auswirken. Ein Beispiel: Wenn Vor- und Nachteile von iPhones und Fairphones dargestellt werden, dann sagen Schüler nach der Unterrichtseinheit, aha, mein iPhone ist ja gar nicht billiger als das Fairphone, im Fall eines iPhones bezahlt jedoch ein Dritter einen Teil der Kosten – meist sowohl die Umwelt als auch die miserabel bezahlten Beschäftigten. So klug sind die Schüler teilweise – und das mit gerade einmal 13 oder 14 Jahren.

## Das Land der Dichter und Denker darf nicht zum Land der Stifter und Schenker werden.

Es geht nach Ihren Untersuchungen den Unternehmen nicht nur um ihre Deutung von Wirtschaft und Welt, sondern auch um Produktwerbung. Haben Sie Beispiele?

Es ist alles vertreten. Capri-Sonne suggeriert in den Materialien, ihr Produkt sei vom Nährstoffgehalt ähnlich wie Mineralwasser. Dabei steht es in der Zuckerpyramide ganz oben. McDonalds behauptet, auch Obst sei Fastfood, weil auch das sofort verzehrt werden könne. Es gibt Sportabzeichen von Haribo. Und alle großen Autokonzerne sind mit Materialien vertreten, die auch Produktwerbung beinhalten.

Es gibt entsprechende Schulmaterialien von Gewerkschaften und Attac. Verzerrten diese die Wirklichkeit auch in indoktrinärer Weise?

Attac hat gerade einen neuen Bildungsbaustein herausgebracht. Richtig ist, dass man sich auch diese Materialien kritisch anschauen muss. Aber es ist wichtig festzuhalten: Da steht Goliath gegen David, die Wirtschaft und Unternehmen gegen alle anderen. 100 : 1 lautet das Verhältnis meiner Einschätzung nach. Da treten Winzlinge gegen gewaltige Konzerne an. Was Kirchen, Gewerkschaften und ge-

meinnützige Vereine anbieten, steht in keinem Verhältnis zu der Materiallawine der Unternehmen und ihrer Verbände.

Nun ist Attac ein Winzling, aber doch nicht die Gewerkschaften und Kirchen. Warum machen die nicht mehr, um dem Unternehmereinfluss etwas entgegenzusetzen?

Mangels Ressourcen und aufgrund ihres Schwerpunkts in der beruflichen und betrieblichen Bildung agieren die Gewerkschaften z. B. eher verhalten. Das ändert sich zwar derzeit glücklicherweise ein wenig, aber im Kern halten sie sich zurück. Ich finde aus nachvollziehbaren Gründen: Denn in diesen Organisationen herrscht die Meinung vor, es sei unredlich, die pädagogische Institution Schule mit eigenen Interessen belagern oder gar durchdringen zu wollen.

Die haben im guten Sinne Hemmungen und die Unternehmenseite ist hemmunglos?

Überspitzt formuliert kann man das so sagen, ja. Wir beteiligen uns hier selbst an der Erstellung von Unterrichtsmaterialien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. So könnte man mir vorwerfen, ich sei an bestimmte Interessen gebunden. Wir machen das aber, weil wir damit einen kleinen Beitrag dazu leisten, die von den privaten Content-Anbietern provozierte Schiefelage auszugleichen. Es ist in gewisser Weise ein Akt hilfloser Selbstverteidigung.

Was ist Ihrer Ansicht nach das strategische Ziel der Unternehmen? Die nehmen ja richtig Geld in die Hand.

Sie wollen die geistig-moralische Grundhaltung der künftigen Generationen prägen. Der Versicherungskonzern Allianz, die Bertelsmann Stiftung, die mit einem Jahresbudget von knapp sieben Millionen Euro ausgestattete Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die LehrCare GmbH, die Fast-Food-Kette McDonalds – sie alle drängen mit Unterrichtsmaterialien, Lehrerfortbildungen und Schülerassessments in den einstigen „Schonraum Schule“, um die Kunden von morgen möglichst früh an ihre Marke zu binden, ihr Image aufzubessern,

Mitarbeiter zu gewinnen oder aber unternehmenskompatible Weltbilder heranzuzüchten. Die Folgen: Das Schulsystem wird als Werbeplattform instrumentalisiert, die zu Neutralität verpflichtete Institution Schule, erodiert. Und je häufiger ich als Schüler einseitig von bestimmten wirtschaftswissenschaftlichen Thesen und Ansätzen höre und lese, desto eher bin ich bereit, diesen auch Glauben zu schenken. Es entwickelt sich eine psychologisch nachweisbare geistige Eigendynamik. Das heißt, ich bleibe dann in diesen geistigen Bahnen, werde beispielsweise rücksichtsloser und egoistischer. Mehrere nationale und internationale Studien belegen diese Eigendynamik.

#### Was tun?

Man muss leider konstatieren, dass immer mehr Schüler, aber auch Eltern auf praktisch verwertbares Wissen drängen und damit der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse Vorschub leisten. Die Frage, wie bewege ich mich pragmatisch im Alltag, dominiert. Deshalb stößt die zunehmende Präsenz der Unternehmen in den Schulen auch kaum auf Abwehr oder gar Gegenwehr.

Aber wenn die Betroffenen selbst, wie Sie sagen, wenig Interesse an einer Änderung haben, wegen der Sachzwänge, der Sorge um die Zukunft ...

Ich bleibe Optimist und fordere als Bildungskonservativer: Es sollten nur kultusministeriell geprüfte Materialien im Unterricht verwendet werden. Wichtiger noch: Eine reiche Wirtschaftsnation wie die bundesrepublikanische kann und muss ihre Schulen materiell so ausstatten, dass sie finanziell unabhängig sind. Der Schonraum Schule muss wiederhergestellt werden. Das Land der Dichter und Denker darf nicht allein zum Land der Stifter und Schenker werden. Die Schulen so auszustatten, dass der Regelunterricht ohne private Mittel auskommt, sollte eigentlich im gesamten politischen Spektrum Konsens sein.

Das Gespräch führte Wolfgang Storz



# Das Lernen ausgetrieben: Was Konkurrenz aus Schulen macht

Wettbewerb soll Schulen effizienter und sogar gerechter machen. Das Gegenteil ist der Fall: Neue Marktlogiken verschärfen alte Probleme. Schule als Ort des Lernens und der Begegnung unterschiedlicher Gruppen droht zu verschwinden.

VON JULIANE KARAKAYALI

Schulen stehen zunehmend untereinander im Wettbewerb. Eine Ursache dafür: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt bundesweit seit Anfang des Jahrhunderts. Auch 325.000 schulpflichtige geflüchtete Kinder im Schuljahr 2015/16 haben diesen Trend nicht aufhalten können. Weniger Schülerinnen, das bedeutet weniger Klassen – und damit mehr Schulen, die vom Aus bedroht sind. Schulen konkurrieren also um immer weniger schulpflichtige Kinder. Aber auch die Schulpolitik selbst trägt zu mehr Wettbewerb bei: Früher war Bildung ein öffentliches Gut, das vom Staat geplant, gesteuert und bereit gestellt wurde. Seit etwa 20 Jahren finden Ideen und Konzepte des „New Public Managements“ Eingang in die Schulpolitik der Bundesländer. Danach wird Bildung als Markt gesehen: Die Schulen sollen als Anbieter agieren, die um Kundschaft werben, nämlich um die Nachfrage von Schülern und Eltern.

## „New Public Management“

Schulen wird eine größere Selbständigkeit zugestanden, beispielsweise wie sie ihre Lernpläne gestalten, Personal einsetzen und Abläufe organisieren. Damit ist – wie anderswo auch – die Hoffnung verbunden, der Wettbewerb verbessere die Bildung. In diesem Fall konkret die Leistungen der Kinder, die Qualität des Unterrichts und die Effizienz des Schulsystems. Das alles soll kostenneutral erfolgen, also ohne Mehrinvestitionen in Bildung. Deutschland gibt nach wie vor 4,55 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, also deutlich weniger als der Durchschnitt der 34 OECD-Staaten.

Konkurrenz unter Schulen gab es schon vor dieser bildungspolitischen Wende. Allerdings konzentrierte sich diese vor allem auf die (frei wählbaren) weiterführenden Schulen.

Inzwischen stehen auch Grundschulen zunehmend in Konkurrenz zueinander. Schon Grundschulleitern sollen als Konsumentinnen aus einem breiten Angebot die passende Schule wählen können. Dahinter steht die Idee, dass sich so gute Schulen gegen schlechtere durchsetzen würden. Und damit so mehr Bildungsgerechtigkeit in einem System entstünde, in dem nach wie vor soziale Herkunft und Migrationshintergrund wesentlich darüber entscheiden, ob ein Schulkind Erfolg hat oder nicht. Es zeigt sich jedoch: Diese der Marktwirtschaft entlehnten Instrumente verschärfen eher alte Ungerechtigkeiten, als dass sie diese verringern.

## Der Sprengel gilt nicht mehr

Der Besuch der Grundschule wird in der Regel über Einzugsgebiete organisiert. Die sozial gemischte Zusammensetzung der Bevölkerung in einem Stadtviertel soll sich auch an dessen Schulen widerspiegeln. Diese Strategie geht bereits heute nicht mehr auf: Studien weisen nach, dass Eltern die Schulen meiden, die von vielen migrantischen Kindern besucht werden. Schon heute entspricht an vielen Schulen der Anteil ausländischer Kinder an der Schule nicht dem des Einzugsgebietes; er liegt entweder deutlich darüber oder darunter. Eltern kennen viele Wege, dieses sogenannte ‚Sprengelprinzip‘ zu umgehen: Sie melden sich um,



Kindermaraton in Linz im Jahr 2015: Eltern als Antreiber.

FOTO: BINDER/FOTO-BINDER.COM

ziehen um oder beantragen, ihre Kinder umzuschulen. Von den zuständigen Behörden wird die Auflösung der Einzugsgebiete teilweise gefördert: Die in Deutschland immer noch vergleichsweise wenigen Privatschulen, die der Staat mit öffentlichen Geldern teilfinanziert, haben keine festgelegten Einzugsgebiete und sprechen gezielt vor allem bildungsbewusste und finanzkräftige Eltern an. Deren Kinder fehlen dann an den öffentlichen Schulen. Die Folge ist, dass die angestrebte soziale Mischung misslingt. Auch staatliche Schulen mit besonderen Angeboten – wie beispielweise Unterricht nach der Montessori-Pädagogik oder Europaschulen mit Sprachschwerpunkt – sprengen das Sprengelprinzip;

## Bildung wird zum Markt. Schüler und Eltern: Schulen sollen sie als Kunden werben.

auch diese müssen sich nicht an das Wohnortprinzip halten. Einige Bundesländer haben dieses Prinzip für ihre Grundschulen bereits ganz abgeschafft. In Nordrhein-Westfalen können Eltern seit dem Jahr 2008 die Grundschule für ihre Kinder frei wählen. Die Folge ist eine Verschärfung der sozialen Entmischung.

Weil die Einzugsgebiete ihre Bedeutung verlieren und die Wahlfreiheit bei den Eltern liegt, müssen Grundschulen um diese werben. Mit speziellen Programmen und Angeboten versuchen Schulen, sich voneinander zu unterscheiden und attraktiv zu sein. Geworben wird für das jeweilige Profil mit Netzauftritten, Tagen der offenen Tür sowie der Zusammenarbeit mit Kindergärten. Doch nicht alle pädagogisch sinnvollen Ideen lassen sich gleichermaßen vermarkten: Schulen, die Sprachförderung anbieten oder einen Schwerpunkt in sozialem Lernen, geraten beispielsweise leicht gegenüber den Schulen ins Hintertreffen, die Englischunterricht ab der ersten Klasse oder Sportprogramme anbieten. Auch sprechen sie mit diesen spezifischen Angeboten eine jeweils sehr unterschiedliche Elternschaft an. Damit kommt es über die

Profilbildung oft zu einer Art „Arbeitsteilung“ zwischen Schulen, die ebenfalls zu einer sozialen Entmischung beiträgt. Zudem müssen die Grundschulen zur Selbstdarstellung weitere Daten über sich veröffentlichen: beispielsweise die Schulinspektionsberichte und Informationen über die Zusammensetzung der Schülerschaft. Eine Untersuchung für Berlin hat ergeben, dass auf den Internet-Seiten der Bildungsverwaltung am häufigsten die Information abgerufen wird, wie hoch der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an den jeweiligen Grundschulen ist. Die Untersuchung ergab zudem, dass für viele Eltern ein hoher Anteil dieser Kinder einer der Gründe ist, um eine Schule zu meiden.

## Leistungsvergleiche: gute Absicht, schlechte Folgen

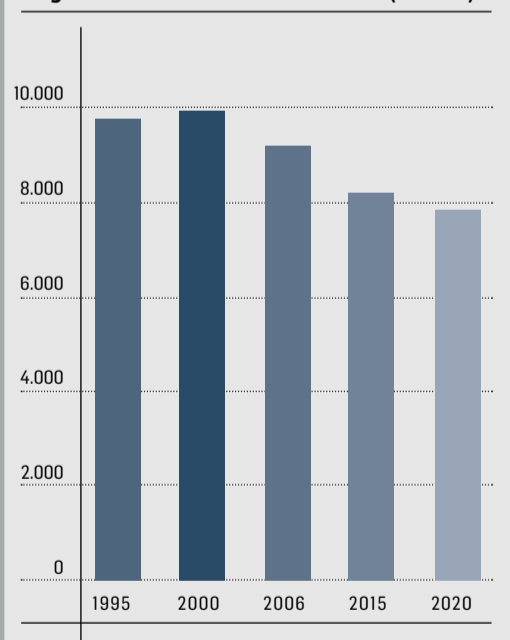
Die Entmischung an der Grundschule ist nicht nur gesellschaftspolitisch problematisch, indem Kinder schon die Grundschule tendenziell nur mit sozial Gleichen besuchen. Sie wird auch zum Problem für die Schulen, da von diesen im Zuge der Umstrukturierungen auch ein höherer Output erwartet wird. Denn es gibt Leistungsvergleiche zwischen den Grundschulen. Wer dabei schlecht abschneidet, muss mit einer sinkenden Zahl von Schülerinnen rechnen. Hinter den Leistungsvergleichen steckt eigentlich eine gute Idee: Es soll Transparenz über die Effizienz von Lehrmethoden und die Unterrichtsqualität an einer Schule geschaffen werden. Tatsächlich aber führen diese Vergleiche nicht zu einer Verbesserung des Unterrichts. Sondern sie führen dazu, dass sich der Unterricht zunehmend an dem orientiert, was getestet wird und Lehrerinnen unter Druck geraten, Testergebnisse zu schönen oder Fächer zu vernachlässigen, die nicht getestet werden. Es hat aber auch zur Folge, dass Schulen vermehrt um Schülerinnen werben, von denen sie sich gute Leistungen erwarten. In der Logik eines Bildungsmarktes sind Schülerinnen mit schlechten Leistungen ein Risiko für den Marktwert einer Schule.

Wenn Schulen in eine Marktsituation versetzt werden und wie Unternehmen miteinander konkurrieren müssen, wird das Bildungssystem nicht gerechter. Vielmehr werden Schulen sozial entmischt. Das Ranking unter den Grundschulen reduziert den Erfolg von Bildung auf standardisierte Abfrageergebnisse. Der Wettbewerb der Schulen um die von vornherein leistungsstärksten Kinder benachteiligt noch stärker als zuvor die ohnehin vielfach benachteiligten Kinder von Migranten und materiell Schlechtergestellten zugunsten der Kinder der biedereren Mittelschichten. Schule als Raum der Begegnung unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Bildung als sozialer Prozess, in dem sich Persönlichkeit entwickelt und Umwelt erfasst wird, haben hier keinen Platz mehr.

## DIE AUTORIN

Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der evangelischen Hochschule Berlin. Sie forscht aktuell unter anderem mit ihrer Kollegin Birgit zur Niedrigwertigkeit natio-ethno-kultureller Grenzbeziehungen für schulorganisatorisches Handeln.

Prognose zur Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2020 (in 1.000)



## Zahl der Schüler im Schuljahr 2015/2016 um 0,4 % gesunken

Rund 11,0 Millionen Schülerinnen und Schüler werden im Schuljahr 2015/2016 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Nach vorläufigen Angaben entspricht dies einem leichten Rückgang von 0,4 % im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr. Damit setzte sich der rückläufige Trend seit dem Schuljahr 2000/2001 weiterhin fort.

QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT / DESTATIS



# Neues Denken contra alte Zöpfe: Wirtschaft plural verstehen

Seit Jahren machen Studenten Druck für mehr Vielfalt in den Wirtschaftswissenschaften.

Untersuchungen zeigen: Trotz des Desasters in der Finanzmarktkrise ist im Studium fast alles beim Alten geblieben.

VON GUIDO SPECKMANN

Wer Wirtschaftswissenschaften studiert, ist in seinem späteren Beruf oft an Entscheidungen beteiligt, die Alltag und materielle Lage von Menschen beeinflussen. So ist entscheidend, was den jährlich etwa 10.000 Volkswirtschafts-Studenden in Deutschland gelehrt wird; unzählige andere Studierende beschäftigen sich im Nebenfach oder Lehramtsstudium mit diesen Themen. Ist der Mensch in den Vorlesungen eine Rechenmaschine, die Natur vor allem eine zu verwertende Ressource und die Kräfte des freien Marktes die Lösung für vieles – oder werden auch andere Perspektiven eingenommen und gelehrt?

Mit dem Kollaps der Finanzmärkte im Jahr 2008 stand die Ökonomenzunft ziemlich blamiert da. Krisen und Finanzsphäre kommen in ihren mathematischen Gleichgewichtsmodellen nämlich nicht vor. Zeitgleich erhielten studentische Initiativen Auftrieb, die sich in Paris bereits im Jahr 2000 unter dem Namen „postautistische Ökonomie“ gebildet hatten (siehe Kasten). In Deutschland sammelten sich kritische Wirtschaftsstudenten im Jahr 2003 erstmals zu Arbeitskreisen. 2007 schlossen sie sich zusammen, seit 2012 nennen sie sich Netzwerk Plurale Ökonomik.

## Ökonomik neu denken: historisch und interdisziplinär

Jakob Hafele, einer ihrer Sprecher, beschreibt das Anliegen: „Unser Ziel ist eine plurale Ökonomik. Also eine Wirtschaftswissenschaft, die nicht in ihrer einseitigen Starre verharrt, sondern der Vielfalt ökonomischer Theorien Raum gibt.“ Die Lösung realer Probleme solle dabei ebenso wieder in den Vordergrund gerückt werden wie Selbstkritik, Reflexion und Offenheit. Auch Stephan Thies, Mitglied der Gruppe Kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen Berlin (KriWis), aktiv an der Freien Universität, wünscht sich „einen Wandel in der Art und Weise, wie Ökonomie gedacht und gelehrt wird“. Wirtschaftswissenschaft müsse offen für alternative Denkschulen werden, sie müsse sich mehr mit Geschichte beschäftigen und stärker interdisziplinär arbeiten, statt ökonomische Probleme einseitig neoklassisch zu betrachten; dieser herrschende Ansatz geht von einem grundsätzlich nutzenmaximierenden Verhalten der Individuen aus.

Jakob Hafele sieht einen Erfolg des Engagements darin, dass das Problem einer eindimensionalen Wirtschaftswissenschaft stärker als zuvor wahrgenommen werde. Dies zu verändern sei zu einem öffentlichen Thema geworden. An verschiedenen Hochschulen gebe es inzwischen Seminare zur pluralen Ökonomik, an der Universität Siegen sei dazu sogar ein Masterstudiengang eingerichtet worden. Hafele: „Wir machen kleine Schritte, aber stetige Schritte.“ Der Weg sei noch lang.

Kleine Schritte mit Erfolg: Die drei Ringvorlesungen, die Stephan Thies' KriWis seit dem Wintersemester 2014/15 in Berlin organisierten, gehören mit durchschnittlich siebzig Teilnehmern zu den bestbesuchten Veranstaltungen im Bachelorstudiengang VWL. Die Themen: alternative Denkschulen, aktuelle ökonomische Fragen, das Geldsystem.

## Die Krise wirkt noch immer nicht als Anstoß

Die Ökonomen-Ausbildung revolutioniert das noch nicht. Auch die Finanzkrise im Jahr 2008 hat erstaunlich wenig bewegt. „Ganz im Unterschied zur Großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die zu neuen Theorieansätzen wie beispielsweise dem Keynesianismus führte und auch zu radikalen Regulierungen wie dem konsequenten Trennbankensystem, erleben wir heute eine bleierne theoretische und wirtschaftspolitische Trägheit“, sagt Helge Peukert; der Kritiker ist außerplanmäßiger Professor für Finanzwissenschaften und Finanzsoziologie an der Universität Erfurt. Auch er erwähnt Siegen als kleinen Lichtblick und verweist auf die kürzlich erfolgte Gründung der privaten Cusanus-



In Heidelberg trifft sich die Gruppe Plurale Ökonomik draußen. Der offizielle Lehrbetrieb hat meist noch seine orthodoxen Schauklappen auf.

## Wenn die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht ist, sollten Theorien nicht mehr ans Gleichgewicht glauben.

Hochschule in Bernkastel-Kues in Rheinland-Pfalz. Das Netzwerk Plurale Ökonomik sei eine „wesentliche Antriebsquelle“ für solche Neugründungen.

Wirkliche Bündnispartner finden die kritischen Studenten an den Universitäten sehr wenige. Es sind vor allem junge Hochschullehrer, die sich nicht dem ökonomischen Mainstream verpflichtet fühlen. Dass ein Professor auf einen regulären Lehrstuhl in Deutschland berufen wurde, der eine pluralistische Wirtschaftswissenschaft vertritt, liegt schon Jahre zurück. Die Reaktion der Standesorganisation der Ökonomen, des Vereins für Socialpolitik, ist als freundlich-distanziert zu bezeichnen. Mitunter schlägt den kritischen Nachwuchsökonominnen an manchen Fakultäten gar Widerstand entgegen, wenn beispielsweise die Organisation von Ringvorlesungen erschwert wird.

Frank Beckenbach, Universität Kassel, untersucht mit seinem Forschungsprojekt Pluralo Screening die Studienangebote. Sein Resümee: Weitgehend sei alles unverändert geblieben. „In den Grundkursen der Mikro- und Makroökonomik bleibt der Geld- und Kreditsektor ausgeblendet oder er wird in einer Weise behandelt, der die internen Instabilitäten ignoriert“, so seine Bilanz. Märkte würden nach wie vor als „effizientes Allokationsverfahren“ zur Verteilung knapper Güter propagiert und im Sparen des Staates werde das probatete Mittel gesehen, um die Wirkung der Märkte zu unterstützen.

Ähnlich sieht es der Volkswirt Hermann Adam, der Politikwissenschaften an der FU Berlin lehrt. „Das ist ein Bohren dicker Bretter, wie Max Weber

einmal über die Politik gesagt hat.“ Studien-, Prüfungsordnungen und Lehrpläne würden nicht über Nacht fundamental geändert. Da und dort komme ein fruchtbarer Dialog zustande, so Adam. Mehr offenkundig nicht.

## Der lange Kampf um kleine Erfolge im akademischen System

Unterstützung müssten die Pluralen Ökonomen von der seit vierzig Jahren bestehenden keynesianisch orientierten Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, auch Memo-Gruppe genannt, erfahren. Mechthild Schrooten, Finanzwissenschaftlerin an der Hochschule Bremen, begrüßt die Initiativen. Sie sieht auch Schnittmengen: bei Fragen der Verteilung des geschaffenen Wohlstandes, des Arbeitsmarktes, beim Thema TTIP und der grundlegenden Kritik am neoliberalen Wirtschaftsverständnis. Kontakte gebe es vor allem auf der persönlichen Ebene, sagt Schrooten.

Gelegentlich ist Kritik an den Pluralen Ökonomen zu hören: Sie träten letztlich für eine Renaissance des Keynesianismus ein und unterschätzten beispielsweise die negativen Folgen einer Wachstumspolitik für Natur und Umwelt. Mechthild Schrooten sieht das so: Ökologie und Ökonomie müssten vereinbar sein. Die Memo-Gruppe sähe, ebenso wie die Pluralen Ökonomen, das rein quantitative Wirtschaftswachstum deshalb grundsätzlich kritisch. Das schließe Unterschiede in Details nicht aus.

Muss eine kritische Perspektive auf die herrschende Wirtschaftslehre nicht den Wachstumsgedanken in Frage stellen? „Sie kann, muss es aber nicht“, sagt Jakob Hafele, einer der Sprecher. Er plädiert dafür, Theorien, die das Wirtschaftswachstum kritisieren, stärker zu beachten. Auch Stephan Thies von den Berliner KriWis will den Wachstumsgedanken kritisch diskutieren. Seine Gruppe organisiere mindestens einmal im Jahr eine Veranstaltung zum Thema Postwachstumsökonomie.

Die kleinen Erfolge dürfen nicht unterschätzt werden. Aber der Weg zu einer pluralistischen Wirtschaftswissenschaft ist noch lang. Als das Netzwerk kürzlich untersuchte, wie viel Platz im VWL-Bachelorstudium für „reflexive“ Fächer wie Geschichte des ökonomischen Denkens oder Wirtschaftsethik sei, kam es zu einem ernüchternden Ergebnis: Lediglich 1,3 Prozent des Angebotes widmen sich diesen Themen.

## VORGESCHICHTEN

### Seit 2000 organisieren sich Aktive an den Unis

#### DER ERSTE WIDERSPRUCH

Es begann im Juni 2000 an der Sorbonne in Paris: Eine kleine Gruppe von Wirtschaftsstudenten protestierte gegen die „autistische Wissenschaft“. Die Anwendung mathematischer und formaler Modelle dürfe nicht Selbstzweck sein. Sie forderten Wissenschaft statt Szientismus, Pluralismus statt neoklassischem Monotheismus, empirischen Realismus statt deduktiver Abstraktionen und riefen ihre Professoren auf, die Wirtschaftswissenschaften aus ihrem autistischen Zustand zu retten. Die Petition der Studenten wurde in der Tageszeitung Le Monde veröffentlicht und führte zu einer landesweiten Debatte. Sie wirkte: Der Minister für Erziehungsfragen, Jack Lang, beauftragte eine Kommission, die landesweit einheitlichen Curricula zu überarbeiten.

#### DER SPÄTERE START IN DEUTSCHLAND

Beim Start in Deutschland im November 2003 waren nur wenige Studentinnen und Studenten dabei. Nach und nach entstand jedoch auch hier ein breites Netzwerk von Aktiven, Sympathisanten und Unterstützern. Wissenschaftler und Studierende gehören ebenso dazu wie mittelständische Unternehmer. In Deutschland, der Schweiz und Österreich gibt es derzeit insgesamt dreißig Gruppen. Zuletzt machte das Netzwerk Plurale Ökonomik in diesem März Schlagzeilen. Eine Untersuchung von 57 Bachelor-Studiengängen in der Volkswirtschaftslehre (VWL) kam zu dem Ergebnis, dass die VWL-Studenden zu wenig zum Nachdenken über das eigene Fach angeregt werden. Gustav Theile, einer der Sprecher, kommentierte die Befunde so: Im VWL-Studium gehe es nicht ums Nachdenken, sondern darum, eine vorgegebene Meinung rechnerisch zu reproduzieren. In Deutschland sei das Studium sogar noch ein wenig einseitiger ausgerichtet als in anderen Ländern.

#### DAS INTERNATIONALE BÜNDNIS

Im Mai 2014 veröffentlichten die Pluralen Ökonomen einen Aufruf, der von siebzig Studentengruppen in über dreißig Ländern unterzeichnet worden ist. Die „International Student Initiative for Pluralism in Economics“ machte deutlich, dass das Unbehagen an der herrschenden Volkswirtschaftslehre ein internationales Phänomen ist. Neben Gruppen aus Europa unterzeichneten auch Initiativen aus den USA, Pakistan, Nicaragua und Russland. Der Aufruf schließt mit den Sätzen: „Pluralismus in der Volkswirtschaftslehre ist für eine gesunde öffentliche Debatte unentbehrlich. Pluralismus ist auch eine Frage der Demokratie“

## INFO

#### DER AUTOR

Guido Speckmann, geboren 1978, studierte Politikwissenschaften und Neuere Geschichte in Marburg. Nach Jahren beim VSA-Verlag arbeitet er nun als Redakteur bei der Tageszeitung neues deutschland.

#### LINKS ZUM THEMA

plurale-oekonomik.de  
pluralowatch.de  
isipe.net/home-de  
kriwis-berlin.org



# Die Märchen des Kapitalismus und die Helden der Arbeit

VON HANS-JÜRGEN ARLT & RAINER ZECH

Arbeit ist der Anfang der Wirtschaft. Wer etwas braucht, leistet etwas und kann anschließend das Produkt konsumieren, um seinen Bedarf zu befriedigen. Ist dieser gestillt, haben wir frei; wir können spielen, uns unterhalten, uns bilden, Sport treiben, einfach mal nichts tun, ganz dem Goethe-Motto folgen: „Tages Arbeit, abends Gäste! Saure Wochen, frohe Feste!“



Als Goethe 1797 diese Zeilen publizierte, war es schon passiert: Kapitalist Konrad war geboren. Er wollte weder spielen noch feiern noch einfach nichts tun. Er wollte reich werden und die Welt erobern. Wie wird man reich? Die Grundregel ist kein Geheimnis: Mehr kriegen als geben. Eine Superidee, denkt Konrad, am besten funktioniert sie im Superlativ, möglichst wenig geben und möglichst viel einnehmen. Geld ausgeben, um zu konsumieren, kann jeder. Die Zukunft gehört jedoch nur denen, die Geld, eigenes oder geliehenes, investieren, um mehr Geld einzunehmen. Kapitalisten, das ist ihr Lebenselixier, geben so wenig wie möglich aus und nehmen so viel wie möglich ein. Man nennt das Gewinnmaximierung. Wenn sie dann superreich geworden sind, spenden die Konrads ein bisschen, treten als Gönner und Förderer auf, damit die Leute nicht sagen können, Konrads würden immer mehr nehmen als geben.

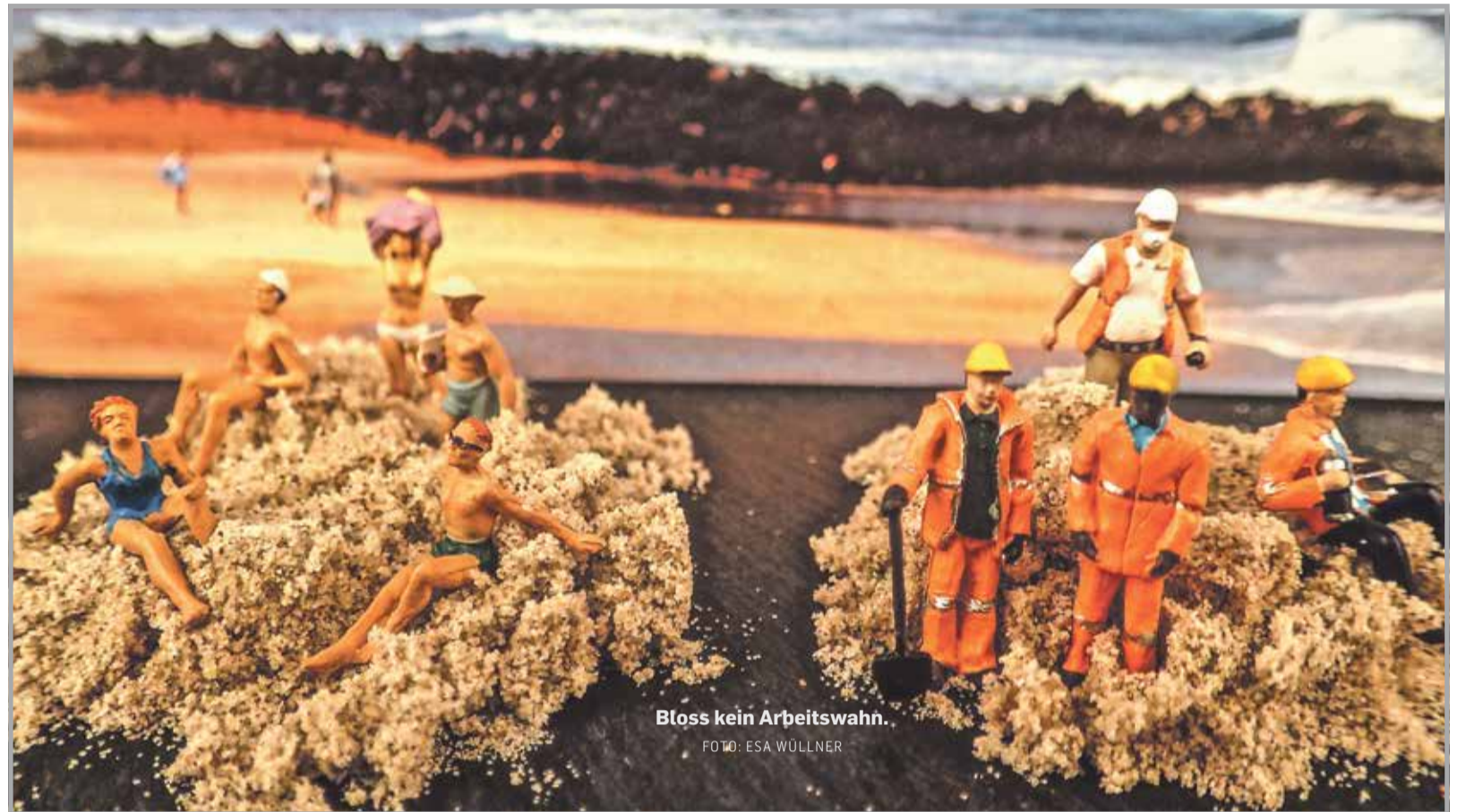


Konrad ist klug genug zu wissen, dass nicht alle mehr nehmen können, als sie geben. Es klappt nur für einige. Die anderen, die Pechmarie, die Müllerin, der Schuster und der Fischer, müssen mehr geben, als sie nehmen. Garstige Menschen sprechen von Ausbeutung – der Menschen und der Natur. Der kluge Konrad findet diesen Vorwurf übertrieben. Seine Antwort darauf: Wenn mehr geleistet, länger und produktiver gearbeitet wird, dann ist mehr für alle da. Wachstum macht aus jedem einen Hans im Glück, im Wachstum liegt der Wohlstand der Nationen, ruft Konrad, Wir leisten mehr, dann können wir uns mehr leisten, lasst uns das Wirtschaftswunder schaffen. Weil er diese Idee in die Welt gesetzt und verwirklicht hat, gilt Kapitalist Konrad als Wohltäter der Menschheit. Technischer Fortschritt, Massenkonsum, Waren in Hülle und Fülle werden zum wahren Leben. Alles wird käuflich.



Als der kleine Prinz auf diese Wirtschaftswunderwelt kommt, reibt er sich die Augen; er versteht nicht, was sich da abspielt. Von Hans im Glück weiß er, dass derjenige nicht mehr zu arbeiten braucht, der nichts mehr braucht. Aber in der reichsten Gesellschaft der Menschheitsgeschichte sieht er die Leute zur Arbeit rennen wie in keiner Gesellschaft vorher. Jede und jeder wollen arbeiten, sie fordern ein Recht auf Arbeit, sie demonstrieren und protestieren, wenn sie keine Arbeit finden; sie machen Überstunden, bringen Arbeit mit nach Hause, nehmen keine Rücksicht auf ihre Gesundheit, vernachlässigen ihre Familien und Freunde. In Schulen und Hochschulen lernen sie nur, um anschließend lebenslanglich zu arbeiten; sie streben nach guten Noten, wollen ein besseres Zeugnis, um später einen Arbeitsplatz zu bekommen. Und dann begreift er es. Hier ist ein Hans im Unglück am Werk: Wer glaubt, immer mehr zu brauchen, muss immer mehr arbeiten. Jetzt fallen dem kleinen Prinzen auch die Werbeorgien auf: In allen Medien, auf allen öffentlichen Plätzen, auf allen Veranstaltungen, selbst auf den Trikots der Sportlerinnen und Sportler hat Kapitalist Konrad seine Einladungen platziert, bei ihm zu kaufen. „Kaufen, Kaufen, Kaufen“, plakatiert Konrad. „Arbeit, Arbeit, Arbeit“, plakatieren politische Parteien. Das passt zusammen, denkt der kleine Prinz, da haben sich zwei gefunden, Arbeitsgesellschaft und Konsumgesellschaft, das Zeug muss ja verbraucht werden.

Verwirrt ist er wieder, als er das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern trifft. In der reichsten Gesellschaft der Menschheitsgeschichte gibt es verdammt viele Bettelarme, das überrascht ihn. Ihre Arbeit wird mit Billiglöhnen abgespeist, weil Konrad eben möglichst wenig geben will. Oder sie haben



Bloss kein Arbeitswahn.

FOTO: ESA WÜLLNER

## Kapitalismus fällt nicht vom Himmel. Wir arbeiten sogar daran, dass er uns überlebt.

überhaupt keine Arbeit, weil Konrad lieber Technik einsetzt. Aber wenn Maschinen, Automaten, Roboter die Arbeitsleistungen übernehmen, das ist doch Klasse, denkt der kleine Prinz, dann bekommen die Menschen Produkte und Dienstleistungen, ohne dafür arbeiten zu müssen. Das wünscht man sich doch: blühende Landschaften bei wenig Arbeit. Was läuft da schief? Weshalb sind Menschen arm, wenn die Wirtschaft so produktiv, so sagenhaft leistungsfähig ist?



Je weiter er herunkommt, desto mehr fällt dem kleinen Prinzen auf, wie sehr der Kapitalist Konrad die Regie über die Arbeit und die Gesellschaft des Planeten übernommen hat. Er beobachtet, wie ihm die Massenmedien ihre Druckseiten und Sendeplätze für Werbebotschaften andienen. Er bemerkt, dass selbst Arztpraxen und Krankenhäuser ihre Gesundheitsleistungen daran ausrichten, ob die Patienten zahlen können. Es entgeht ihm auch nicht, wie sich eine riesige Unterhaltungs- und Sexindustrie aufbaut, wie an der Kunst das Interessanteste ihr Preis wird. Staunend steht der kleine Prinz vor einer gigantischen Rüstungsindustrie und dem lukrativen Kreislauf aus Waffenherstellung und Wiederherstellung des mit Waffen Zerstörtem. Er sieht, wie Konrad die Lobby der Parlamente belagert, wie Politikerinnen und Politiker ihm den Weg frei machen, wie sie Unternehmenssteuern senken, Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzgesetze durchlöchern – alles in der Hoffnung, dass die Konrads Arbeitsplätze schaffen. Der kleine Prinz beobachtet auch genau, wie die Wissenschaft bei Konrad Schlange steht, um Gelder für Drittmittelforschung zu bekommen. Selbst an den Schulen bringt er seine Weltanschauung und seine Botschaften in die Bücher und versucht schon den Schulkindern beizubringen, was für ein guter Mensch er selbst und wie gut er für alle anderen Menschen ist.

Jetzt schaut sich der kleine Prinz den Konrad genauer an. Er erschrickt. Denn ihm fällt auf: Der kann

gar kein Ende finden. Es geht dem Kapitalismus ja gar nicht darum, den Bedarf der Menschen zu befriedigen. Was sich schon daran zeigt, dass er mit Armut kein Problem hat und zugleich jeden unverschämten Luxus zu produzieren bereit ist. Konrads Ziel und Zweck ist allein mehr Geld, noch mehr Geld, immer mehr Geld. Wer auf Geld ohne Ende aus ist, muss Arbeit ohne Ende organisieren, ob technische oder menschliche. Kapitalismus heißt Arbeitsgesellschaft, heißt, möglichst alle Tätigkeiten in Arbeitstätigkeiten zu verwandeln.



Kapitalismus fällt nicht vom Himmel. Es müssen auf Erden Strukturen durchgesetzt werden, die es Menschen schwer machen oder gar daran hindern, sich anders als dem Kapitalismus wohlgefällig zu verhalten. Das erste ist: die Vielen zu enteignen, bis ihnen ihre Arbeitskraft als einziges Produktionsmittel bleibt. Die Einzelnen sind gezwungen, ihren Lebensunterhalt in Abhängigkeit und unter der Regie von Wirtschaftsorganisationen zu erarbeiten, die wiederum das private Eigentum von Wenigen sind. Aber bevor das große Geld so mächtig werden und sich die Gesellschaft unterwerfen kann, musste die Herrschaft von Thron und Altar gebrochen, die Freiheit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst, die Unabhängigkeit des Rechts, der Bildung und der Massenmedien durchgesetzt werden. Freiheit und Unabhängigkeit sind damit gewonnen – aber erst mit der Zahlungsfähigkeit können sie gewonnen werden, ohne Geld sind sie nichts.



Solche Strukturen wirken. Aber alleine können auch sie auf Dauer individuelles Verhalten nicht steuern. Der Kapitalismus braucht deshalb auch Deutungen, Sinnstiftungen, die ihm recht geben. Er muss den auf seinen Eigennutz stierenden Nimmersatt zum herrschenden Menschenbild machen, ein Gesellschaftsbild („am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles“) ausmalen, das Erfolg mit Gewinn, Fortschritt mit Wachstum und technischer Innovation gleichsetzt, die Vorstellung nähren, dass nur am Wesen der Wirtschaft der Planet Arbeit genesen wird.



Einer der eifrigsten Sinnstifter des Kapitalismus ist die heutige Wirtschaftswissenschaft. Von wenigen aufklärenden Außenseitern abgesehen, wiederholen Lehrbücher und Vorlesungen das Immergleiche: Unsere Wirtschaft ist die beste, es ist gut so, wie es ist, mitmachen ist besser als nörgeln, der Kapitalismus macht alles richtig, Probleme verursachen nur die anderen, die Politik, die Gewerkschaften, das Bildungssystem, die Umweltschützer, die Frauen mit ihren Babypausen. Die herrschende Wirtschaftswissenschaft ist eine Sozialwissenschaft, die sich

zur Naturwissenschaft aufspreizt: Ihre Hausmacher-Anthropologie erschöpft sich immer noch im homo oeconomicus, dem angeblich stets rational seinen Vorteil maximierenden Menschen. Ihre mathematischen Modelle sind prognostisch so zuverlässig, dass Wetterfrösche sie belächeln. Offen und pluralistisch wie ein Einparteiensstaat, auf sich selbst fixiert wie ein Narziss, bringen Betriebs- und Volkswirtschaft besonders dumme Mitglieder der wissenschaftlichen Community hervor. Anders wäre Kapitalismus auch wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen.

### DIE AUTOREN

#### Hans-Jürgen Arlt

Honorarprofessor für Strategische Kommunikationsplanung an der Berliner Universität der Künste ([www.kommunikation-und-arbeit.de](http://www.kommunikation-und-arbeit.de))  
Geboren 1948, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Soziologie.  
Arbeit als Redakteur und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

#### Rainer Zech

Professor Dr., Geschäftsführer der ArtSet Forschung Bildung Beratung GmbH und Vorsitzender des ArtSet Institut e.V. in Hannover ([www.artset.de](http://www.artset.de))  
Geboren 1951, Studium der Kunst, Religionswissenschaft, Germanistik, Pädagogik, Psychologie. Langjährige Tätigkeit als Berater von Unternehmen und Nonprofit-Organisationen

### MEHR ZUM THEMA

#### BUCHTIPP

Arlt, H.-J./ Zech, R.: Arbeit und Muße. Ein Plädoyer für den Abschied vom Arbeitskult. Wiesbaden 2015, Springer VS, 52 S., 9,99 Euro

#### LINKS ZUM THEMA

Die Peira-Matinee über Arbeit und Muße: [youtube.com/watch?v=3qssfRvEuLg](https://youtube.com/watch?v=3qssfRvEuLg)  
Denklich und Fraglich im Dialog auf carta: [carta.info/72234/tag-des-arbeitsmythos/](http://carta.info/72234/tag-des-arbeitsmythos/)

Mehr Texte von Hans-Jürgen Arlt finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)

**OXI**  
BLOG  
.de



# ZAHLEN — FAKTEN — INFOS

## Herkunft entscheidet über Zukunftspläne: Welche Kinder welchen Schulabschluss anstreben:

Basis: Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren in Deutschland (Prozentangaben)

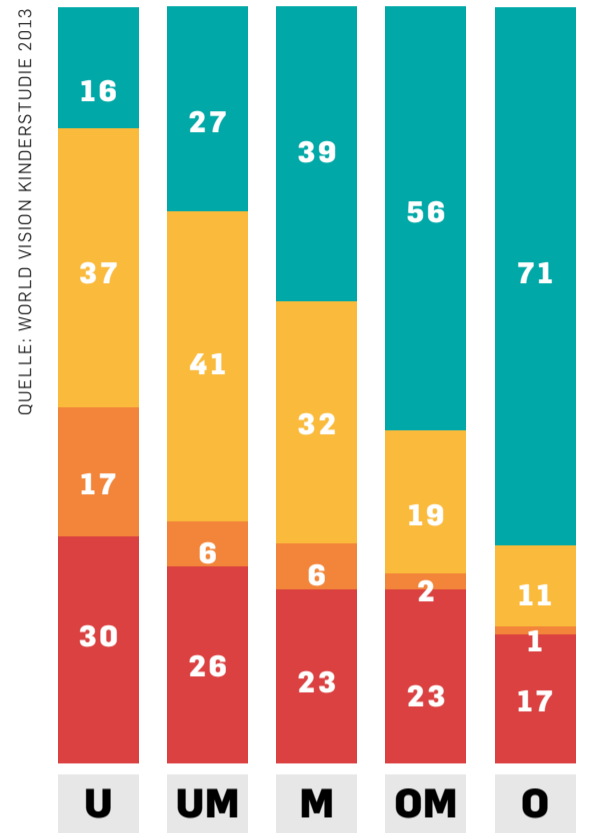
**16 Prozent** der Unterschichtenkinder wollen Abitur machen.



**71 Prozent** der Oberschichtenkinder wollen Abitur machen.



- O** Oberschicht
- OM** obere Mittelschicht
- M** Mittelschicht
- UM** untere Mittelschicht
- U** Unterschicht
- Abitur**
- Realschule**
- Hauptschule**
- Weiß nicht**



Von 100 **Akademikerkindern** in Deutschland studieren **77**,  
von 100 **Nichtakademikerkindern** nur **23**

Quellen „Arbeiterkind.de“, OECD

### REGELN FÜR DEN POLITIKUNTERRICHT

#### Kein Platz für Daimler und ähnliche Kaliber

Der **BEUTELSBACHER KONSENS** ist das Ergebnis einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft im Herbst 1976 in Beutelsbach. Der Konsens legt drei Prinzipien für den Politikunterricht fest:

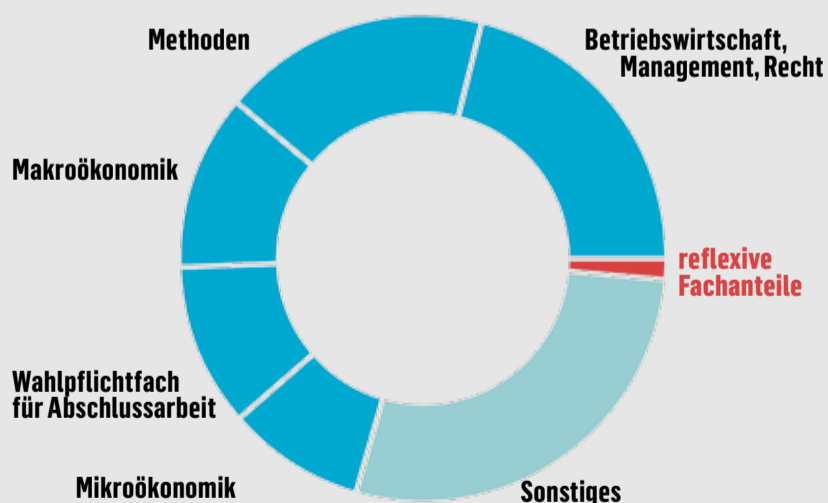
1. Gemäß dem **ÜBERWÄLTIGUNGSVERBOT** (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrende Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen Schüler in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigene Meinung bilden zu können. Dies ist der Zielsetzung der politischen Bildung geschuldet, die Schüler zu mündigen Bürgern heranzubilden.

2. Das Gebot der **KONTROVERSITÄT** (auch: Gegensätzlichkeit) zielt ebenfalls darauf ab, den Schülern freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren können, wenn es in der Wissenschaft oder Politik kontrovers erscheint.

3. Das Prinzip **SCHÜLERORIENTIERUNG** soll den Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und seine eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen sowie „nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“.

### Was Volkswirte lernen

Das BWL-Studium in Deutschland besteht aus:



Wer Wirtschaftswissenschaften studiert, muss herrschende Theorie pauken. Das Hinterfragen der Grundlagen, Prämissen und Werteunterstellungen von Theorien nimmt dagegen im Studium nur einen winzigen Platz ein. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung des Netzwerks Plurale Ökonomik. Die überwältigende Mehrheit der Studenten der Volkswirtschaftslehre lernen neoklassische Theorie, in der der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital schlicht wegdefiniert worden ist. Gerechte Preise und Löhne sollen sich hier wie von selbst aus gegensätzlichen Interessen ergeben.

QUELLEN:  
NETZWERK PLURALE ÖKONOMIK 2016 / HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

### DAMIT MENSCHEN NICHT ZERBRECHEN

Das Handelsblatt macht seit elf Jahren die Aktion: „Chef zu gewinnen“. Sie ist Teil der Initiative „Handelsblatt macht Schule“. Schüler treffen Führungskräfte. In der Ausgabe vom 6. April, Seite 12, wird ausführlich über das Gespräch zwischen Lohmarer Gymnasiasten und Gudrun Ihling,

Personalleiterin beim Spezial-Chemiekonzern Lanxess, Köln, berichtet.

Eine der Schüler-Fragen: „Was war die schwierigste Phase in Ihrem Job?“

Antwort Personalleiterin:

„In den vergangenen beiden Jahren musste Lanxess in einer Neuausrichtung weltweit rund 1000 Arbeitsplätze **abbauen**, um Kosten zu senken. Das war auch für mich und meine Mitarbeiter aus der Personalabteilung **schwierig**. Wir haben diese Maßnahmen natürlich **professionell** umgesetzt, hatten aber gleichzeitig auch die Verantwortung, betroffene Mitarbeiter so durch diese Situation zu begleiten, **dass sie daran nicht zerbrechen**.“



# „So groß wie die deutsche Bank? – Ein Alptraum!“

Wenn Milliardäre ihren Reichtum behalten wollen, sollten sie die Hälfte verschenken. Ein Vorschlag von Thomas Jorberg. Im Gespräch erklärt der Vorstandssprecher der GLS-Bank, warum seine Bank gut, aber nicht antikapitalistisch ist. Und warum jedes Jahr nur 30.000 neue Kunden kommen und nicht Hunderttausende.



Sein Anliegen: Den nächsten Crash verhindern.

FOTO: GLS-BANK

**OXI:** Ist die GLS Bank eine antikapitalistische Bank?  
**THOMAS JORBERG:** So würde ich das nicht sagen. Der Mensch soll nicht dem Kapital dienen, sondern Geld und Kapital dem Menschen. Unser Ziel ist es, Geld für soziale, ökologische, kulturelle und humane Projekte zu mobilisieren und sie möglichst zu machen.

*Ich teile die Banken mal in zwei Lager: Auf der einen Seite Ihre Bank, die anderen Alternativbanken und die öffentlichen und genossenschaftlichen Banken. Auf der anderen die Geschäftsbanken wie die Commerzbank, die Deutsche Bank und so weiter. Wurde seit der Finanzmarktkrise 2008/2009 Ihr Lager stärker, das andere deutlich schwächer?*

Also bei uns hat sich gewaltig was verändert. Wir haben seit Jahren einen enormen Zuspruch von 2.000 bis 2.500 neuen Kunden pro Monat! Und unser Bankmodell ist sehr viel bekannter als zuvor und wird weithin als Vorbild wahrgenommen und anerkannt. Jetzt schaue ich auf den Gesamtmarkt: Da reden wir über sehr bescheidene Veränderungen. Die Geschäftsbanken sind unverändert die entscheidenden Machtapparate mit einer enormen Lobbyarbeit und einem enormen Einfluss auf Regierungen und Ministerialbürokratien. Und: Diejenigen, die für die Regulierung des Bankensektors verantwortlich sind, haben das System gar nicht angerührt. Obwohl es offenkundig Verantwortungslosigkeit produziert und nicht mehr leistungsfähig ist. Die Regulatoren haben letztlich gesagt: Das System ist gut, der Mensch ist das Problem. Eine völlig falsche Antwort. Dass nicht der einzelne Mensch selbst, sondern das System den Missbrauch und damit die Krisen produziert, auf die Idee kommen die nicht. Oder sie wagen es nicht, sich mit den entscheidenden mächtigen Akteuren im Banken- und Finanzbereich anzulegen. Also systemisch hat sich leider kaum etwas verändert.

*Ihre Bank ist toll, weil sie ihren Kunden Offenheit, Mitsprache, marktübliche Konditionen bietet, und das Geld weitgehend in gesellschaftlich Sinnvolles investiert und nicht in Rüstungskonzerne und dubiose Finanzprodukte. Die Geschäftsbanken sind am Boden, nicht nur deren Aktienkurse, sondern vor allem deren Reputation. Warum kommen zu Ihnen nur jeden Monat 2.000 neue Kunden und nicht Hunderttausende? Woran scheitern Sie letztlich?*

Gute Frage. Die stellen wir uns auch. Denn wir sagen: Wenn wir was verändern wollen, wenn wir als Gesellschaft einen weiteren Crash verhindern wollen, dann müssten tatsächlich viele Hunderttausende Bürger zu uns oder zu Banken ähnlichen Typs wechseln. Wenn das so wäre, dann müssten sich ja auch die anderen Banken unter dem Druck dieser Wechselbewegung sehr viel stärker und schneller umorientieren. Aber: Das tun die Bürger derzeit noch nicht.

*Sind Sie über die Analyse hinaus auf eine Idee gekommen, wie Sie diese Sperre bei den Bürgern knacken könnten?*

Sie dürfen schon nicht vergessen: Wir wachsen ständig beträchtlich. Und das wird auch anhalten. Wir müssen das Wachstum ja auch verkraften. Schließlich wollen wir unsere Qualität halten und unseren Prinzipien treu bleiben. Das wäre mit einem stürmischen Wachstum gar nicht möglich. Unsere

Attraktivität würde möglicherweise darunter leiden. Die GLS Bank so groß wie die Deutsche Bank - das wäre ein Alptraum. Eine Bank wie die unsrige darf eine gewisse Größe nicht überschreiten. Mein Lieblingsbild besteht aus einer großen Zahl vielfältiger Banken. Eine solche Bankenlandschaft wäre auch einer Demokratie angemessen und würdig. Keine darf so groß sein, dass sie beispielsweise gewählte Parlamente mit ihrer puren Macht unter Druck setzen kann. Das ist ja gerade eines der großen Probleme, die unsere Gesellschaft mit den Geschäftsbanken hat.

## Das Bankensystem produziert offensichtlich unverantwortliches Handeln.

*Noch einmal: Haben Sie eine Idee entwickelt, wie Sie die Bürger so ansprechen, dass auch der Geldanleger im Bürger Ja zur GLS Bank sagt? Es gibt ja rational keinen Grund, nicht zu Ihnen zu gehen.*

Es gibt meines Erachtens nur zwei Treiber von Veränderung. Der eine ist die Einsicht und der andere die Not.

*Und die Not besteht in dem nächsten Crash?*

Vielleicht. Dann denken Menschen neu und orientieren sich neu und sind möglicherweise froh, dass es Banken mit Geschäftsmodellen wie dem unsrigen gibt, zu denen sie gehen können.

*Was ist gut an der Regulierung seit 2008/2009?*

Dass die Banken ein höheres Eigenkapital nachweisen müssen ist sehr sinnvoll. Denn es stabilisiert die Lage. Es ist zudem richtig, dass die Banken ihre Risiken neu bewerten mussten. Damit reduzierten sie teilweise beträchtlich ihre Bilanzsummen. Richtig ist auch, dass die Liquidität in den Vordergrund rückte, ob eine Bank also für die nächsten Stürme gerüstet ist. Allerdings wurde das dann wieder schlecht umgesetzt.

*Warum?*

Weil die Messung und Bewertung der Liquidität für alle Banken gleich angelegt ist. Alle werden gleich bewertet, das ist doch absurd.

*Wenn Sie abwägen: Was überwiegt bei der neuen Regulierung - das Positive oder das Negative?*

Das systemische Risiko ist meines Erachtens mit den zusätzlichen Regulierungen höher als zuvor. Weil das Mehr an Regulierung aus einer gleichmächtigeren Technisierung besteht, die alle Akteure

in der Banken- und Finanzwelt im Falle von Krisen zu denselben Verhaltensweisen zwingt. Hier müssen wir das gesamte System grundlegend stabilisieren und reformieren.

*Wenn alle so weitermachen wie heute: Wann kommt der nächste Crash?*

Das ist schwer zu sagen. Was wird der nächste Auslöser sein? Keiner weiß das. Was alle wissen beziehungsweise alle wissen könnten: Die Krisen des heutigen Systems haben nicht nur ganz schlimme soziale Folgen. Das System selbst ist nicht mehr leistungsfähig. Die verzweifelten Aktionen der EZB, die sprechen doch Bände. Hilflosigkeit pur. Wir haben zu viel Geld, erstes Problem, und das zweite Problem: Es kommt nicht dort an, wo es gebraucht wird, sondern wird in Finanz- und Immobilienspekulationen verpulvert. Wenn die reichste Nation der Welt es sich nicht mehr leisten kann, ihre Brücken zu sanieren, ganz zu schweigen von Kindergärten, Schulen, Bildung und Kultur - dann läuft etwas grundsätzlich schief.

*Was ist die entscheidende Maßnahme, die die EU-Kommission und die wichtigsten EU-Regierungen ergreifen müssten, um den nächsten Crash zu verhindern?*

Die Verteilungsfrage ist die Kernfrage. Und die hat nichts mehr mit Neid oder sonst etwas zu tun. Es ist einfach so, dass wenige Menschen ungeheuer reich sind, und dieser ungeheure Reichtum fließt in unnütze Finanzspekulationen. Diese einseitige Verteilung richtet inzwischen große volkswirtschaftliche Schäden an. Würde das Geld anders verteilt, wäre es kein Problem, alle sozialen Bedürfnisse in Europa zu befriedigen. Und keiner würde Schaden nehmen, keiner.

*Doch: Die Reichen, wenn deren Geld via einer Reichensteuer abgeschöpft wird, damit die Öffentlichkeit das Geld in die allgemeine Infrastruktur investieren kann.*

Ich widerspreche Ihnen. Mein beispielhafter Rat an einen Milliardär geht so: Sie haben 100 Milliarden Euro Vermögen und klagen, Sie kriegen keine Zinsen mehr dafür. Rein marktwirtschaftlich gedacht: Verschenken Sie 50 Milliarden direkt für gemeinnützige Zwecke. Sie können mit dem Geld doch nichts anfangen. Der Staat baut dafür Schulen, saniert Brücken, und so weiter. Wir kennen alle die lange Liste der berechtigten Bedürfnisse. Und weil dann die wirtschaftliche Lage eine grundlegend andere ist, werden Sie für Ihre restlichen 50 Milliarden wieder gute Zinsen erhalten. Deshalb sage ich: Es gibt Lösungen, die aus dieser verheerenden Lage herausführen, bei denen die Reichen keinen Schaden erleiden, auch wenn sie die Hälfte ihres Geldes an den Staat verschenken.

*Da wir es gerade von den Reichen haben: Das Vorstandsmanagement der Deutschen Bank verdient nach öffentlichen Angaben immer etwa 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr. Wobei niemand weiß, was noch an Boni und Rückstellungen für die Millionen-Rente für jeden Einzelnen hinzukommen. Wo liegen Sie, Ihre Kollegen und Ihre Kollegin so ungefähr?*

Die Vorstandsgehälter werden jedes Jahr veröffentlicht. Derzeit liegen sie bei 250.000 Euro.

### ZUR PERSON

#### Thomas Jorberg

1957 geboren, wuchs in Schwaben auf. Er besuchte die Waldorfschule und war 1977 der erste Auszubildende der GLS Bank. Nach der Lehre zum Bankkaufmann studierte er von 1980 bis 1985 Wirtschaftswissenschaften. Er schloss das Studium als Diplom-Ökonom ab und ist seit 1986 festangestellt bei der GLS Bank tätig, „der Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“.

Seit 1993 ist Jorberg Mitglied des Vorstandes, seit 2003 Vorstandssprecher; der Vorstand hat vier Mitglieder. Seit 2009 ist er im Lenkungsausschuss der Global Alliance for Banking on Values (GABV), einem weltweiten Bündnis von 28 sozial-ökologisch orientierten Banken für Nachhaltigkeit im Finanzmarkt, mit über zehn Millionen Kunden. Jorberg wurde vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Stromrebell-Preis der Schönauer Energieinitiativen (2002) und dem B.A.U.M.-Umweltpreis des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (2010).

Die sozial-ökologische Genossenschaftsbank, Sitz Bochum, mit sieben Filialen, beschäftigt etwa 530 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hat 42.000 Mitglieder, gut 193.000 Kunden und eine Bilanzsumme von 4,3 Milliarden Euro.

### ANLAGETIPP

## Wo gibt es ökologisch orientierte Fonds?

„Ökologie muss auch ökonomisch sein.“ Diesem Leitspruch des Grün-Geld-Pioniers Alfred Platow, heute Vorstand der Ökoworld AG, folgt ein Großteil der alternativen Finanzbranche; er gründete mit Versiko AG im Jahr 1975 einen der ersten Anbieter ökologisch orientierter Investmentfonds. Teilweise wird heute sogar mit exorbitanten Renditen geworben. Schon in den neunziger Jahren haben auch Global Player wie der Versicherungskonzern Allianz oder britische Großbanken insbesondere ökologisch ausgerichtete Finanzprodukte als Markt entdeckt. Vor allem grüne Investmentfonds verfolgen dabei „nur“ einen Best-of-class-Ansatz: Sie investieren also auch in Unternehmen, die in einer an sich umweltfeindlichen Branche wie der Automobil- oder Kohleindustrie tätig sind, vorausgesetzt diese produzieren ökologisch weniger schädlich als ihre Konkurrenten; bereits deshalb gilt dieser Branchenbeste dann als „grün“.

Wer sich einen Einblick in den bunten Markt der grünen Finanzen verschaffen will, kann beispielsweise auf das Test-Magazin **ECOREPORTER-MAGAZIN** ([ecoreporter.de](http://ecoreporter.de)) zurückgreifen. Es wird vom Altmeister der Grün-Geld-Szene und Buchautor Max Deml („Grünes Geld: Das Handbuch für ethisch-ökologische Geldanlagen“) herausgegeben. Seit fast zwei Jahrzehnten ist auch der grüne Krankenversicherer Securita mit dem **NATUR-AKTIVEN-INDEX (NAI)** auf dem Markt. Der NAI umfasst 30 internationale Unternehmen, die als erfolgreiche Öko-Vorreiter ausgewählt wurden ([nai-index.de](http://nai-index.de)).

Die Ratgeber der Stiftung Warentest und der Verbraucherzentralen über grüne Geldanlagen, die viele Jahre richtungweisend waren, sind inzwischen verjährt. Die Verbraucherschützer beackern das Themenfeld, jeder nach seiner Fassung, mittlerweile in ihren allgemeinen Ratgebern zu Sparen und Geldanlage, in der Zeitschrift Finanztest oder auf [test.de](http://test.de) am Rande mit. (hape)

Das Gespräch führte Wolfgang Storz

Die Langfassung des Interviews finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)



**BLAUER STRICH: BILANZSUMME DER GLS-BANK 2015: 4,2 MRD. EURO**  
**ROTER BALKEN: BILANZSUMME DER DEUTSCHEN BANK 2015: 1629 MRD. EURO**



# Gegenmacht in der Warteschleife

Noch sind öffentliche, ethische und grüne Banken keine Alternative zu Deutsche Bank & Consorten



Das Warten lohnt nicht.

FOTO: ESA WÜLLNER

VON HERMANNUS PFEIFFER

Das ethische Investment wurde vor etwa 50 Jahren aus Angst und Schrecken geboren. Die US-Luftwaffe verwüstete Vietnam mit Napalm-Brandbomben. Aktionäre des US-Chemiekonzerns Dow Chemical demonstrierten daraufhin im Jahr 1968 gegen die Produktion von Napalm; viele Anleger verkauften ihre Dow-Chemical-Papiere. Der Aktienkurs fiel ins Bodenlose. Mit diesem Fall begann der rasante Aufstieg von Finanzprodukten, die Sparer erlauben, ihr Geld anders anzulegen: moralisch, sozial, ökologisch.

Heute ist das ein Milliardenmarkt, auch in Deutschland. Und „Grünes Geld“ wird längst mit mehr als Solarstrom und Windenergie gemacht. Hunderte grüner Investmentfonds buhlen um das Kapital der besserverdienenden Anleger. Und ein Dutzend vergleichsweise junger Banken bietet bundesweit oder regional alternative Dienste an. Ihr Angebot reicht vom Girokonto über die Baufinanzierung und Unterstützung ökologischer Bauernhöfe bis zum Vertrieb von Anteilen an globalen Aktienfonds. Ethisch-ökologische Banken zählen weltweit zu den Gewinnern der Finanzkrise. Wegen des Vertrauens, das sie genießen und das die Etablierten verspielt haben.

## „Mutter aller Alternativbanken“

Doch können Geldverleiher mit Moral und Gewissen gute Geschäfte machen? „Ja, sicher!“, behauptet die Volksbank im thüringischen Eisenberg, einer Kreisstadt mit zehntausend Einwohnern. Die Banker in der Provinz gründeten im Jahr 2002 quasi als Zweigniederlassung die EthikBank. Online, per Brief, Telefon und Fax können Sparer bei einer der kleinsten Volksbanken ihr Geld „grün“ anlegen.

Die EthikBank macht beispielsweise keine Geschäfte mit Unternehmen, die Militärwaffen herstellen, Atomkraftwerke besitzen, Pflanzen gentechnisch verändern, ozonschädliche Chemikalien herstellen oder Kinder für sich arbeiten lassen. Ebenso tabu sind Staatsanleihen aus Ländern, die Menschenrechte verletzen. Dabei legt die Direktbank – nach eigenen Angaben – „bis ins Detail offen“, wie und wo sie das Geld ihrer Kunden verwendet.

Die ethischen Kriterien der EthikBank entsprechen etwa dem hohen Standard, den vor allem die frühere Ökobank in Frankfurt am Main in den achtziger Jahren gesetzt hatte. Die von politisch engagierten Grün-Alternativen gegründete Ökobank gilt noch heute als „Mutter aller Alternativbanken“. Wirtschaftlich erfolgreich war sie jedoch nie.

Nach einer Schiefelage übernahm die GLS Gemeinschaftsbank im Jahr 2003 die vom Untergang bedrohte Ökobank. Die GLS, ebenfalls eine Genossenschaftsbank und zudem das Geldinstitut der ersten grünen Stunde, wurde bereits in den 1970er Jahren in Bochum gegründet; sie hat anthroposophische Wurzeln. Ihre heutige Produktpalette ist weit darüber hinausgewachsen: Sie bietet nach sehr überzeugenden Kriterien ökologische und soziale Geldanlagen, bei der sogar der sehr kritische klassische Linke mit Gewinn zugreifen kann.

Deutschlands grüner Bankenmarkt ist bunter geworden. Weit größer als die Thüringer EthikBank ist zum Beispiel die Umweltbank aus Nürnberg. Ihre

Sie hätten genug Kapital und Kunden, um ein anderes Geschäftsmodell durchzusetzen. Sie tun es nicht. Aber gut, dass es sie gibt — für den nächsten Finanzcrash. Ein Überblick.

Geschäftspraxis ist eher konventionell und sie finanziert fast ausschließlich Öko-Projekte. Laut eigenen Angaben haben die Nürnberger bundesweit Kredite für mehr als 21 000 Umweltprojekte vergeben, von der Produktion erneuerbarer Energien bis zum Passiv-Einfamilienhaus.

Die Crux: Die meisten dieser Projekte – und das gilt im Prinzip für alle alternativen Banken – hätten auch von konventionellen Banken finanziert werden können. An den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie dribbeln die Halblinken auf dem Bankenspielfeld nicht vorbei.

Eine Ausnahme macht da nur die GLS-Bank. Sie setzt auf den weitgehenden Zinsverzicht ihrer Anleger. Ohne den sind die besonders günstigen Kredite offensichtlich nicht möglich, die wirklich alternative Projekte zum Leben benötigen. Darauf setzt die GLS-Bank. So dürfte es viele von ihr finanzierten Projekte geben, vor denen die Sparkasse an der Ecke und die Deutsche Bank mangels Rentabilität zurückschrecken.

In den Frankfurter Doppeltürmen wird ohnehin ein anderer grüner Ansatz vertreten, so heißt es aus dem Umfeld des Vorstandes der Deutschen Bank. Grün-Anleger sollten bei ihren Geldanlagen lieber auf eine maximale Rendite achten – und den Extragewinn für einen guten Zweck spenden. Damit sei der Umwelt am meisten geholfen.

## Erfolgsduo: Rendite mit Gewissen?

Erst vor kurzem entdeckte die niederländische Triodos-Bank den im internationalen Vergleich großen grünen Markt in Deutschland. „Europas führende Nachhaltigkeitsbank“, so die Eigenwerbung, verspricht beides: das gute Gewissen und die hohe finanzielle Rendite; momentan hat sie in Deutschland etwa 10 000 Kunden.

An der holländischen Direktbank „mit Mehrwert“ ist zu sehen, wie unterschiedlich Alternativbanken sein können. Die Triodos-Bank ist eine Aktiengesellschaft und macht Geschäfte unter anderem in Großbritannien und Spanien. Ihrer internationalen Ausrichtung folgend, legt Triodos die Spargelder ihrer Kunden auch jenseits der deutschen Grenzen an. Das könne durchaus umwelt-

freundlich sein, versichert eine Sprecherin. Schließlich lasse sich im Herzen Spaniens mehr Sonnenenergie erzeugen als im Ruhrgebiet.

Triodos erinnert frei nach Adam Smith – er gilt als Begründer der klassischen Nationalökonomie und der sogenannten freien Marktwirtschaft – an die Idee der „optimalen Kapitalallokation“: Das Kapital wird weltweit dort angelegt, wo es den größten Nutzen, also den größten Profit (für wenige) verspricht. Eine Idee, wie sie wirtschaftsliberale Ökonomen und private Geldgiganten bis heute predigen. Tatsächlich ist Triodos wohl diejenige unter den grünen Banken, die am stärksten auf privates Unternehmertum setzt. Vorstandsvorsitzender Peter Blom in einem Interview: „Wir wollen nicht nur eine Bank für Weltverbesserer sein.“

## Nische in der Nische

Grüne Banken bilden eine Nische in der Nische. Schätzungsweise gut 300.000 Kunden dürften diese Alternativ-Banken, die sich untereinander alles andere als grün sind, bundesweit betreuen. Selbst die kaum bekannten, konfessionell geschlossenen Kirchen-Banken haben einen größeren Kundenkreis und verzeichnen eine Bilanzsumme von zusammen etwa 28 Milliarden Euro. Sogar die selbsternannte grüne Nummer eins, Triodos, bewegt lediglich eine Bilanzsumme von sieben Milliarden Euro – das ist gerade das Geschäftsvolumen einer mittleren Sparkasse. Die Bilanzsumme fasst alle Vermögenswerte einer Bank zusammen und gilt als wichtiger Maßstab für die Größe einer Bank; zum Vergleich die Bilanzsumme der Deutschen Bank für 2015: etwa 1 720 Milliarden Euro.

Alternative Banken bewegen im Kleinen viel Gutes, mehr aber auch nicht. Als Gegenmacht zur Macht des großen Geldes taugen sie wenig. Dass Großbanken hierzulande nicht ganz so enthemmt Geschäfte machen können wie beispielsweise in Großbritannien oder Spanien, liegt fast ausschließlich an der Gegenmacht der öffentlichen Sparkassen und der genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken. Dieser Arbeiter- und Bauernstand auf dem Finanzmarkt könnte allerdings wiederum von den grün-alternativen Banken sehr viel lernen: über Anlagekriterien, Transparenz.....

## SPARKASSEN

### Große Steuerzahler und über 18 Millionen Genossinnen und Genossen

Die Sparkassen-Gruppe ist mächtiger als die Commerzbank. Allein die Sparkassen in Deutschland bewegen mit mehr als 200 000 Beschäftigten eine Bilanzsumme von über einer Billion Euro. Dazu kommen Verbundunternehmen wie Landesbanken und die Zentralbank Deka, Bausparkassen und Versicherer. Die meisten der aktuell (laut Bundesbankstatistik) noch 413 Sparkassen befinden sich im kommunalen Eigentum.

Kredite werden von den Sparkassen nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben, wie üblich bei privaten Banken. Allerdings nutzen viele Städte und Gemeinden „ihre“ Sparkasse, um eine nach lokalen Interessen ausgerichtete Industrie- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Sparkassen gehören zu den größten Steuerzahlerinnen in Deutschland. 2015 überwies sie an die Finanzämter immerhin 2,6 Milliarden Euro allein an Gewinnsteuern; das ist die Steuer auf den reinen Gewinn, abzüglich gewisser Aufwendungen. Die meisten Sparkassen sind in ihren Kommunen verankert, fördern Kultur und Sport und haben in der Finanzkrise gezeigt, dass ihr auf die jeweilige Region zugeschnittenes Geschäftsmodell stabil ist; sie investieren zusammen nach eigenen Angaben etwa 500 Millionen Euro pro Jahr in „gesellschaftliches Engagement“.

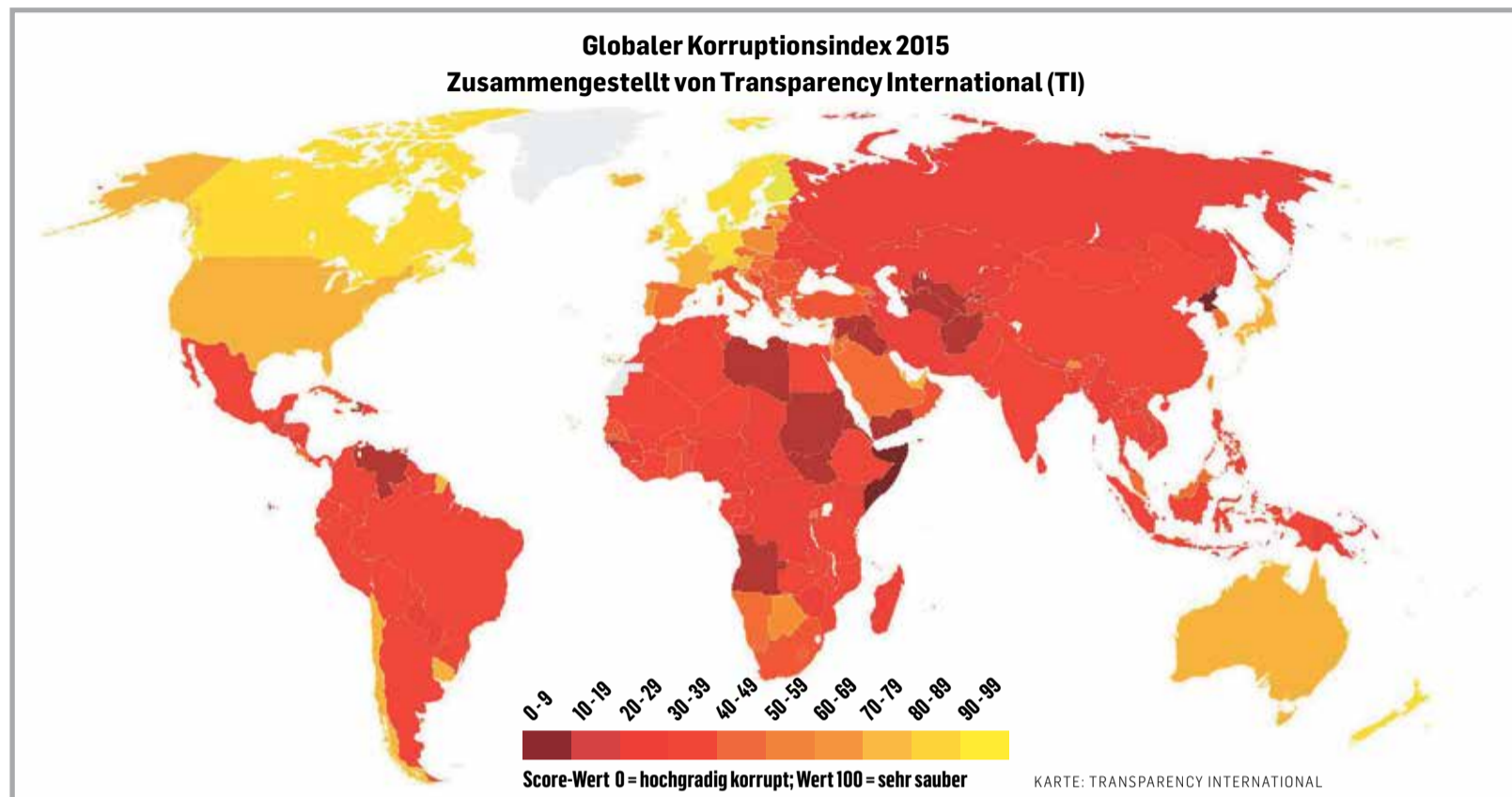
Ähnliches gilt auch für die meisten der mehr als 1 000 genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken. Über zwei Milliarden Euro zahlten sie im Jahr 2015 an den Fiskus. Kultur und Breitensport wird auch von ihnen mit erheblichen Summen gefördert. Alternativ-Banken wie EthikBank und GLS gehören diesem Verbund an – vor allem von der Einlagensicherung der Genossenschaftsbanken zu profitieren.

Das Besondere: Wer Kunde bei einer Volks- oder Raiffeisenbank sein will, muss in der Regel einen Genossenschaftsanteil erwerben. Die Zahl der Genossinnen und Genossen stieg im vergangenen Jahr auf 18,3 Millionen. Ihre Anteile werden verzinst und erlauben Mitsprache an der „eigenen“ Bank. Manche Genossenschaftsbank tut sich allerdings schwer mit der Mitsprache von Betriebsräten und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Im Gegensatz zu den öffentlichen Sparkassen gibt es zwischen Genossenschaftsbanken und Gewerkschaft bundesweit keinen Tarifvertrag. Im Unterschied zu den Sparkassen sind Genossenschaftsbanken vor allem in der Provinz präsent; wie zum Beispiel die Ein-Mann-Raiffeisenbank im baden-württembergischen Gammesfeld. (hape)



# Korruption im Shitstorm Windstille für Aufklärung

Deutschland ist so bestechlich, wie es seine Organisationen zulassen. Empörung geht am Problem vorbei



VON ANNE GRAEF & HANS-JÜRGEN ARLT

Johann Nepomuk Nestroy, Opernsänger und Autor des Alt-Wiener Volkstheaters, fragte im 19. Jahrhundert: „Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig?“ Das Gefühl, zu wenig Geld zu haben, quält diejenigen am stärksten, die besonders viel haben. Wer diesen Reichen hilft, noch mehr Money zu machen, bekommt selbst schöne Batzen Geld. Einem dieser Helfershelfer, Mossack Fonseca, Panama, konnte das Volk jüngst in die Karten schauen. Prompt wurde öffentliches Theater gemacht: Skandal, Skandal, großes Geschrei über die große Gier, über die blühenden Landschaften der Steuerhinterziehung. Uli Hoeneß überall, in Staatsämtern, auf Funktionärssesseln, in Vorstandsbüros.

## Man kann zu viele Socken haben, aber nicht zu viel Geld

Den moralisch Empörten beweisen die Enthüllungen erneut: Die Reichen sind einfach schlechte Menschen. Josef Ackermann, Sepp Blatter, Franz Beckenbauer, Martin Winterkorn – schon lange vor den „Panama Papers“ hing an Männern mit harmlosen Vornamen ein Rattenschwanz an Vorwürfen und Ermittlungen. Geld scheint der beste kriminelle Treibstoff zu sein: Ingenieure, die Abgaswerte manipulieren, Ärzte, die falsch abrechnen, Militärs, die Schmiergelder nehmen, Steuerhinterzieher, Geldwäscher, Bilanzfälscher, Lohndrücker.

Leben und leben lassen, das heißt auf Wirtschaftsdeutsch: zahlen und bezahlt werden. Ökonomisch sind Personen wie Organisationen nur dann handlungsfähig, wenn sie Geld haben, eigenes oder geliehenes. In der Wirtschaft einfinden müssen sich alle zu fast jeder Zeit, dafür hat der Kapitalismus gesorgt. Ausweichen geht nicht, niemand kann sich rühren, ohne an eine Bezahlschranke zu stoßen. Selbst Pinkeln kostet. Deshalb hängt so viel davon ab, das nötige Geld zu haben. Gibt es auch unnötiges Geld? Zu viele Socken, zu viele Handys, zu viele Möbel kann man besitzen, zu viel Geld nicht. Geld macht in jeder Menge Sinn, weil es als allgemeines Äquivalent funktioniert, also für fast alles eintauschbar ist. Diese zwei Eigenschaften des Geldes machen seine Vermehrung so vernünftig: Alle brauchen es ständig, und nichts spricht dagegen, mehr davon zu haben. „Geld gibt ein Kommando. Seine Order lautet ‚Mehr!‘“, schreiben die Brüder Ralph und Stefan Heidenreich in ihrem Buch „Mehr Geld“.

Aber nicht alles ist käuflich. Selbst große Geldbeutel stoßen auf Hindernisse, erleiden Niederlagen, weil die Demokratie will, dass an politischen, juristischen, wissenschaftlichen, künstlerischen, sportlichen Entscheidungen eben kein Preisschild hängt. Alle sollen gleiche Chancen haben (das Protokoll verzeichnet Hohngelächter im Publikum). In der Politik soll demokratisch entschieden werden, von der Justiz nach Recht und Gesetz, in der Wissenschaft wahrheitsgemäß, in der

## Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Große erhalten das System.

Kunst ästhetisch, im Sport im fairen Wettbewerb. Wer solche Entscheidungen mit Geld beeinflussen will, der nähert sich der Korruption, einem strafrechtlichen Tatbestand. Keine Frage: Breite Grauzonen durchziehen den Alltag, kleine Geschenke, die die Freundschaft erhalten, versteckte Vorteile, die gewährt und gerne angenommen werden.

Korruption braucht drei: einen, der besticht, einen, der sich bestechen lässt, und Dritte, die deshalb einen Nachteil erleiden. Mit Sex kann zwar auch bestochen werden, aber allseits bewährt hat sich Geld. Das heißt, alle, die sehr viel Geld haben, sind in der Lage zu korrumpieren, damit sie Entscheidungen zu ihren Gunsten bekommen. Dabei greift Korruption nicht nur in die Welt außerhalb der Wirtschaft ein, sondern auch in die Wirtschaft selbst, etwa in die Entscheidungen für Zulieferer oder für Kreditvergaben.

## Das Böse muss gut organisiert sein

Wer sind denn nun die Bösen? Bestecher und Bestochene – das sind Menschen wie Sie und wir. Die nötige Skrupellosigkeit kommt aus den Organisationen. Nutznießer wie Handlanger, sie handeln im Schutzmantel ihrer Unternehmen, Verbände, Institutionen. Lug und Trug wie bei VW und der Deutschen Bank fallen leichter, sobald sie im Namen von Existenz und Erfolg des Unternehmens geschehen. Der Zweck heiligt die Mittel. Tricksen, Tarnen, Täuschen lassen sich von Kanzleien, Banken, Vermögensverwaltungen eleganter handhaben; hinter prächtigen Fassaden kann der Dreck leichter unter dicke Teppiche gekehrt werden.

Der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl spricht von „brauchbarer Illegalität“. Es mag sie auch bei kleinen Gaunern geben. Zu Hochform läuft brauchbare Illegalität erst organisiert auf: Wenn Organisationen, ob VW, ADAC, Deutsche Bank, die FIFA oder der DFB so viel von sich selbst erwarten, sich von so großen Erwartungen ihrer Fans, Käufer, Mitglieder umzingelt glauben, dass sie Regeln und Gesetze brechen müssen, um die Enttäuschungen zu minimieren. Wie stünde der Bewerber DFB ohne

Fußballweltmeisterschaft da? VW ohne weltweit die Spitze zu sein? Der ADAC ohne großartige Teilnehmerzahlen bei seinen Wettbewerben? Die Deutsche Bank ohne zweistellige Gewinne? Neoliberaler Gewinnmaximierungswahn ist die stärkste Wurzel einer kriminalisierten Ökonomie. Keiner außerparlamentarischen Opposition war die Alternative legal oder illegal so scheißegal wie den Wirtschaftsradikalen heute.

Betrug, Bestechung, Vorteilsnahme gedeihen besser in einer Führungskultur der Hörigkeit: Jas sind willkommen, jedes Aber stört. Zu allen Problemen gehört ein Sündenbock, das Umfeld ist in Freunde und Feinde eingeteilt, Verrat wird geschürt, der Machtkampf versteckt geführt. „Dass große Konzernlenker ihr Personal herbeipfeifen wie einen untätigen Hofhund“, beobachtete der Online-Dienst „autoservicepraxis“. Anlass lieferte unter anderem das Verhalten von Martin Winterkorn, dem Medien und viele, die mit ihm zu tun hatten, jahrelang als größtem Konzern-Lenker huldigten.

## Ein Gewinnspiel ohne Grenzen

Skandalisierung ist nur eine Ersatzhandlung: Sie lässt Köpfe rollen, aber die Rahmenbedingungen beim alten. Sie klärt nicht auf, sondern vernebelt Verhältnisse und Strukturen. Eigentümer und Manager erleben Wirtschaftsunternehmen als einen Topf, aus dem Entgelte (Löhne), Steuern und Gewinne verteilt werden. Ihre Interessen sind so was von eindeutig: Was an Entgelten und Steuern abfließt, geht an Gewinn verloren. Gewinn gleich Einnahmen minus Ausgaben – die Handlungslogik ist primitiv, aber für sie werden Power, Kreativität, Intelligenz, kriminelle Energien mobilisiert, um Kosten zu senken, Produktivität zu erhöhen, Erträge zu maximieren. Grenzen stören in diesem wilden Szenario, Grenzen, die von Staaten, Gesetzen, Steuerbehörden, Gewerkschaften, dem Stand der Technik, der Belastbarkeit der Arbeitskräfte und den Ressourcen der Natur gezogen werden.

Überschritten werden diese Grenzen von jenen Tatkräftigen, die sie bloß für zu überwindende Hindernisse halten. Ihr Umfeld unterstützt sie dabei. Dort hat niemand etwas dagegen, wenn diese lästigen Grenzen ein bisschen verbogen, verschoben oder einfach überrannt werden. Jemand, der für Unternehmen und Gewinn verantwortlich ist, muss verdammt viel Glück, viel Verstand, übrigens auch Moral haben, nicht den Reizen der Rücksichtslosigkeit, notfalls der Illegalität zu verfallen.

Skandalgeschrei beschimpft und beschuldigt Einzelne. Dem stummen Zwang der Verhältnisse liefert es ein Alibi. Im Shitstorm drückt sich ein Populismus aus, den rechts zu nennen eine unzulässige Vereinfachung wäre. Auch mancher Altlinke weiß sich kaum noch anders zu artikulieren. Wer blind wütet, verliert die Kontrolle. Erst scharfsichtige Gesellschaftskritik gewinnt den Blick auf Wirklichkeiten.

## WELTKARTE KORRUPTION

### Was macht eigentlich Transparency International?

Der gleichnamige gemeinnützige Verein, TI abgekürzt, wurde 1993 in Berlin gegründet. Gründer war Peter Eigen, ehemals ein hochrangiger Mitarbeiter der Weltbank. Heute existieren global 100 nationale Unterverbände. Bekannt wurde Transparency International vor allem durch seine alljährlich veröffentlichten Analysen, die in drei Indizes einfließen. Der bekannteste ist der **CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX (CPI)**. Er listet Länder nach ihrem Korruptionsgrad, der zwischen 0 (korrupt) und 100 (sauber) variiert. Weniger publik sind der **BRIBE PAYERS INDEX**, der bestechungsfreudige Staaten listet, und das Globale Korruptionsbarometer, bei dem Privatleute zu ihren Lebens- und Arbeitsbereich befragt werden. (JW)

## EINE AUSWAHL

### DER CPI-PLATZIERUNGEN VON 2015:

1. Dänemark (91 von 100)
2. Finnland (90)
3. Schweden (89)
4. Neu Seeland (88)
5. Niederlande (87)
10. **DEUTSCHLAND**, Luxemburg, Großbritannien (81)
16. USA, Österreich (76)
58. Griechenland, Rumänien (46)
71. Serbien (40)
83. China, Kolumbien, Liberia, Benin (37)
103. Moldawien, Kosovo, Äthiopien (33)
119. Russland (29)
130. Iran, Nepal, Kamerun, Nikaragua (27)
154. Syrien, Jemen, Turkmenistan, Eritrea (18)
161. Irak, Libyen (16)

## AUTOREN

### Anne Graef

Geschäftsführende Gesellschafterin des Graewis-Verlages, Chefredakteurin des DGB-Infoservices „einblick“.  
www.einblick.dgb.de  
Geboren 1960, Studium der Germanistik und Geschichte, Tätigkeiten als Redakteurin, Journalistin und Buchautorin, Schwerpunkt Arbeit und Soziales

### Hans-Jürgen Arlt

Honorarprofessor für Strategische Kommunikationsplanung an der Berliner Universität der Künste  
www.kommunikation-und-arbeit.de  
Geboren 1948, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Soziologie. Arbeit als Redakteur und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

## MEHR

### Buchtipps

Ralph Heidenreich/ Stefan Heidenreich, Stefan: Mehr Geld. Berlin 2008, 152 S.  
Als Buch vergriffen, online unter [www.merve.de/incoming-data/corpori/9783883962177.pdf](http://www.merve.de/incoming-data/corpori/9783883962177.pdf)

### Links zum Text und zum Thema

[panamapapers.sueddeutsche.de/](http://panamapapers.sueddeutsche.de/)  
[www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Informalitaet-und-Organisationskultur-Workingpaper-01062010.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Informalitaet-und-Organisationskultur-Workingpaper-01062010.pdf)  
Netzwerk für Steuergerechtigkeit: [netzwerksteuergerechtigkeit.com](http://netzwerksteuergerechtigkeit.com)



# Krankheit als Schicksal? Quatsch, alles berechenbar!

Das digitale Zeitalter bringt Freiheiten und einen Befehl: Lebe gesund! Und es kreiert Dr. Watson: Er weiß, wie Sie den Krebs besiegen.



VON URSEL SIEBER

Die erste Gesundheits-App auf Rezept – es schien wie der Aufbruch in eine neue Zeit: Mit digitaler Technik gegen Tinnitus, vom Arzt verordnet, und die Techniker-Krankenkasse (TK) übernahm die Kosten. Wer das ständige Pfeifen im Ohr nicht los wird, dem versprach eine spezielle Filtersoftware Hilfe, vom Smartphone herunter geladen, für rund 20 Euro pro Monat. Sie sollte beispielsweise die Lieblingsmusik der Patienten so aufbereiten, dass das lästige Pfeifen im Ohr langfristig leiser würde.

Diese App wurde als besonders innovativ vermarktet, als Wunderwerk des hereinbrechenden digitalen Zeitalters. Vermutlich nur viel Lärm um Nichts: Die Versprechen der Firma beruhten auf wenig aussagekräftigen Tests mit nur 23 Patienten. Der Fachbeirat der Selbsthilfegruppe Tinnitus-Liga warnte: Die Wirksamkeit sei nicht nachgewiesen.

## Mit Wearables zum selbstoptimierenden Patienten

Die Geschichte der kleinen App gegen den schrillen Ton im Ohr – sie ist symptomatisch für den Hype um die Digitalisierung der Gesundheit. Wie die AOK-Nordost bezuschusst auch die TK Versicherte, die mit Hilfe sogenannter ‚Wearables‘ und allerlei Fitness-Apps sich selbst vermessen und ihre Gesundheit optimieren. Medizinisch sinnvoll ist das nicht, aber dafür sind Apps gut fürs Image. Die Krankenkassen versuchen so, junge gesundheitsbewusste Versicherte an sich zu binden. Und der Gedanke der Selbstoptimierung kommt an. Rund 100 000 Fitness-Apps sind mittlerweile im Angebot. Die Zahl der Nutzer wächst rasant.

Für viele ist es nur eine Spielerei: ihren Kalorienverbrauch zu messen, den Blutdruck oder den Grad der Muskelentspannung. Damit einher

geht aber eine tiefgreifende Veränderung unseres Verständnisses von Krankheit: „Lebe gesund!“ Diesem Imperativ sind wir dank der Gesundheits-Apps jetzt dauerhaft ausgesetzt. Und damit der Erwartung, dem Zufall ein Schnippchen schlagen, Herr über das eigene Leben und damit auch über mögliches Leiden werden zu können. Als „Healthism“ bezeichnen Wissenschaftler den Glauben und Zwang, über eine maßvolle Lebensführung hinaus seine Gesundheit zu optimieren. Medizinethiker beklagen bereits, es sei kaum noch vermittelbar, dass Krankheit oftmals nur eine Laune der Natur, Zufall, also schlicht Schicksal ist.

Konzerne wie Apple, Google, Amazon oder Yahoo bauen darauf ihre Geschäftsmodelle. Ist Selbstoptimierung das Ziel, so heißt der Weg dahin: die optimale Verwertung aller Daten. Die Propheten von Big Data versprechen, dass es nur noch unbegrenzte Rechnerkapazitäten und den Zugriff auf alle Daten brauche, auch Zugriff auf die Daten aller Gesundheits-Apps – schon zögen die Algorithmen daraus in Echtzeit die richtigen Schlüsse. Ein goldenes Zeitalter, zum Greifen nah: maßgeschneiderte Therapien für jeden Mann und jede Frau, befreit von jeder Unsicherheit. Diagnostik und Therapie ohne Fehler.

„Eine Hybris sondergleichen“ nennt das Gerd Antes. Er ist Direktor des renommierten, unabhängigen Wissenschaftlerverbands „Deutsches Cochrane-Center“. Antes verlangt, die Versprechungen von Big Data auf den Prüfstand zu stellen. Vor allem dürften grundlegende Erkenntnisse der Wissenschaft nicht einfach ausgemustert werden. Zu diesen Erkenntnissen gehört laut Antes, dass die Wirksamkeit von Medikamenten oder Operationsverfahren nicht mit Hilfe von Korrelationen nachgewiesen werden könne. Will sagen: Auch wenn die Geburtenrate und die Storchpopulationen etwa gleichzeitig und ähnlich

stark zurückgehen oder steigen, also korrelieren: Es ist trotzdem nicht der Storch, der die Babys bringt.

Doch Big Data bietet genau das: Diagnosen und Therapien mittels Korrelationen. Die Suche nach Kausalität, nach dem Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung, soll Geschichte sein. Das ärgert den renommierten Wissenschaftler Gerd Antes: „Um das größte Problem beim Nachweis von Wirksamkeit zu umgehen, nämlich die Kausalität zu belegen, wird sie einfach als unnötig wegdefiniert.“

Was taugt diese neue Denkweise? Liegt das Zeitalter der Kausalitäten tatsächlich hinter uns? Diese Frage beschäftigte im vergangenen Herbst auch den Deutschen Ethikrat. Die Referenten warnten vor fatalen Trugschlüssen. Algorithmen ohne Theorie seien blind, sagte etwa Professor Klaus Mainzer von der Universität München. Das blinde Vertrauen zu Korrelationen sei gefährlich, gerade in der Medizin. Big Data liefere keine Beweise, nur Annäherungen und Wahrscheinlichkeiten. Um die herausgefilterten Korrelationen kompetent zu bewerten, sei viel Erfahrungswissen notwendig und am besten auch eine Theorie.

## Der intelligente Assistent ersetzt die Assistenzärztin. Der Patient löst sich in Daten auf.

Datenmonster, die Korrelationen ausspucken, sollen bald schon als „ärztliche Assistenten“ ins Krankenhaus einziehen. Beispielsweise das Superhirn Watson, an dessen Perfektionierung derzeit 2.000 Mitarbeiter des IBM-Konzerns arbeiten. Bekannt wurde der Supercomputer, als er in den USA seine menschlichen Mitspieler beim Quiz übertrumpfte. In Zukunft soll er Klinikärzte „entlasten“ und dank Sprachsteuerung in Echtzeit die richtigen Diagnosen und Therapien ausspucken. Das sei zum Vorteil der Patienten, verkündet der Hersteller, denn medizinisches Wissen vermehre sich so rasant, dass kein Arzt das noch bewältigen könne.

## Computer sollen die Krebstherapie errechnen

Dr. Watson dagegen soll es schaffen. Das Superhirn lässt sich mit immensen Datenmengen füttern, auch mit sogenannten „unstrukturierten“ Daten aus Gesundheits-Apps und Fitness-Trackern, wie dem Armband zur Messung von Herzschlag oder Schlafdauer. Nachdem ihn Onkologen einer New Yorker Krebsklinik monatelang trainiert hatten, soll Dr. Watson je nach Krebsart in 89 bis 100 Prozent der Fälle die richtige Therapie empfohlen haben. Überprüfen lassen sich solche Aussagen nicht. Den Cochrane-Wissenschaftlern, die auf ihrem Kongress über solche ärztlichen Expertensysteme diskutierten, gilt der mit Daten vollgestopfte Informationskoloss als Paradebeispiel für völlige Intransparenz. Sie fordern vergleichende Studien – doch an denen hat der Hersteller kein Interesse.

Die Manager von Krankenhäusern werden anders auf Dr. Watson blicken: Er eröffnet enorme Möglichkeiten der Rationalisierung auf dem Weg hin zu einer Medizin 4.0 (siehe Kasten). Auch Krankenkassen bejubeln intelligente Assistenzsysteme naiv, so im Februar dieses Jahres in der Hochglanzbroschüre des BKK-Bundesverbands, des Dachverbands aller betrieblichen Krankenversicherungen. In der Broschüre fällt beispielsweise kein kritisches Wort zu einem grundlegenden Problem der Medizin, das in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielt und das auch ein Dr. Watson nicht wird lösen können.

Es geht um den sogenannten „Information Bias“. Das Problem: Medizinisches Wissen wird allein schon deshalb systematisch verzerrt, weil die Hersteller von Medikamenten und Medizingeräten nur die Hälfte ihrer klinischen Versuche veröffentlichen, die erfolgreichen. Die andere Hälfte bleibt unter Verschluss, weil sie nicht das gewünschte Ergebnis brachte. Was aber aus kommerziellen Gründen geheim gehalten wird, kann auch ein Superhirn nicht auswerten. Das veröffentlichte Wissen in der Medizin bewerten kritische Wissenschaftler deshalb auch als „Datenmüll“. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Big Data nur einen ‚Fortschritt‘ produziert: die unendliche Vervielfältigung dieses Mülls.

## HINTERGRUND

### Auf dem Weg ins industrielle Krankenhaus

Der Erfinder des Begriffs **MEDIZIN 4.0** heißt Heinz Lohmann. Der Hamburger Gesundheitsökonom ist gut vernetzt mit Politik und Krankenkassen und ein Verfechter der Industrialisierung von Krankenhäusern. „Sind Menschen doch Autos?“ fragte Lohmann auf einem Kongress provozierend. Medizin 4.0 – das heißt für den neoliberalen Ökonomen: weitere betriebswirtschaftliche Optimierung der medizinischen Versorgung mit digitalen Techniken. „Digitalisierung des Workflows“, nennt sich das.

Lohmanns Vision ist die „Umstellung vom Handbetrieb auf Automatik“. Und zwar nicht nur mit **SERVICEROBOTERN**, die Wäsche transportieren oder das Essen auf die Station bringen – auch die teure Ressource Arzt soll effizienter genutzt werden. Heißt also unser Arzt künftig Dr. Watson, hergestellt von IBM? Daran denkt nicht einmal Lohmann. Aber in 20 Jahren soll es normal sein, dass Ärzte die Erstellung der Diagnose und die Entscheidung über die Therapie wenigstens teilweise an sogenannte **INTELLIGENTE ARZTSYSTEME** delegieren. Und: Roboter sollen bei Operationen assistieren. Zwar sind schon heute robotergestützte Systeme im Einsatz, allerdings nur bei Operationen von wenigen Krankheiten, etwa bei Prostatakrebs. Sie sind noch sehr teuer, vor allem in der Instandhaltung. Und ob bei dem Prostataeingriff mit Hilfe des **DA-VINCI-ROBOTERS** schwerwiegende Nebenwirkungen wie Impotenz und Inkontinenz seltener auftreten, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Allerdings kommt der Roboter bei Patienten gut an; sie hoffen auf bessere Ergebnisse. Fest steht: Mit Hilfe eines Roboters kann schneller gearbeitet, die Operationssäle also besser ausgelastet werden.

Die meisten Kliniken befinden sich jedoch noch in der alten Welt: Erst ein Drittel verfügt über ein digitales Dokumentationssystem. Hätten das alle und wäre der Arzt bei der Visite mit ihm vernetzt, dann gewinnen Ärzte und Pflegekräfte erheblich Zeit, um für ihre Patienten dazu sein. Vorausgesetzt die freiwerdenden Ressourcen würden nicht nur für die pure Rationalisierung und Kostensenkung genutzt.

Vor gut 10 Jahren hat die Politik mit der Bezahlung nach Fallpauschalen eine Art Industrialisierung der Krankenhäuser eingeleitet: Wie in jedem anderen Wirtschaftsbetrieb geht es um steigende Fallzahlen, höhere **PRODUKTIVITÄT** und die Optimierung des Betriebsablaufs. Krankenhäuser stehen im Wettbewerb zu einander. Private Krankenhauskonzerne geben dabei den Takt vor. Vor zehn Jahren wurde versprochen: Der Patient werde zum Kunden. Und als Kunde stehe er im Mittelpunkt. Ähnliches wird nun mit der Digitalisierung versprochen: Mit dem Smartphone liege „die Gesundheit in der Hand des Patienten“, der Mensch werde „Koproduzent seiner Gesundheit“. Das Paradoxe ist: Tatsächlich hat sich die Medizin vom Menschen entfernt. Das hat der Deutsche Ethikrat erst Anfang April ausführlich und überzeugend dargestellt. Und die große Koalition zum Handeln aufgefordert.

## WEBTIPP

[www.ethikrat.org/dateien/pdf/stellungnahme-patientenwohl-als-ethischer-massstab-fuer-das-krankenhaus.pdf](http://www.ethikrat.org/dateien/pdf/stellungnahme-patientenwohl-als-ethischer-massstab-fuer-das-krankenhaus.pdf)

## DIE AUTORIN

### Ursel Sieber

ist Gesundheitsjournalistin. Sie arbeitet für die ARD-Magazine Kontraste und Monitor. Im Jahr 2010 erschien im Berlin-Verlag ihr Buch: Gesunder Zweifel. In Zusammenarbeit mit Sonia Mikich und Jan Schmidt erschien das Buch: Enteignet. Warum uns der Medizinbetrieb krank macht. Bertelsmann, München 2013



# Die wollen nicht wachsen. Spinnen die?

Bisher stand das Wachstumsigma nur bei Alternativen unter Beschuss. Aber jetzt steuern auch normale privatkapitalistische Unternehmen um. Sie befreien sie sich von den Zwängen des Immer-Mehr.

VON JANA GEBAUER

Sie kennen vielleicht diesen Wahrnehmungstest: Sie sehen das Video eines Basketballspiels und sollen zählen, wie viele Pässe einem Team gelingen. Sie adieren aufmerksam Pass um Pass, landen beim korrekten Ergebnis – und liegen doch nur begrenzt richtig. Denn bei Ihrer Konzentration auf die eine Sache haben Sie Wesentliches übersehen: bei diesem Test war es ein Bär, der auffällig das Spielfeld durchquerte. Darauf soll der Test hinweisen: Wir sehen, was wir erwarten und was – aus einer gesetzten Perspektive – den Kern einer Sache ausmacht. Andere Ereignisse entgehen dadurch unserer Aufmerksamkeit. Das gilt auch im Wirtschaftsleben. Dogmatisch halten wir an einer eher jungen und unstimmgigen, aber attraktiv und zugkräftig wirkenden Erzählung fest: Wir können und wollen ‚uns‘ Wirtschaftswachstum unendlich fortschreiben, denn es beschert ‚uns‘ ein Mehr an Wohlstand, Beschäftigung und sozialem Ausgleich. Wir sind auf Wachstum fixiert und schauen durch diese Brille auf die Unternehmenslandschaft. Dort sehen wir Unternehmen, die wachsen oder wachsen wollen, und wir sehen Strukturen, die dies befördern oder es wenigstens müssten. Dabei beobachten wir gebannt – und oft enttäuscht – jede kleine Veränderung: 0,8 Prozentpunkte im Minus oder doch 0,4 im Plus? Mit dieser Perspektive verstellen wir uns jedoch den wichtigeren Teil des Bildes: Wir ignorieren die systematischen Fehler in der Wachstumserzählung und wir übersehen, wie in Wirklichkeit viele Unternehmen davon abweichen.

## Wie könnte die Befreiung von Größe um jeden Preis aussehen?

99,6 Prozent der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten. Deren Wachstumsorientierung ist recht begrenzt, wie eine Studie des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung zeigt: Von knapp 700 befragten Unternehmerinnen und Unternehmern möchte ein Drittel die aktuelle Unternehmensgröße beibehalten, weitere 14 Prozent haben bereits eine Größe im Blick, auf der sie sich stabilisieren wollen. Je etwa ein Viertel hat keine konkreten Wachstumspläne oder setzt auf eher niedrige Wachstumsraten. Nur zwei Prozent wollen stark wachsen. Dabei nehmen die Unternehmerinnen und Unternehmer durchaus den ökonomischen Druck wahr, immer größer zu werden: Viele Märkte wachsen nur noch langsam oder gar nicht, es gibt zu viele oder zu große Mitbewerber mit vergleichbaren Angeboten. Daraus entsteht ein hoher Investitions- und Kostendruck, der die Unternehmen in eine Wachstumsspirale drängt – oder aus dem Markt. Manche Unternehmerinnen und Unternehmer machen sich diesen Druck zu Eigen und setzen ihr Wachstum mit Wettbewerbserfolg gleich. Andere setzen sich dagegen ausdrücklich und zunehmend öffentlich damit auseinander: Sie fragen, welche betrieblichen und persönlichen Risiken Wachstum mit sich bringt und wie eine Befreiung von diesen Wachstumswängen aussehen könnte. Diejenigen, die den Wachstumspfad verlassen, erleben, dass dies die betriebliche Entwicklung nicht hemmt, sondern vielmehr befördert. Auch für die Gesellschaft ist die Wirkung positiv: Denn es zeigt sich, dass Unternehmen mit einer Strategie, die unabhängig von Wachstum ist, auch in sozialen und ökologischen Fragen Verantwortung übernehmen.

Für den Wuppertaler Schnürsenkelhersteller Carl Klostermann und Söhne (CKS) und den Rostocker Spielwarenladen Wupatki stand das Abwägen von Risiken am Anfang der Idee, ihr Wachstum zu begrenzen. Auf der Jagd nach den günstigsten Preisen in internationalen Lieferketten

machte CKS beinahe existenzbedrohende Erfahrungen mit Qualitätsmängeln, Schadstoffbelastungen und Lieferproblemen. Die Geschäftsführung schwenkte daraufhin um und baute eine Produktion mit lokalen Partnern auf. So bleiben die Prozesse übersichtlich und handhabbar. Alle Beteiligten kennen sich persönlich und kooperieren vertrauensvoll. Die Regionalisierung führte dazu, dass sich das Unternehmen im Grundsatz neu aufstellte: eine stabile Größe, Qualität und Nachhaltigkeit sind jetzt die entscheidenden Kriterien. Auf den niedrigsten Preis setzt das Unternehmen nicht mehr, denn Inhaberin Jutta Platz weiß: „Billiger wird immer jemand sein“.

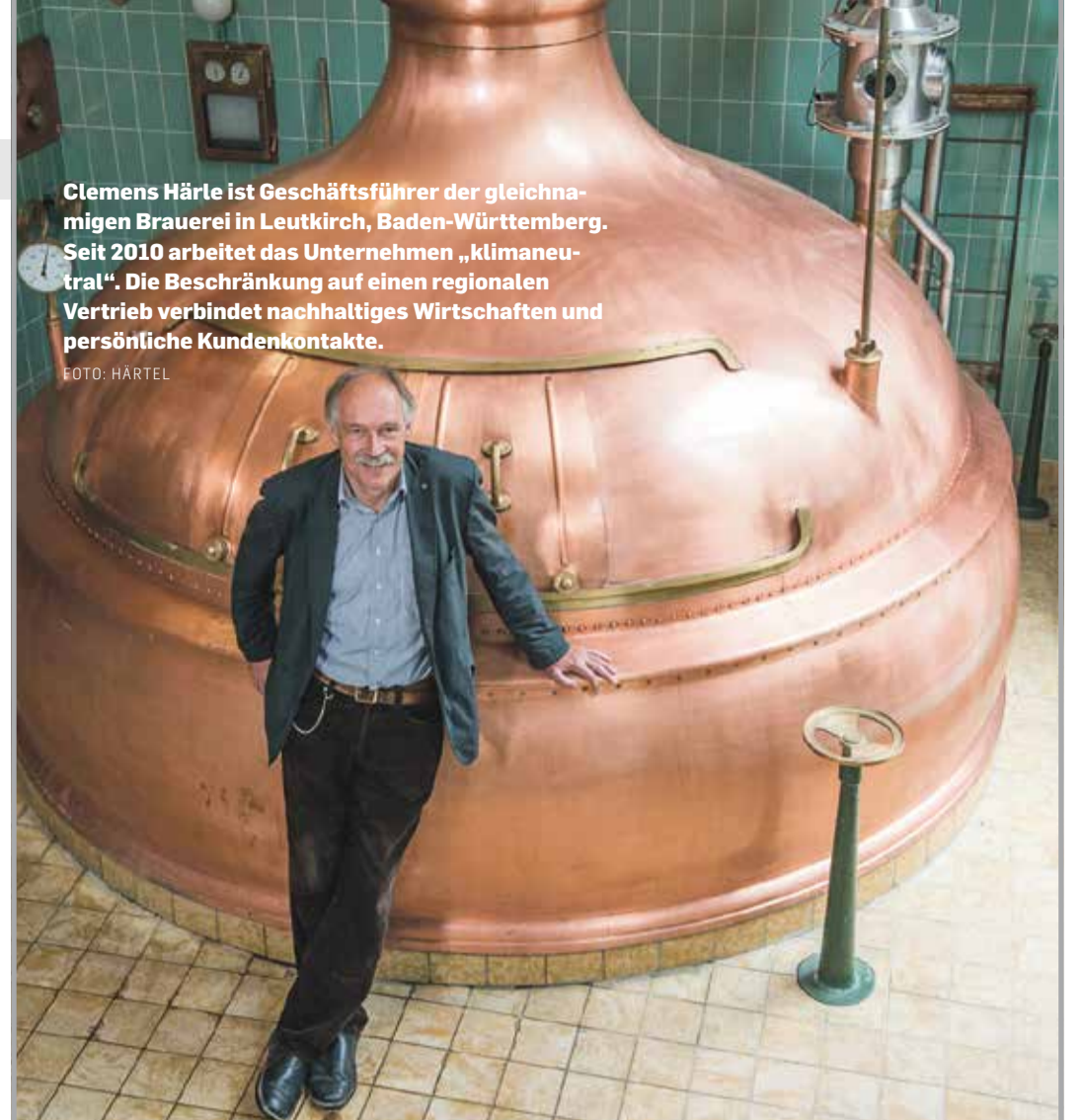
## Hohe Bankkredite setzen Firmen unter Druck

Für den Spielwarenhändler Wupatki war die Kreditlast das entscheidende Risiko: Der Gründungskredit für das kleine Geschäft führte schnell in eine existenzielle Abhängigkeit von der Bank, als die Umsätze nicht für die Rückzahlung reichten. Ein Umzug in einen größeren Laden bot die Chance, mehr Kundschaft zu erreichen, erhöhte aber erneut die Kreditlast. Die konnte Inhaber Mike Saul nur abbauen, indem er sein Geschäft umkrempelte und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei mitzogen. Sie sind jetzt näher an den Bedürfnissen ihrer Kundschaft, bieten beste Beratung und hochwertiges Spielzeug. Der Laden läuft gut, er könnte sogar weiter wachsen. Nur: Dann geriete Saul in den aussichtslosen Wettbewerb mit den Größeren der Branche. Und er müsste wieder Kredite aufnehmen. Beides will Saul unbedingt vermeiden. Lieber bleibt er auf dem nun eingeschlagenen Weg und setzt Qualität vor Größe – die hohe Zufriedenheit der Mitarbeiter und Kunden geben ihm recht.

## Den Zwang zur Größe haben wir uns selbst eingebrockt.

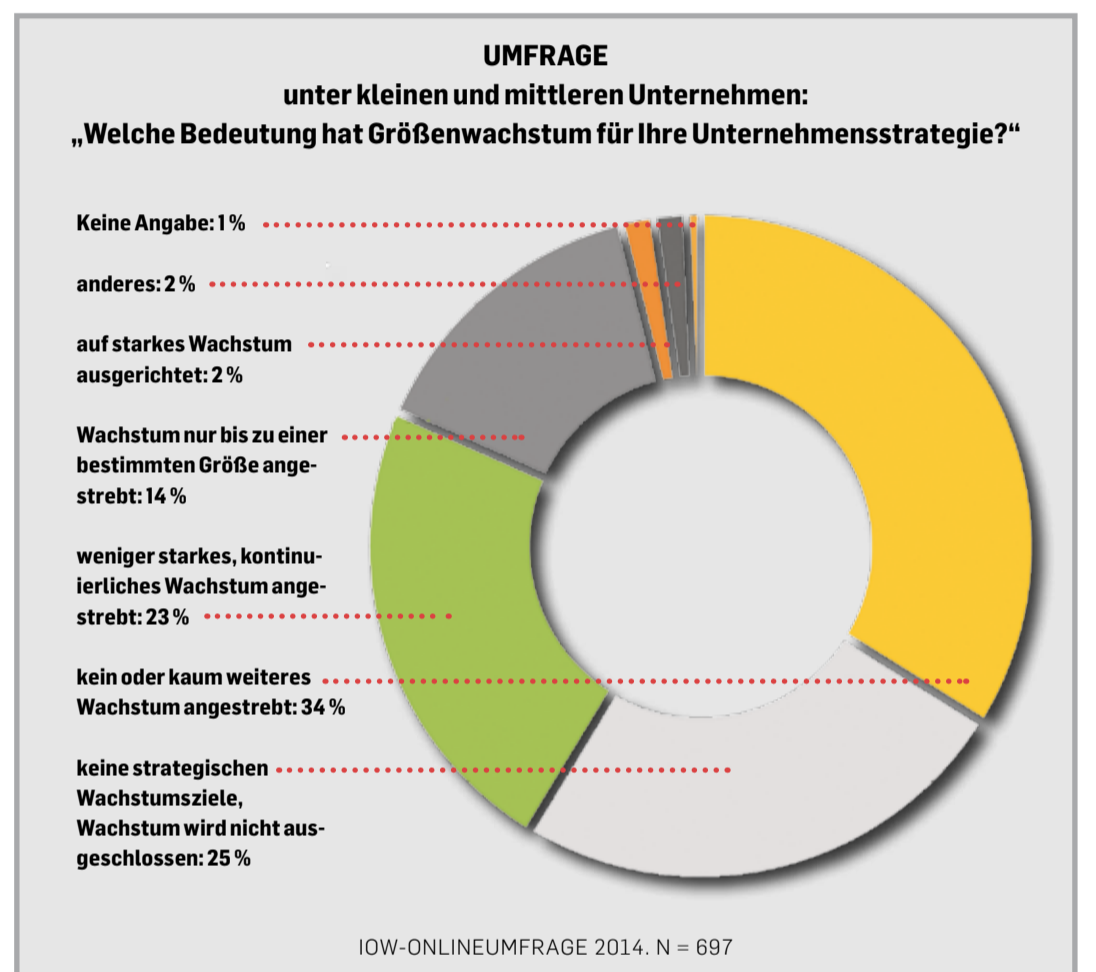
Auch für die Forchtenberger Richard Henkel GmbH, Hersteller von Stahlrohrmöbeln, und den Bremer IT-Dienstleister b.r.m. ist es wichtig, in ihre Entwicklung zu investieren. Aber auch sie gehen nicht den Weg über steigende Umsätze und Mitarbeiterzahlen. b.r.m.-Geschäftsführer Harald Rossol sieht es so: Unter einer Wachstumsstrategie würde die Qualität der Arbeit und der Dienstleistungen leiden. Aus Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Stammkunden sagt er daher schon mal Nein zu neuen Aufträgen. Um dennoch stetig in beste Arbeitsbedingungen und Gehälter investieren zu können, setzt b.r.m. auf leistungsfähigere Techniken: So soll der Verbrauch von Energie und allgemeinen Ressourcen und damit die Kosten deutlich verringert werden.

Diesen Ansatz teilt Henkel-Geschäftsführerin Susanne Henkel: „Unser Ziel ist es, dass Qualität und Wertschöpfung wachsen und der Ressourcenverbrauch zurückgeht“. So senkt sie nicht nur Kosten, sie macht sich auch freier von den stark schwankenden Rohstoffpreisen. Die Erträge werden wie bei



Clemens Härle ist Geschäftsführer der gleichnamigen Brauerei in Leutkirch, Baden-Württemberg. Seit 2010 arbeitet das Unternehmen „klimaneutral“. Die Beschränkung auf einen regionalen Vertrieb verbindet nachhaltiges Wirtschaften und persönliche Kundenkontakte.

FOTO: HÄRTEL



b.r.m. reinvestiert: in weitere Innovationen, gute und langfristige Beschäftigungsverhältnisse, bessere Angebote. Eine der Folgen für die Produzentin Henkel: Sie wird zunehmend zur Dienstleisterin. Denn die Möbel werden nicht nur auf Materialeffizienz und Haltbarkeit optimiert. Das Unternehmen bietet zudem einen Reparaturservice an, der die Möbel instand setzt oder veränderten Bedürfnissen anpasst. Die Vorteile ihrer Strategie liegen für beide Unternehmen auf der Hand: Zufriedene Kunden und Mitarbeiterinnen bleiben den Firmen lange erhalten und machen sie widerstandsfähiger gegenüber unberechenbaren Marktdynamiken.

Hier setzt auch Franz Ehrnsperger an: Neumarkter Lammsbräu gestaltet Märkte neu. Konsequenter ökologisch und regional will der Unternehmer wirtschaften, investiert viel in den Auf- und Ausbau des ökologischen Landbaus in der Region. Nachhaltigkeit soll sich zwar ausbreiten, das Unternehmen zieht dennoch genau hier auch seine Grenze: Gebraut werden kann nur so viel, wie die Region an Biorohstoffen hergibt. Nicht mit Wachstum, sondern mit seinen hohen Produkt-Standards will das Unternehmen wirken.

## Lieber faire Beziehungen als unfaire Konkurrenz

Unternehmen verlassen den Wachstumspfad, weil sie wieder handlungsfähig werden und es bleiben wollen; ihnen sind Qualitäten und Werte wichtig. Gerade für kleinere Unternehmen ist diese Strategie von Bedeutung – das größte der hier vorgestellten Unternehmen hat knapp 120 Beschäftigte. Sie möchten dauerhaft gute, vielseitige und sinnvolle Beschäftigung sichern, bei der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit in eigener Verantwortung mitgestalten und sich auch persönlich weiter entwickeln können. Lohn- und Preisdumping lehnen diese Unternehmen ab. Sie setzen auf stabile faire Beziehungen mit ihren Lieferanten. Sie verringern

die Belastung der Umwelt und den Verbrauch von Ressourcen – im Betrieb selbst und mit ihren Produkten und Leistungen. Sie arbeiten mit gleichgesinnten Unternehmen und sozialen Bewegungen zusammen. So können sie Stoff- und Wirtschaftskreisläufe in der jeweiligen Region stärken, die Qualität von Arbeit und Leben erhöhen und dazu beitragen, die Wirtschaft zu dezentralisieren und damit auch zu demokratisieren.

Es hat sich als Sackgasse erwiesen, die Entwicklung einer Gesellschaft vornehmlich auf ökonomischem Wachstum aufzubauen. Ökonomische Krisen und soziale Ungleichheiten verschärfen sich, die ökologischen Belastungsgrenzen sind vielfach erreicht oder überschritten. Es ist also riskant, wenn wir weiter dem Wachstumsdogma anhängen. Wir sollten vielmehr versuchen, uns aus den selbst konstruierten Wachstumswängen zu befreien. Dies entspricht nicht dem Kanon der ökonomischen Lehre. Ein Blick in die Praxis zeigt jedoch: Beispiele für eine andere, weniger wachstumsfixierte Art des Wirtschaftens gibt es bereits. Nicht nur in der Alternativwirtschaft, sondern zunehmend auch in der ‚Normalwirtschaft‘. Wir werden sie aber nur wahrnehmen, wenn wir aufhören, allein auf Wachstumswahlen zu starren.

## DIE AUTORIN

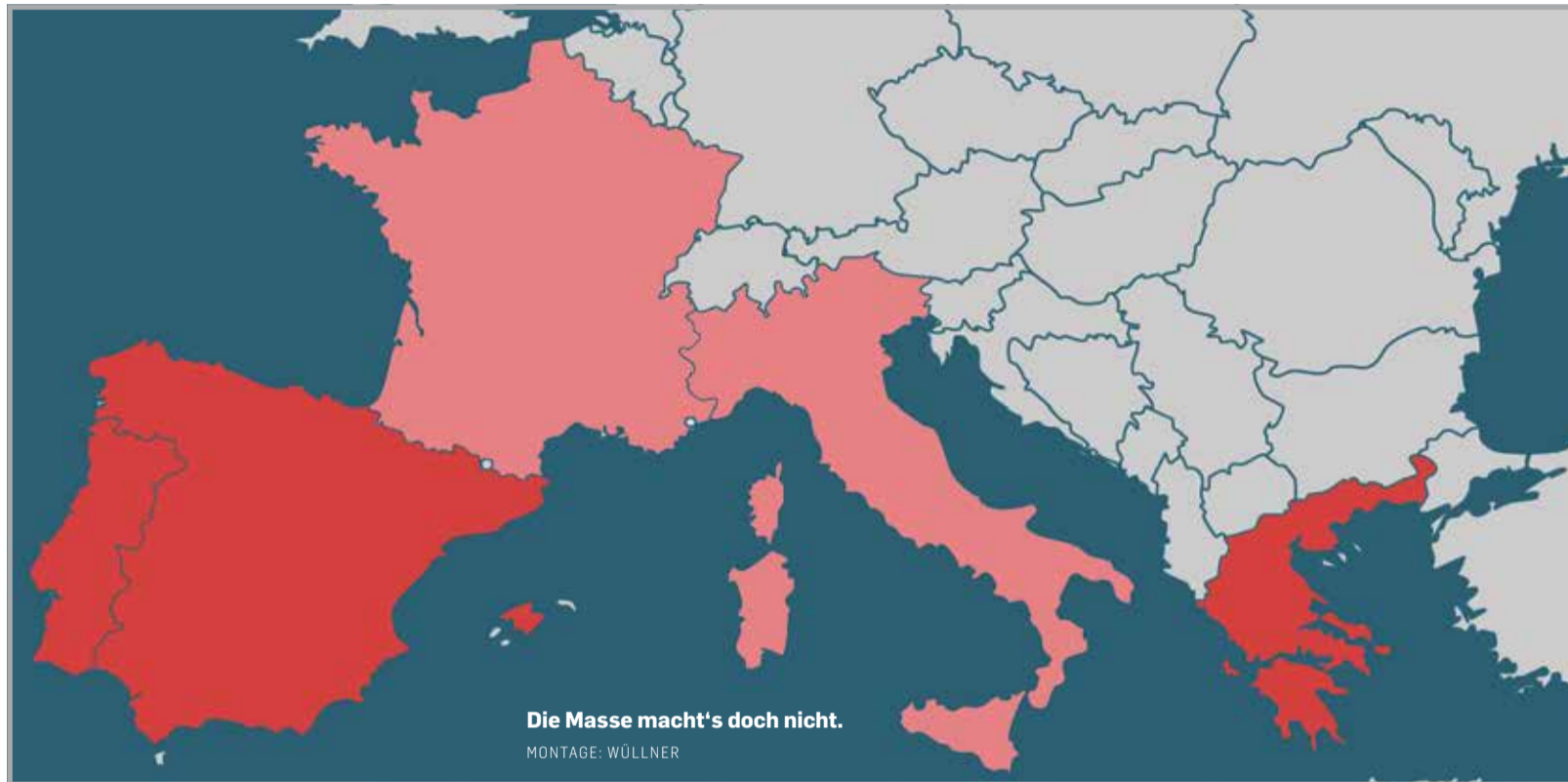
Jana Gebauer arbeitet als Forscherin, Beraterin und Moderatorin in Berlin. Mit Unternehmen der Alternativ- und ‚Normalwirtschaft‘ sucht sie nach Wegen in eine Postwachstumsökonomie. Sie leitete das Projekt „Postwachstumpioniere“ am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das Beispiele wie diese portraitierte.  
www.postwachstumpioniere.de  
www.die-wirtschaft-der-anderen.org



# Der Aufstand gegen Merkel fällt (vorerst) aus

Südeuropa leidet am meisten unter Finanzmarktkrise und Spardiktat.

Das hat die Linke dort stark gemacht. Sie fordert die Wende. Was sind ihre Schwächen?



VON STEFFEN VOGEL

Die Kritik kam von ungewohnter Seite: Sein Land stehe „zwischen Ersticken und dem Abschied vom Euro“, warnte jüngst der Präsident von Assolombarda, dem größten italienischen Unternehmerverband. Schuld daran sei Deutschlands „ideologische Haltung“ zum rigiden Sparen, so Gianfelice Rocca. Dieser einseitige Kurs würge die Wirtschaft Italiens ab. Daher verliere der Euro in der Bevölkerung zunehmend an Rückhalt, und eine desaströse Rückkehr zur Lira werde immer wahrscheinlicher.

Rocca, Nummer acht auf der Liste der reichsten Italiener, fordert mehr Zeit von der EU, damit Rom die Schulden des Landes abbauen könne. Das aktuelle Defizit in Höhe von 132 Prozent des Bruttoinlandsprodukts solle eingefroren und erst in „10 bis 20 Jahren“ verringert werden. Wichtiger sei jetzt, dass der Staat mehr investiere und Geld ausbebe, um das Wachstum anzukurbeln.

Mit dieser Haltung steht Rocca in Italiens Wirtschaftselite keineswegs alleine da. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Widerspruch gegen das bedingungslose Kürzen und Sparen in den vergangenen Jahren zumeist von links kam: Der französische Sozialist François Hollande bestritt mit seiner Kritik an Angela Merkels Krisenpolitik erfolgreich den Präsidentschaftswahlkampf 2012. In Griechenland und Portugal übernahmen 2015 Parteien die Regierungsgeschäfte, die diese rigide Sparpolitik ebenfalls kritisch sehen. Starke Wahlergebnisse verbuchten kürzlich auch die spanische Podemos, ebenso wie mehrere irische Linksparteien. Und in Rom schließlich kritisiert Regierungschef Matteo Renzi, der der sehr gemäßigt linken Demokratischen Partei angehört, schon seit langem vehement Berlins Kurs in der Eurokrise.

## Sogar die italienische Wirtschaftselite meutert

In den Krisenjahren ist überall in Südeuropa – und nicht nur dort, wie die britische Labour Party unter Jeremy Corbyn zeigt – eine Linke stärker geworden, die mit mehr oder weniger scharfer Kritik am marktradikalen Mainstream punktet. Die zentrale Frage: Wird sie auch gemeinsam handeln? Noch tut sie es nicht. Dabei scheint es so einfach: Die Regierungen der südeuropäischen Eurostaaten schließen sich zusammen, um gemeinsam eine andere Wirtschaftspolitik in der Eurozone durchzusetzen: öffentliche Investitionen für mehr Wachstum, die Förderung von Genossenschaften und erneuerbaren Energien sowie die Wiederbelebung von Sozialstaat und Gewerkschaftsrechten. Die Regierungen in Paris, Rom und möglicherweise Madrid brächten dabei das Gewicht der zweit-, dritt- und viertgrößten Volkswirtschaften der Eurozone ein; das kleine Griechenland und Portugal kämen noch hinzu.

Für eine solche Zusammenarbeit gibt es aktuell zudem die größten Chancen seit Beginn der Eurokrise: In Athen und Lissabon wurden konservative Regierungen abgewählt, und auch in Madrid ist ein Mitte-Links-Bündnis möglich geworden. Zudem

sind die südeuropäischen Mitte-Links-Kräfte sich näher gekommen. Noch im Frühjahr 2015 stand der griechische Premier Alexis Tsipras in der Eurozone auf verlorenem Posten. Erst kurz vor dem drohenden Grexit sprangen die französischen Sozialisten ihren Amtskollegen in Athen bei und verhinderten immerhin den erzwungenen Austritt aus der Gemeinschaftswährung. Heute ist die griechische Linke, die auf europäischem Parkett zu lange ungeschickt auftrat, nicht mehr isoliert. Als sich im März 2016 in Paris die sozialdemokratischen Regierungschefs Europas trafen, um gemeinsam den EU-Flüchtlingsgipfel vorzubereiten, gehörte Tsipras zu den geladenen Gästen.

## Die Krise stärkt das nationale Denken

Die Kooperation zwischen Italien und Frankreich ist inzwischen eng. Beide Regierungen haben Vorschläge für eine Reform der Eurozone vorgelegt, die in entscheidenden Punkten übereinstimmen. Sie wollen einen Finanzminister für die Eurozone, der ein eigenes Budget haben und selbst wirtschaftspolitisch aktiv werden soll. Das Reformkonzept der beiden Regierungen ermöglicht auch finanzielle Transferzahlungen an ökonomisch schwächere Eurostaaten – eine Idee, die insbesondere bei der CDU/CSU auf massive Ablehnung stößt.

Auch die wirtschaftliche Malaise der Südeuropäer ähnelt sich immer mehr. Die Arbeitslosigkeit steht auf Rekordhoch, besonders die von Jugendlichen. Überall wächst die Zahl der Armen, während die Mittelschicht schrumpft. Und eine Besserung ist nicht in Sicht, weil das Wachstum nach vielen Jahren der Rezession immer noch zu gering ausfällt.

Trotzdem: Ein Bündnis der Südeuropäer wird schwierig. Die EU-Politik wird seit dem Ausbruch der Krise stärker denn je von den Nationalstaaten bestimmt. Deutschland als größtem Geldgeber – und damit größtem Kreditbürgen – kommt insbesondere in der Wirtschaftspolitik unverändert eine Schlüsselrolle zu. Kleine Volkswirtschaften wie Portugal oder Griechenland können alleine wenig ausrichten; Athen hat dies im vergangenen Jahr schmerzhaft erfahren müssen. Ohne Frankreich oder Italien gelingt eine Wende in der europäischen Krisenpolitik daher auf keinen Fall. Sie müssten sich Deutschland entgegenstellen.

Jedoch: Zwar geißelt Matteo Renzi in Brüssel lautstark die rigide Sparpolitik, gleichzeitig aber fürchtet er das Entstehen einer italienischen Podemos. Renzi, den die Gewerkschaften und sein linker Parteiflügel für zu wirtschaftsliberal halten, schreckt daher vor einem allzu offenen Schulterschluss mit der neuen Linken zurück. In Brüssel hat er, ein mäßiger Stratege, ohnehin so manchen Verbündeten mit seiner allzu direkten Art verprellt.

Auch François Hollande wird ein solches Bündnis nicht führen können. Dazu fehlen ihm die politische und persönliche Glaubwürdigkeit. Zuletzt hat die unternehmerfreundliche Arbeitsmarktreform seiner Regierung, die „Loi El Khomri“,

Gewerkschaften, wichtige Teile seiner Sozialisten und Frankreichs Jugend gegen ihn aufgebracht. Seit Ende März seine Verfassungsreform misslang – sie sah unter anderem eine Ausbürgerung von Terrorverdächtigen vor – gilt er endgültig als Gescheiterter, der seine Vorhaben nicht durchsetzen kann. Gegenwärtig erscheint eine erneute Kandidatur Hollands als ausgeschlossen, der nächste Präsident in Frankreich dürfte fast sicher wieder ein Konservativer sein. Allein deshalb gilt ein Politikwechsel in Europa vor den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 als kaum denkbar.

## Deutschland als größter Geldgeber diktiert unverändert den Kurs. Die Regierungen in Rom und Paris sind zu schwach.

So bleiben den Kritikern des Spardogmas vorerst nur Alleingänge. Die portugiesische Regierung etwa hat bereits erste Kürzungen rückgängig gemacht. Der Mindestlohn wurde angehoben, der 26. Dezember ist wieder Feiertag. Dafür und für weitere Vorhaben gab es, nach harten Verhandlungen über den portugiesischen Haushalt, sogar Zustimmung in Brüssel. Auch Italien wird mehr Spielraum für den Abbau seines Defizites fordern. Und Griechenland drängt schon jetzt auf einen Teilerlass seiner Schulden.

Mittelfristig wird das allein aber nicht genügen, um die Wirtschaft der Eurozone an jenes Niveau heranzuführen, das sie vor der Krise hatte. Dafür müsste sich die EU insgesamt bewegen. Anstöße dazu kommen – siehe Italien – nun immerhin sogar von Unternehmerverbänden.

## Kleine Chronologie eines linkeren Europa

### 25. JANUAR 2015

Die linke Syriza unter Alexis Tsipras gewinnt vorgezogene Neuwahlen in Griechenland und bildet eine Regierung mit der rechtspopulistischen Anel. Tsipras und sein Finanzminister Yannis Varoufakis gehen schnell auf Konfrontationskurs mit der Troika der Kreditgeber und versuchen, eine Abkehr von der einseitigen Sparpolitik durchzusetzen. Harte Verhandlungen in Brüssel folgen.

### 5. Juli 2015

Mehr als 61 Prozent der Griechen stimmen in einem Referendum gegen die Kreditbedingungen der europäischen Geldgeber. Obwohl innenpolitisch gestärkt, bleibt die Regierung Tsipras in der Eurozone weitgehend isoliert und stimmt auf dem EU-Gipfel am 13. Juli harten Privatisierungs- und Kürzungsvorgaben im Austausch für weitere Kredite zu. Dennoch kann Syriza die vorgezogenen Neuwahlen am 20. September für sich entscheiden und bildet erneut eine Regierung mit der Anel.

### 4. OKTOBER 2015

Überraschend erreicht bei den portugiesischen Parlamentswahlen der Linksblock (BE) sein bestes Ergebnis und wird drittstärkste Kraft. Die zweitplatzierten Sozialisten um António Costa verweigern den konservativen Wahlsiegern daraufhin die Unterstützung und bilden eine Minderheitenregierung. Sie wird unterstützt vom BE und der Listenverbindung von Kommunisten und Grünen. Trotz teils erheblicher Differenzen in anderen Fragen einigen sich die vier Parteien auf eine schrittweise Abkehr von der Politik der sozialen Kürzungen.

### 20. DEZEMBER 2015

Bei den Parlamentswahlen in Spanien erringt die neue Linkspartei Podemos aus dem Stand den dritten Platz, nur knapp hinter den Sozialisten (PSOE). Nachdem die erstplatzierten Konservativen keine Mehrheit zustande bringen, beginnen Verhandlungen zwischen PSOE und Podemos, sowie zwischen PSOE und Liberalen. Podemos hatte im Wahlkampf ein Ende der rigiden Sparpolitik und die Verankerung sozialer Rechte in der Verfassung gefordert. Auch die PSOE war nach links gerückt und hatte unter anderem für die Abschwächung der Schuldenbremse plädiert.

### 21. JANUAR 2016

Italiens Premier Matteo Renzi schreibt in einem Gastbeitrag für den britischen Guardian, die „Fixierung der EU auf Austerität zerstört das Wachstum“. Letztlich würden dadurch in Italien Populisten wie die euro-kritische 5-Sterne-Bewegung und die rechte Lega Nord gestärkt. Schon kurz davor hatte er erklärt, sein Land werde sich nicht mehr aus Brüssel „fremdbestimmen“ lassen.

### 26. FEBRUAR 2016

Die irische Regierung aus der konservativen Fine Gael und Labour wird bei den Parlamentswahlen für ihren Kurs der Kürzungen abgestraft. Insbesondere Labour bricht ein. Gewinner sind neben unabhängigen Einzelbewerbern mehrere Linksparteien, darunter die Sinn Féin, die Anti-Austerität Alliance und die Social Democrats.

## DER AUTOR

**Steffen Vogel**, geboren 1978, Sozialwissenschaftler, ist Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik. Sein letztes Buch: „Europa im Aufbruch. Wann Proteste gegen die Krisenpolitik Erfolg haben“, Hamburg 2014



# Wie mächtig ist das Geld in der Schweiz?

Gemessen an der Millionärsdichte ist die Schweiz ein Riese und Deutschland ein Zwerg.

Wie verwandeln Reiche ihren Besitz in politische Macht?

Eine aktuelle Studie des Schweizer Soziologen Ueli Mäder klärt auf

VON PIT WUHRER

Die weltweit wichtigste Steueroase liegt direkt hinter der deutschen Grenze. Trotz der Kanalinseln, der City of London, trotz der Bahamas, des US-Bundesstaats Delaware, Irlands und vieler anderer Verstecke, wo die Reichen der Welt ihr Vermögen vor dem Fiskus verbergen: Die Schweiz gilt immer noch als größter Offshore-Finanzplatz der Welt. Rund 26 Prozent des gesamten Fluchtgelds, 2.200 Milliarden US-Dollar, liegen laut jüngsten Schätzungen bei einer der 280 Banken oder 200 Versicherungen mit Sitz in der Schweiz. Auch wenn das Bankgeheimnis inzwischen Löcher hat wie ein Emmentaler Käse: Der Geldzustrom hält weiter an.

Eine kleine Schicht ist deshalb rasant sehr reich geworden: 1989 verfügten die 300 reichsten Schweizer über ein Gesamtvermögen von etwa 82 Milliarden Franken, umgerechnet knapp 75 Milliarden Euro. Ende 2014 waren es bereits 589 Milliarden Franken – ein Zuwachs von über 700 Prozent. Derzeit besitzt nach den Zahlen von Credit Suisse, eine der weltweit größten Banken, ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen in der Schweiz mehr versteuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent.

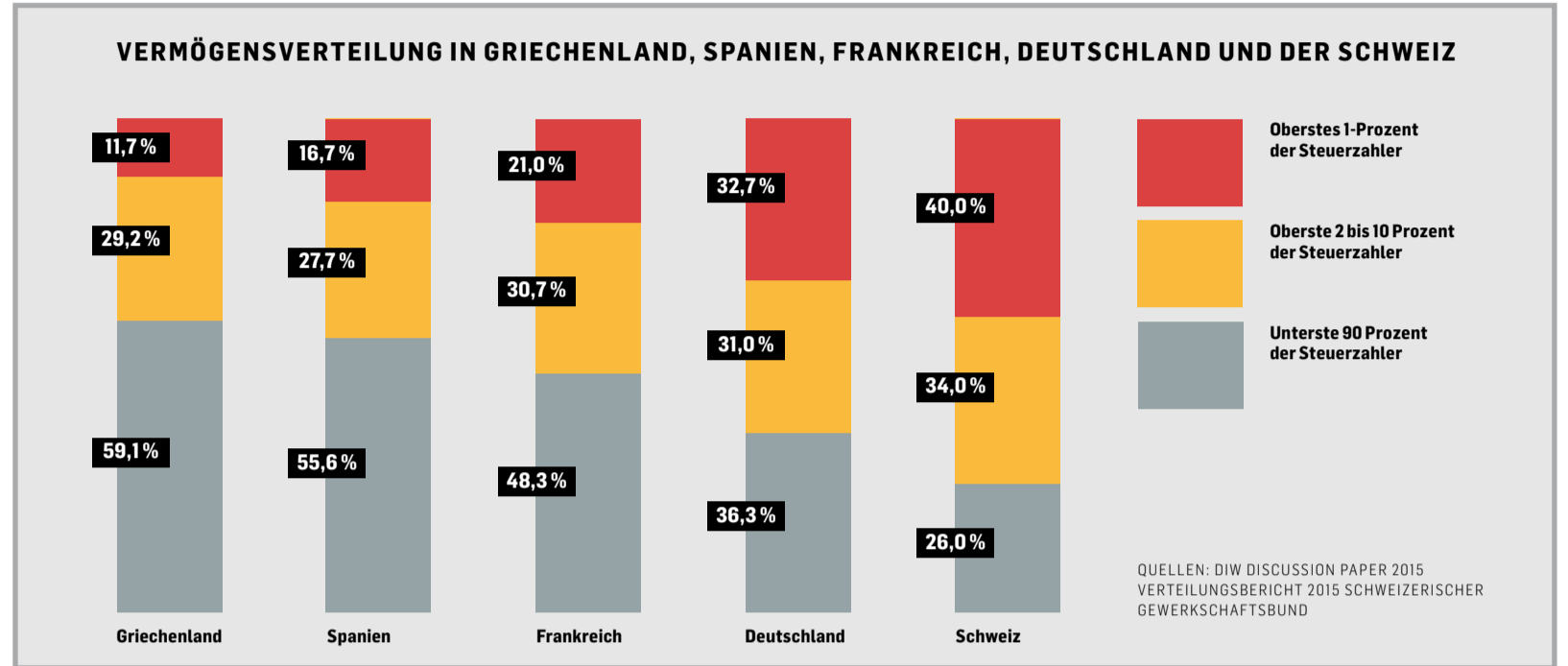
Was bedeutet das für das Land? Wie nutzen die Privilegierten den Einfluss, der mit ihren Vermögen einhergeht? Wie münzen sie ihn um in politische Macht? Das haben Basler Soziologen um den Wissenschaftler Ueli Mäder untersucht; ihre Studie ist jüngst erschienen. Sie haben sich dazu auch die Umgebung des großen Geldes angesehen. Wer Milliarden hat, muss nicht viel sagen, um zu bekommen, was er (oder sie) will; eine stumme Macht. „Natürlich ist Geld Macht“, sagt Mäder. Über das reine Geld hinaus sei sie aber auch verknüpft mit sozialen Netzwerken, dem sogenannten sozialen Kapital, „mit kulturellem Kapital und Erfahrungen, die gerade im Finanzbereich entscheidend dazu beitragen, dass Geld dort eingesetzt wird, wo es sich optimal verwerten lässt“. Macht hängt also nicht allein von Kapital und Immobilienbesitz ab; aber sie sind ihr Fundament.

## Die neuen Manager kümmert die offizielle Politik nicht mehr.

Für ihre facettenreiche Annäherung an die Politik der Ökonomie haben Mäder und seine Kollegen auch viele Interviews mit Verwaltungsratspräsidenten, Verbandsvorsitzenden, CEOs, Wissenschaftlern und Politikern geführt. Dabei entdeckten sie eine interessante Verschiebung. Früher galten die beiden Kammern des Schweizer Parlaments – der Nationalrat und der Ständerat – als „verlängerter Arm der Privatwirtschaft“. Viele Abgeordnete waren selber Unternehmer oder von der Wirtschaft und deren Verbänden in die Legislative entsandt worden. Inzwischen hätten sich Politik und Wirtschaft jedoch entkoppelt, zitiert die Studie den früheren Bundesrat (Bundesminister) Moritz Leuenberger. Grund dafür: Das neue Personal in den Chefetagen der großen Unternehmen und Konzerne wird global rekrutiert, hat keine (schweizerische) Bodenhaftung mehr und verfügt zum Teil einmal mehr über rudimentäre Kenntnisse des politischen Betriebs: „Ich habe viele Manager kennengelernt, die wussten nicht, was ein Bundesrat ist.“

An Stelle des direkten Mandats ist die private Interessenvertretung getreten. Vor Kurzem habe er ein Protokoll von Novartis, dem größten Pharmaunternehmen der Welt mit Sitz in Basel, zugestellt bekommen, sagt Mäder im Gespräch mit OXI. In dem stand „explizit [...]“, dass es nicht mehr nötig sei, die eigenen Leute in den Nationalrat zu entsenden – man habe auch so gute Beziehungen zur Exekutive und den Verwaltungen“.

Netzwerke, informelle wie formelle, und persönliche Beziehungen sind wichtiger geworden, um politischen Einfluss zu nehmen. Eine besondere Rolle spielen dabei die Stiftungen. Offiziellen Angaben nach gibt es in der Schweiz inzwischen knapp 13 000 gemeinnützige Stiftungen, die jährlich zwei Milliarden Franken ausgeben – für wohltätige Zwecke, für Kunst, für Sport; selbst der linke Rotpunktverlag, der Mäders Studie publiziert, kommt ab und zu in den Genuss einer Zuwendung. Das nützt der Imagepflege und spart Steuern. Zu diesen gemeinnützigen Stiftungen gehören auch Thinktanks wie die privatwirtschaftlich finanzierte



## Denkfabriken sichern die Vormachtstellung der Marktradikalen.

Avenir Suisse, die unter der Leitung von Gerhard Schwarz, einem früheren Wirtschaftsredakteur der unternehmernahen Neuen Züricher Zeitung, die bürgerlichen Parteien mit Expertisen zu bedeutenden öffentlichen Debatten versorgt. Oder das World Economic Forum (WEF), das seit 46 Jahren jene Treffen in Davos veranstaltet, auf denen sich die globale Elite aus Politik und Wirtschaft vernetzt. Als eine der ersten jener Denkfabriken darf die Mont Pèlerin Society gelten, die der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek 1947 in der Nähe des Genfer Sees gründete. Deren Wirkung ist nicht zu unterschätzen. Sie produzieren nämlich jene Vormachtstellung, die der Marktradikalismus trotz aller Krisen im ökonomischen Denken noch immer hat.

## Einkommen anders verteilen? Das Volk stimmt bisher dagegen.

Diese Ideologie prägt das Denken in der Schweiz auch heute noch in vielen Schichten. Dabei wird die Ökonomisierung aller Lebensbereiche nicht nur von Konservativen vorangetrieben. Das lässt sich auch an Berufsbiografien ablesen: So rückte zum Beispiel der frühere linke Aktivist Serge Gaillard nach seiner Zeit als Chefvolkswirt des Schweizerischen Gewerkschaftsverbands SGB an die Spitze der Schweizer Finanzdirektion auf. Aber auch Volksabstimmungen zeigen dies: Bisher lehnte die Stimmbekörnung sämtliche Initiativen ab, die eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Ziel hatten. Egal ob es um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, „Für faire Steuern“, „Sechs Wochen Ferien für alle“ oder um die Initiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ ging. Die Vorstöße scheiterten, weil sich meist zwei Drittel, manchmal sogar drei Viertel der abstimmenden Bürgerinnen und Bürger dagegen aussprachen. Warum?

Ueli Mäder hat mehrere Erklärungen: Die Drohgebärden der Bürgerlichen – „Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, so argumentieren sie, gehe es allen schlechter“ –, wirkten da ebenso wie die

Hoffnungen vieler, „ebenfalls einmal zu den Besserverdienenden zu gehören“. Hinzu komme die verbreitete Tendenz, dass sozial Benachteiligte oft sich selber die Schuld für ihre Not geben, und die tiefe Verunsicherung und die Zukunftsängste der Mittelschicht: „Sie sind wütend auf den Staat, und das erhöht ihre Bereitschaft, sich rechtspopulistisch zu verorten, wo sie die einfachen und klaren Ruhe- und Ordnung-Bilder bekommen“, sagt Mäder.

## Die Reichen müssen nicht um Einfluss kämpfen, sie haben ihn.

Seine Analyse speist sich aus vielen Quellen: Zentral war die Nähe zu den verantwortlichen Akteuren und die Bereitschaft vieler Reicher und hochrangiger Manager, mit linken Soziologen zu reden. Eine ähnliche Studie wäre in Deutschland deshalb wohl kaum denkbar. Die Schweiz ist mit ihren acht Millionen Einwohnern übersichtlich. „Die Wege sind kurz, das hilft“, sagt Mäder. Zudem sei die Gesellschaft „weniger hierarchisiert und autoritär strukturiert“ – in dem kleinen Land, in dem selbst Bundesräte meist mit der Bahn unterwegs sind, begegnen sich die Menschen oft auf Augenhöhe. Auch die vielen Volksabstimmungen wirken: Wer sich in einem solchen politischen System zu verschlossen gibt, andere Meinungen nicht akzeptiert oder zu elitär auftritt, hat schon verloren.

Andererseits hat der Reichtum wenig zu fürchten: Ein Parlament, dessen Abgeordnete einem Hauptberuf nachgehen (zwei Drittel haben eine juristische Ausbildung), eine Regierung, die fast ausschließlich konsensorientiert handelt, und stabile bürgerliche Mehrheiten auf Bundesebene seit Gründung des modernen Bundesstaats im Jahr 1848 – in der Schweiz müssen die Reichen nicht beständig um Einfluss ringen, sie haben ihn seit Langem.

Und doch: Macht verläuft nicht nur von oben nach unten. Sie breitet sich – eine wesentliche Erkenntnis der Studie – zuweilen wie ein Rhizom, eine dicht über dem Boden wachsende Pflanze, flächendeckend aus und durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche. Deshalb wirken mitunter sogar selbst soziologische Arbeiten: Nach der Veröffentlichung einer früheren Untersuchung über Working Poor in der Schweiz „hat sich der Chef des größten Einzelhandelskonzerns bei mir beschwert“, erinnert sich Mäder, „und gesagt: Wenn Ihr mit Eurer blöden Studie nicht so oft in den Medien gekommen wärt, hätten wir mit der Anhebung der unteren Löhne noch etwas warten können.“ Auch sonst geht nicht alles immer nach Wunsch der Eliten. So haben die Schweizer bisher mit großer Mehrheit alle Versuche der mehrheitlich bürgerlichen Regierung zurückgewiesen, das Rentensystem AHV zu verschlechtern. Es bittet tendenziell die Reichen zur Kasse und begünstigt die Armen.

## ZUR PERSON

Ueli Mäder



FOTO: STEPHAN MOLL, BERLIN

Geboren 1951; Studium für Soziologie, Psychologie und Philosophie. Seit 2005: Ordentlicher Professor an der Universität Basel. Er hat sich vor allem mit seinen Reichtums- und Armutsstudien einen Namen gemacht, beschäftigt sich aber auch mit demokratischer Stadtplanung und Kinderarbeit. Bücher von Mäder zum Thema Reichtum: „Reichtum in der Schweiz“, 2002, und „Wie Reiche denken und lenken“, 2010; beide erschienen im Rotpunktverlag, Zürich.“

## Die Schweiz und ihre Millionäre

In der Schweiz gab es 2015 insgesamt 435.000 Haushalte mit einem investierbaren Vermögen von über einer Million US-Dollar. Das zeigt der nun veröffentlichte Global Wealth Report des Beratungsunternehmens Boston Consulting. Damit liegt die Schweiz im internationalen Vergleich an fünfter Stelle. Gezählt wurden in der Untersuchung nur Bargeld, Wertpapiere und andere flüssige Mittel. Eigene Unternehmen, Immobilien oder Luxusgüter wurden nicht berücksichtigt.

Die Eidgenossenschaft lässt eine Vielzahl von deutlich grösseren Ländern hinter sich: So leben etwa in Deutschland (386.000), Kanada (384.000) oder Italien (281.000) deutlich weniger Millionäre. In den Niederlanden, in Australien und Russland gibt es zahlenmässig gerade einmal halb so viele.

2014 ist die Zahl der Millionäre um vier Prozent gestiegen. Der Anteil der Millionärshaushalte an allen Haushalten liegt derzeit bei 12,7 Prozent. In der Schweiz besitzen 388 Familien jeweils ein privates Vermögen von mehr als 100 Million US-Dollar.

## Quellen

handelszeitung.ch/konjunktur/jeder-achte-schweizer-ist-ein-millionaer-623717  
www.20min.ch/panorama/news/story/23958075



# Die Kunst der schönen Lüge

Die Botschaften der Wirtschaft finden sich fast ungefiltert in Artikeln der Wirtschaftspresse wieder

Die Sprache der Wirtschaftsblätter müht sich, uns permanent zu Komplizen zu machen: „Wir wissen, worüber wir schreiben, Sie wissen, wovon wir reden.“ Die Blätter penetrieren uns mit Fachbegriffen (Wertpapiere, Aktienanleihen, außerbilanzielle Geschäfte, Bankenaktiva, Benchmark, Boni, Buchgeld, Call, Credit Default Swap, Futures, Leerverkäufe, Hedgefonds, Index, Junk Bonds, Private Equity, Rendite, Scoring, Gewinnwarnung, Target, Value at Risk, Volatilität, Zerobonds), um uns im nächsten Augenblick mit einfacher Sprache zu beruhigen und vermeintlich zu erklären, was sich hinter dem Ganzen verbirgt.

**„Die Synergien würden demnach deutlich über den 300 Millionen Euro liegen, die die Börse bei der 2011 geplanten Fusion mit der Nyse in Aussicht gestellt hatte. Einsparungen seien vor allem in der IT und der Verwaltung zu erwarten.“** (Handelsblatt, 48/2016)

Einsparungen – das wissen wir, können meist mit Entlassungen übersetzt werden. Was wir auch wissen, aber gern vergessen: Wir haben es bei solchen und anderen Texten in den Wirtschaftsblättern mit einer Benutzeroberfläche zu tun. Die ist nicht nur auf den Desktops unserer schönen neuen Computer im Laufe der Jahre immer griffiger geworden. Icons, Bilder, einfache Tastenbefehle, wenn ich das mache, passiert dies, ich beherrsche den Computer und ich verstehe die Sprache. Hinter der Benutzeroberfläche verbergen sich Algorithmen. Die haben andere programmiert und die verweigern sich meiner Erkenntnis. Aber darüber zerbreche ich mir nicht den Kopf. Kann passieren, dass ich mit einem falschen Tastendruck plötzlich im HTML-Code lande – huch, wie sieht das denn aus? Schnell wieder zurück. Möglich, dass mich beim Lesen eines Artikels ein Unbehagen beschleicht, ob hier nicht jemand versucht, mich gerade in eine Denkrichtung zu drängen, zu manipulieren. Jedoch wäre es mit einiger Arbeit verbunden, das zu überprüfen. Lohnt sich aber auch. Beim Lesen der Wirtschaftsblätter könnte ich mir zum Beispiel die Frage stellen, wie dieser lobende Text über jenen Unternehmer ins Blatt gekommen ist. Hat da jemand investigativ recherchiert oder hat eine Medienagentur, wie sie Moritz Hunzinger einst mit seiner Action Press Holding betrieb, den Artikel „im redaktionellen Teil platziert“? Gegen Geld, damit nicht Anzeige drübersteht. Ein nicht unübliches Verfahren.

In den vergangenen Jahren ist die Sprache der Anzeigen in Wirtschaftsblättern immer mehr mit der Sprache der redaktionellen Beiträge verschmolzen. Der Hinweis „Anzeige“ wurde immer kleiner, so wie in der Fernsehwerbung das Sprechtempo bei der Empfehlung, seinen Arzt oder Apotheker zu fragen, immer schneller geworden ist.

**„Alternative Anlagen haben seit geraumer Zeit ihren festen Platz in den Portfolios von institutionellen Investoren. In der Niedrigzinsphase haben sie weiter an Bedeutung gewonnen.“** (Anzeige im Handelsblatt in der Rubrik „Unternehmer stellen sich vor“)

**„Ohne angespartes Vermögen wird aus dem zweiten Einkommen nichts. Je früher Sparer loslegen, desto leichter erreichen sie auch hohe Summen.“** (Wirtschaftswoche 12/2016, Titelthema)

Die Benutzeroberfläche ist also noch einmal vereinfacht worden. Ich muss und soll als Leserin nicht wissen, welche Interessen mit einem Text bedient werden. Die eines Anzeigenkunden, der Finanzwirtschaft, einer Lobbyistenvereinigung oder mein Interesse an einer unabhängigen kritischen Berichterstattung? Alles verschwimmt.

Im Handelsblatt vom 22. Februar wird unter dem Titel „Auf Schatzsuche – Deutsche Banken wollen ihre Kundendaten gründlicher analysieren“ auf einer ganzen Seite erklärt, wie toll es ist, dass die Geldinstitute – seit wann heißen Banken Institute? – nun die Vorlieben ihrer eigenen Kunden im Visier haben, indem sie aus den Datenmengen, die sie erheben, zielgenauere Angebote stricken.

**„Wir haben zusätzliche Stellen für Analysten geschaffen, um Daten, die wir haben, künftig besser zu interpretieren.“**

Wenn uns Banken besser interpretieren, ist das ein Euphemismus. Es geht darum, unsere Wünsche zu

kennen und uns dafür Dinge anzudrehen, die wir entweder brauchen oder nicht, und die uns vielleicht – wenn die nächste Finanzblase platzt – ins Unglück stürzen. Der Artikel ist keine Anzeige. Aber er liest sich wie eine: „Big Data verspricht zusätzliche Einnahmen“. Wenn da nicht der „datenschutzaffine Kunde“ wäre, den es zu beruhigen gilt. Datenschutzaffin, das sind im Zweifelsfall wir. Hoffentlich. Eine Hürde, die es laut Handelsblatt zu überwinden gilt.

**„Der Autozulieferer Continental, nach Bosch hierzulande die Nummer zwei der Branche, hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Erfolgsgeschichte im Dax entwickelt.“** (Wirtschaftswoche 12/2016, keine Anzeige)

## Sie wollen uns zu Komplizen machen. Wir sollen die Wirtschaft nicht verstehen. Wir sollen mit ihr einverstanden sein.

**„Mit drei Weltrekorden sorgt das weltweit effizienteste GuD-Kraftwerk ‚Fortuna‘ für eine umweltfreundliche und sichere Strom- und Wärmeversorgung für Düsseldorf und die Region.“** (Wirtschaftswoche 9/2016, Anzeige)

Wirtschaftsblätter und -seiten haben es wie kaum andere Themenbereiche drauf, mit Triggern zu arbeiten. Worte, die immer und immer wiederholt werden. So oft, bis wir sie selbst benutzen. Der Missbrauch von Worten oder unserer emotionalen Verfasstheit ist groß. Der Algorithmus dahinter heißt Suggestion.

Mit den Worten „Vertrauen“, „Wachstum“ und „Verantwortung“ zum Beispiel lässt sich viel machen. Bevor das möglich wurde, ist erst einmal das schöne Wort „einander“ verschwunden. Es geht schon lange nicht mehr darum, einander zu vertrauen. Es geht darum, den Märkten zu vertrauen, dem Geld, der Marktwirtschaft, den Finanzinstituten, der Währung, der EZB, der Börse, den steigenden oder fallenden Preisen.

**„Der Kapitalismus lässt sich nicht parodieren. Nichts kann eine Welt überraschen, die Arbeit, den Gebrauch des Geldes oder die Nahrungsmittelproduktion in Form eines allgemeinen und obligatorischen sportlichen Wettbewerbs namens Markt organisiert.“** (Cesar Rendueles, „Soziophobie“, edition suhrkamp, Verlag Berlin, 2015)

Die Vermenschlichung der Finanzmärkte, die nervös sein können, wie wir es einst vor der praktischen Fahrprüfung waren, scheint uns allen nicht mehr sonderbar. Uns treibt stattdessen **„die Angst vor einer empfindlichen Wachstumsabkühlung in China“** (Handelsblatt 28/2016) um.



**„Die Niedrigzinsen lasten schwer auf den Margen, die Kredite geraten ins Stocken und im Wertpapierhandel halten sich die Kunden zurück.“** (dito) Und das Ganze unter der Überschrift **„Anleger entziehen europäischen Geldhäusern das Vertrauen“**. Auf der nächsten Seite der gleichen Ausgabe erklärt uns ein Herr Burghof, wie man da wieder rauskommt: **„Die Regulierer müssen außerdem ihr Informationsbedürfnis reduzieren, anstatt die Banken mit riesigen Datenabfragen lahmzulegen. Und sie sollten den Geldhäusern nicht mehr in die Geschäftsmodelle reinreden.“**

Aus den Instituten sind Häuser geworden, ein Haus ist meist etwas sehr Vertrauenerweckendes, fast alle träumen davon. Die Bösen heißen „Regulierer“, das sind die Orks, die den Geldhäusern (Ach, so ein Häuschen, mit grünen Fensterläden und einem Garten!) in die Geschäftsmodelle (Modell - positiv besetzt, Flugzeug, Drachen, spielen, Sonntagsbasteleien) reinreden (ganz schlimme Sache, ins Wort fallen, einmischen, sich um Dinge kümmern, die einen nichts angehen, Grenzen überschreiten.) **„Wie könnte das Vertrauen zurückkehren?“**, wird Herr Burghof gefragt und er antwortet: **„Die Banken müssen wieder profitabler werden.“**

Das ist ehrlich und rechnet damit, dass wir Lesende schon ausreichend konditioniert sind, so etwas abzunicken. Auch wenn wir mal gewusst haben, dass dieser Profit nicht uns meint, stattdessen wahrscheinlich auf unsere Kosten erwirtschaftet wird. Chapeau!

**„Machen die Notenbanken hingegen weiter wie bisher, zerstören sie das Vertrauen in das Geld – die Grundlage für Wohlstand und Wachstum.“** (Wirtschaftswoche 11/2016, Chefökonom Stefan Schilbe im Titelbeitrag „Götterdämmerung“)

Auf der Benutzeroberfläche der Wirtschaftsblätter ist aus dem Wort Vertrauen eine schrecklich inflationäre Banalität geworden, die uns immer und immer wieder ins Hirn geblasen wird, bis es zugeschl... ist und wir das Denken verlernt haben. Die Politik ist dem gefolgt und suggeriert uns, dass es vor allem wichtig ist, nicht das Vertrauen in die Märkte zu verlieren. Sie selbst bittet gar nicht mehr darum. Natürlich sagt Schilbe die Wahrheit: In der real existierenden Welt sind das Vertrauen in Geld und der Wunsch nach ewigem Wachstum Grundlage für vieles. Vor allem irgendwann dafür, dass unsere Lebensgrundlagen zerstört sein werden. Aber auch dann wird man sich natürlich für Geld noch ein paar Jahre länger erkaufen können. So weit so richtig. Der Algorithmus, den uns die einschlägigen Magazine und Zeitungen geschrieben haben, ist so alt wie der Kapitalismus.

**„In der Moderne hat sich der Markt erstmals als eine Einrichtung etabliert, die die gesellschaftliche Realität in ihrer Gesamtheit durchdringt. Das Kaufverhältnis hat unsere Körper und Seelen kolonialisiert.“** (Cesar Rendueles, s.o.)

So werden uns die perfidesten Dinge benutzerfreundlich und auf hohem Niveau verblöndend ange-reicht. Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt und ewiges Vertrauen in tote Dinge und Virtualitäten. Und wir sind die Wunschkomplizen – egal, ob wir im Kleinen wurschteln oder Großen zocken. Hauptsache, wir bleiben in Kauflaune.

**„Wer jeweils für 20.000 Nominalwert die von uns ausgesuchten sechs Papiere von Adidas bis VW Leasing kauft, der muss derzeit 121.500 Euro in die Hand nehmen.“** (Wirtschaftswoche 12/2016)

**„Die Kauflaune, die noch in der Vorwoche herrschte, ist nun vorbei. Nur noch 21 Prozent der Teilnehmer wollen in den kommenden zwei Wochen Aktien zukaufen. (...) Damit ist der Dax laut Heibel nun in einer gefährlichen Situation: Sackt der Index nun unter die Marke von 9800 Punkten, so ist mit keiner Kauflaune der Anleger zu rechnen, die Schlimmeres verhindern würde.“** (Handelsblatt 61/2016)

## DIE AUTORIN

**Kathrin Gerlof**, Jahrgang 1962, hat Journalistik in Leipzig studiert, viele Jahre als Redakteurin bei Tageszeitungen gearbeitet und ist seit 1995 freiberuflich als Filmemacherin, Autorin, Journalistin und Texterin tätig. Ihre Romane erscheinen beim Aufbau-Verlag.



Kathrin Gerlofs letzter Roman heißt „Das ist eine Geschichte“ (Aufbau-Verlag, 396 S., 19,90 Euro).

Mehr Texte von Kathrin Gerlof finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)

**OXI  
BLOG  
.de**



# Bücher

## SPRACHE DER GELDELITE

**John Lanchester: Die Sprache des Geldes: und warum wir sie nicht verstehen (sollen), Klett-Cotta, Stuttgart 2015, 352 S.**



Die Sprache der Wirtschaft, insbesondere die der Finanzökonomie ist schwer zu verstehen? Ja, da ist etwas dran. Allein schon diese Begriffe: quantitative Lockerung, Derivate, Leerverkäufe oder hypotheckenbesicherte Wertpapiere. Wie gut, dass es jemanden wie John Lanchester gibt. Der britische Schriftsteller feierte 2012 mit seinem Roman „Kapital“ im London der Finanzkrise einen großen Erfolg. Und er ist einer der wenigen Autoren, die sowohl exzellente literarische wie ökonomische Sachtexte verfassen. In seinem jüngsten Buch schlägt er Breschen in das von der Wirtschaftselite gepflegte Dickicht der (bewussten) Geheimnistuerei und Verschleierung. Denn dieser nutzt es, wenn die sogenannte gemeine Bevölkerung auch wegen der Sprache davon abgehalten wird, zu verstehen, wie diese Elite auf Kosten der Allgemeinheit ihren Gewinn in die Höhe treibt. Lanchesters Buch ist, eingeleitet mit einem 80-seitigen Essay, ein Lexikon über die Finanzökonomie – und zwar ein ideologiekritisches. Mit der Methode der „Gegenteilisierung“, von ihm so benannt, zeigt der Schriftsteller, 1962 geboren, wie Begriffen ein Sinn verliehen wird, der dem ursprünglichen entgegengesetzt ist. Beispiele sind unter anderem „Hedgefonds“ oder „Securitization“. Lanchesters Buch hilft uns sehr, uns von Gefühlen wie Verblüffung, Entfremdung, Ohnmacht und Passivität zu befreien, die wir haben, wenn wir mit ökonomischen Sachverhalten konfrontiert werden. Buchstäblich ein wichtiger Beitrag zur ökonomischen Alphabetisierung.

Finanzkrise einen großen Erfolg. Und er ist einer der wenigen Autoren, die sowohl exzellente literarische wie ökonomische Sachtexte verfassen. In seinem jüngsten Buch schlägt er Breschen in das von der Wirtschaftselite gepflegte Dickicht der (bewussten) Geheimnistuerei und Verschleierung. Denn dieser nutzt es, wenn die sogenannte gemeine Bevölkerung auch wegen der Sprache davon abgehalten wird, zu verstehen, wie diese Elite auf Kosten der Allgemeinheit ihren Gewinn in die Höhe treibt. Lanchesters Buch ist, eingeleitet mit einem 80-seitigen Essay, ein Lexikon über die Finanzökonomie – und zwar ein ideologiekritisches. Mit der Methode der „Gegenteilisierung“, von ihm so benannt, zeigt der Schriftsteller, 1962 geboren, wie Begriffen ein Sinn verliehen wird, der dem ursprünglichen entgegengesetzt ist. Beispiele sind unter anderem „Hedgefonds“ oder „Securitization“. Lanchesters Buch hilft uns sehr, uns von Gefühlen wie Verblüffung, Entfremdung, Ohnmacht und Passivität zu befreien, die wir haben, wenn wir mit ökonomischen Sachverhalten konfrontiert werden. Buchstäblich ein wichtiger Beitrag zur ökonomischen Alphabetisierung.

## MYTHEN-LEXIKON

**Daniel Baumann, Stephan Hebel: Gute-Macht-Geschichten. Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen können, Frankfurt/M. 2016**



Die „Kostenexplosion“ gefährdet unseren Sozialstaat, die „demografische Katastrophe“ die Zukunft des Landes, steigende „Arbeitskosten“ sägen an der „Wettbewerbsfähigkeit“ des Standortes Deutschland. Mit derartigen vermeintlichen Gewissheiten wird in Deutschland seit Jahrzehnten Politik gemacht, werden „Reformen“ als „alternativlos“ verkauft. Was steckt dahinter?

Die Journalisten Stephan Hebel und Daniel Baumann haben wichtige Begriffe aus dem Wörterbuch politischer Irreführung zusammengetragen und in Klartext übersetzt. Vom Begriff der angeblichen „Alternativlosigkeit“ bis hin zur „Zinsenteignung“, der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, werden die Begriffe auf ihren Inhalt abgeklopft und die Interessen und Absichten offengelegt, die dahinterstehen. Ein besonderes, ein er- und aufklärendes Nachschlagewerk für alle, die dem verklärenden Politsprech nicht auf den Leim gehen wollen.

## AUSWEGE

**Michael Hirsch: Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft, Eine politische Philosophie der Arbeit, Wiesbaden 2016**

Michael Hirsch stellt die Grundlage unserer Gesellschaft – der Arbeitsgesellschaft – auf den Prüfstand. Die Arbeitsgesellschaft, die immer weniger gesicherte und ordentlich bezahlte Arbeit zu vergeben hat, steckt in einer



# Bücher Blätter Bytes

## DER MENSCH IM KAPITALISMUS

**Götz Eisenberg: Zwischen Amok und Alzheimer. Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus; Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt/M. 2015, 289 Seiten**

Götz Eisenberg, von 1993 bis Ende 2015 als Psychologe in einer Justizvollzugsanstalt tätig gewesen, arbeitet an einer entscheidenden Nahtstelle: Wie verändern Prozesse der kapitalistischen Wirtschaft Menschen und Alltagsleben? In seinem letzten Buch – ein als Collage inszenierter langer Essay – nimmt er Erlebnisse aus dem Alltag, um mit Hilfe von vielen literarischen und wissenschaftlichen Quellen nach Antworten auf die Fragen zu schürfen: Was steckt hinter diesen Erlebnissen? Sind diese zahlreichen zerstückelten Handlungen miteinander verbunden?

Was sieht Eisenberg? Die Verrohung im Umgang mit hilflosen Alten und Schwächeren; die „rabiate Vergleichültigung“; der „Handywahnsinn“; die Rücksichtslosigkeit und „lackierten Kampfhunde“ im Straßenverkehr. Seine Befunde: Die Ära des „innengeleiteten Charakters“ (David Riesman) gehe zu Ende. Die Menschen lebten distanzierter. Der Drang zur Selbstinszenierung prägte ihr Handeln. Wer Charakter und damit Eigentümlichkeiten zeige, drohe in einer Welt, in der das kapitalistische Wirtschaften die Flexibilität und damit die Bindungslosigkeit gegenüber Menschen wie Werten als entscheidende Anforderung durchgesetzt habe, zur komischen, wahlweise tragischen Figur zu werden.

Eisenberg macht wenig Hoffnung, seine starken Metaphern verheißen vor allem Düsternis. In digitalen Zeiten wirkt der Autor anregend altmodisch. Aber wie er es sich anders vorstellt, das skizziert er schon: beispielsweise anhand des Wochenmarktes, der für ihn ein bunter Flecken Sinnlichkeit ist. Eisenberg schreibt gut, verständlich und anschaulich. Er bietet: Erfahrungen, einen wachen, sensiblen Blick, Wissen, eine Haltung. Und damit zahlreiche Ausgangspunkte für erhellende Spaziergänge durch den Alltag.

## SOZIOPHOBIE

**César Rendueles, „Soziophobie“, Edition Suhrkamp, Berlin, 2015**

Der spanische Soziologe César Rendueles hat einen klugen Essay über die Natur sozialer Bindungen in der Postmoderne und den politischen Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie geschrieben. Im ersten Teil unternimmt der Autor eine Zeitreise ins viktorianische Zeitalter, das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine Krise der globalen Subsistenz verursachte. Infolge von Dürren, Hungersnöten und anderen El-Niño-Phänomenen starben in diesem Zeitraum zwischen 30 bis 50 Millionen Menschen an Unterernährung oder einer Seuche. Die Großmächte nutzten die Not, um ihre imperiale Expansion zu beschleunigen. Rendueles schreibt über das Phänomen „Freier Markt“, den er als eine Chimäre bezeichnet, die ungewöhnlich viel Leid verursacht hat.

Den Hauptteil des Essays widmet er der Frage, inwieweit die digitale Revolution die ökonomischen Probleme des freien Marktes lösen kann und kommt zu dem Schluss, dass Cyberutopismus Selbstbetrug ist. Er taugt nicht „für das, was Gemeinwesen eigentlich leisten soll: nämlich sicherstellen, dass die einen für die anderen sorgen“.

## ROUTENPLANER

**Jürgen Bruhn: Die Bestie zähmen – Wege aus dem Raubtierkapitalismus in eine neue Ökonomie, Marburg, 2015**



Banken und Hedgefonds profitieren, die Allgemeinheit zahlt. Jürgen Bruhn, Professor für Internationale Politik am kalifornischen Monterey Institute of International Studies in Monterey und an der California State University, beschreibt differenziert den Zustand des aktuellen (Finanz-)Kapitalismus und kommt zu diesem Ergebnis. Vom Steuerboykott

bis zum gewaltfreien Widerstand erläutert er Möglichkeiten des Widerstandes. Dabei orientiert Bruhn sich an Mahatma Gandhi und Martin Luther King, an institutionellem und individuellem Widerstand, der eine neue Wirtschaftsweise und Gesellschaft jenseits des Raubtierkapitalismus zum Ziel hat.

# Blätter

## COMEBACK EINER IDEE



**Marxistische Abendschule Hamburg (Hg.): Aufhebung des Kapitalismus – Die Ökonomie einer Übergangsgesellschaft, Argument Sonderband Neue Folge 319, Hamburg 2015, 280 Seiten**

Sollten Arbeitnehmer genauso viel Einfluss haben wie Arbeitgeber? Ja, sagen die allermeisten Beschäftigten – und immerhin ein Drittel der Unternehmer. Teile des Unternehmerlagers haben sich mit einer Form von Mitbestimmung arrangiert, die mit dem Wettbewerbsprinzip vereinbar ist. Weil hoch motivierte Lohnabhängige im internationalen Wettbewerb ein entscheidender Faktor sind oder weil die Mitbestimmung

hilft, eine Firma zu modernisieren. Andere Teile des Unternehmer-Lagers bauen dagegen lieber mitbestimmungsfreie Zonen weiter aus.

Die Mitbestimmung in den Betrieben zu stärken, das ist also ein spannendes Thema für die aktuelle Tagesordnung dieser Gesellschaft. Oder sollten Lohnabhängige nach schwedischem Vorbild zu Stakeholdern werden, also zu Miteigentümern und Aktionären der Unternehmen? Ja, schreiben Autoren in einem bemerkenswerten, von der Marxistischen Abendschule Hamburg herausgegebenen Buch. Die kleine Bildungseinrichtung fragt nach der Ökonomie einer Übergangsgesellschaft. Mitbestimmung ist da nur ein Thema. Unser Tipp: Kaufen! Und vor allem: lesen, nicht nur ins Regal stellen.

# Bytes

## ERFRISCHEND LINKS

**Jacobin - Das helle Licht jacobinmag.com**

Als Bhaskar Sunkara 2010 in den USA das Magazin „Jacobin“ zunächst im Internet gründete, war er gerade 21 Jahre alt - und konnte nicht ahnen, wie erfolgreich dieser linke Medien-Newcomer einmal werden würde. Die Occupy-Bewegung, mit ihrem Start im Jahr 2011, verschaffte dem Projekt zusätzliche Aufmerksamkeit - es war die Zeit, als auch in den USA wieder begonnen wurde, offen über Klassen, Kapitalismus und „Klassiker“ zu reden. „Wir wollten einfach einen Ort schaffen, an dem man wieder über und mit Marx sprechen kann“, hat Sunkara seine Beweggründe einmal formuliert. Heute verkauft Jacobin 20.000 Exemplare der Printausgabe, die in der Regel vierteljährlich erscheint und sich jeweils einem Themen-Schwerpunkt widmet.

700.000 Online-Leser hat Jacobin jeden Monat. Es ist eine der derzeit erfrischendsten und klügsten linken, theoretisch orientierten Zeitschriften. Dass Jacobin (der Name bezieht sich nicht auf die Jakobiner der Französischen Revolution, sondern ist dem Buch „The Black Jacobins“ über die Revolution der Sklaven von Haiti 1791 entlehnt) gegen den Trend und in einer Zeit erfolgreich ist, in der auch ein linker Senator wie Bernie Sanders gegen das politische Establishment punktet, ist kein Zufall. Es gehe, sagt Sunkara, nicht zuletzt um eine Reformulierung des Sozialismus jenseits von Moskauer Orthodoxie und sozialdemokratischer Anpassung. Nicht nur US-Linke haben so einen neuen publizistischen Bezugsort gefunden. Oder wie der Sprachwissenschaftler und linke Intellektuelle Noam Chomsky es formulierte: Jacobin ist ein „helles Licht in dunklen Zeiten“. Man kann es übrigens auch von Deutschland aus sehen.

## FLASSBECK-BLOG UND MEHR

**flassbeck-economics.de**

Bloggen ist nicht genug. Davon sind Heiner Flassbeck und seine Mitsreiterin, die Wirtschaftspublizistin Friederike Spiecker, überzeugt. Die Seite „flassbeck-economics“ werde zwar inzwischen von mehr als 70.000 Menschen monatlich gelesen. Aber die Zeiten seien nicht so: „Die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen sind derzeit gewaltig“, schreibt der frühere Staatssekretär von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine und spätere Chef-Volkswirt der UN-Welthandelsorganisation UNCTAD in Genf. Daher reiche es nicht mehr aus, so Flassbeck, individuelle Meinungen und Analysen in der Blogsphäre zu äußern. Eine Zeitschrift müsse her, als „ernsthafte Alternative“ zu Leitmedien wie FAZ oder „The Quarterly Journal of Economics“. Flassbeck will das ehrgeizige Medienprojekt „Macroskop“ im Sommer starten. Zunächst online, später auch als gedruckte Ausgabe. Zwei Dutzend weithin anerkannte Autoren habe ihre Mitarbeit angekündigt. Das Publikum wird um vielfältige Unterstützung und Spenden gebeten. Wir wünschen ihm viel Erfolg! Wie uns auch.



# Mehr Interview im Blog zum Blatt

# Tim Engartner Thomas Jorberg Till van Treeck



## IM DIGITALEN DICKICHT

# Technik-Ratgeber im weltweiten Web



VON JO WÜLLNER

Wir sind von digitaler Technik umzingelt, zu Hause, im Job. Und sie macht uns dauerhaft Probleme. Wo gibt es Orientierung, Information und Hintergrund, außer bei dem zufällig zur Bekanntheit gehörigen Nerd mit Helfersyndrom? Natürlich im Web. Anders als bei den einschlägigen Printmedien, die strikt zielgruppenfokussiert agieren (simpel, aber vermittelnd bei der Computer-Bild, anspruchsvoll mit Understatement bei der c't), geht es im Internet chaotischer, überraschender, leider auch oft elitärer zu. Allzu oft bleibt die Szene mit ihren überzüchteten Problemchen in Sachen Power-Hardware oder System-Tuning in einer inzestuösen Community-Schleife gefangen. Glücklicherweise findet sich auch Anderes, wahrhaft Hilfreiches:

Loben wir als erstes **CASCHYS BLOG** (stadt-bremerhaven.de). Seit über zehn Jahren hält Mastermind Carsten Knobloch die Seite in Bestform, die er sogar steigert. Die Webadresse zeigt: Es sollte mal regional zugehen. Stattdessen wird die Site heute von zwei Millionen monatlichen Seitenaufrufen strapaziert. Knobloch schreibt verständlich, gibt soliden Rat und Überblick zu Hard- und Software, Sonderangeboten, Markt-Tendenzen samt solider Statistik, Technik-Innovationen samt Einschätzung

für unser Alltagsleben. Viel Technik-Begeisterung, aber kein schriller Hype und keine werbegekaupte Euphorie. Was will man als halb Unbedarfter mehr?

Einen deutlichen Kick szenemäßiger, auch sprachlich, geht es bei **MOBILEGEEKS** (mobilegeeks.de) zu. Der Name ist Programm: Im Fokus steht das Thema mobile Technik, sprich Smartphones, Tablets, Apps, Tarife, Preise. Bis 2012 firmierte die Site unter netbooknews.de. Der Neuauftritt bescherte ihr wachsende Zugriffszahlen. Sehenswert auch die parallel betriebene YouTube-Zone **MOBILEGEEKS**. Es gibt anschauliche Handling-Tests, aber auch aktuellste Produkt-Vorstellungen, da das Team zu allen wichtigen Events geladen wird. Man singt öfter Jubelarien als bei Caschy, aber das lässt sich mental leicht ausblenden.

Modern und schön aufgeräumt präsentiert sich **MOBIFLIP** (mobiflip.de). Gut ein halbes Dutzend technikaffiner Menschen betreibt den Blog (man/frau hat sich kulturgemäß in einschlägigen Foren kennengelernt). Gründer René Hesse ist kein Nerd. Aber es geht ihm „um subjektive Informationen aus erster Hand“, sprich: Nutzern, und weniger um Top- und Flop-Listen. Anders als der Site-Name vermuten lässt, ist das Themenspektrum breit und deckt alle Hard- und Softwarebereiche ab. Dazu kommen durchaus seriös verfasste Trendprognosen und wirt-

schaftliche Einschätzungen, auch sie erfreulich nüchtern. Wie überhaupt die Textqualität der Mobiflipper angenehm professionelles Niveau erreicht.

Neben News, Trends und Tests liefert das Netz auch viel konkrete Hilfestellung. Zu meiden sind aber Foren, bei denen eine ganze Kette (Thread) von extrem unterschiedlichen Antworten auf eine Frage geliefert wird und sich die Wissens-Sharer auch noch gegenseitig der Inkompetenz bezichtigen. Solche Sites am besten sofort schließen.

Positiv aufgefallen ist uns **COMPUTERHILFE.DE**. Ein karges Foren-Layout im Stil der Jahrtausend-wende, darin eine gute Themensortierung und viele konkrete, hilfreiche Tipps bei Problemen mit Hard- und Software. Berücksichtigt sind die verschiedensten Windows-Versionen, aber auch die Apple-Community wird hier in einem eigenen Bereich gewürdigt. Auch Macs können schließlich, trotz aller Image-Maßnahmen des Herstellers, immer wieder arge Probleme bereiten.

Darf man ein Unternehmen wie **WINDOWS** loben? Solange über 90 Prozent aller Bürorechner weltweit mit einem System des Softwareriesen aus Redmont werkeln und nur eine Minderheit von uns systemkompetent genug ist, um einen Linux-

Rechner funktionsgerecht zu pflegen, kommt man nicht umhin, Microsofts Rat anzunehmen. Der tummelt sich im Web auf einer weit gespannten Zone der Microsoft-Internetpräsenz **MICROSOFT.COM**, die mittels Suche nach „Support“ zu finden ist. Seit vielen Jahren bin auch ich immer wieder zu einer Visite gezwungen. Und stelle hiermit fest: Die haben sich angestrengt in den letzten Jahren. Das ist übersichtlich, präzise und geizt nicht mit hilfreichen Tipps und praktischen Download-Optionen. Weiter so.

Die besten Informationen im Netz finden sich aber leider nicht auf einer Site, sondern auf vielen Sites. Oft ist es daher sinnvoll, sich den nötigen Rat mittels kluger Suche zusammenzuklauben. Stichwort **SCHWARMINTELLIGENZ**. Suchwort-Variationen wollen weise gewählt sein. Vor allem immer auch mit dem englischen Wort suchen. Also nebst „Festplatte“ auch „harddrive“ und „hard disk“ eingeben. Der einzige Nachteil: Man muss die Spreu vom Weizen trennen. Und sein Schulenglisch wieder aufpolieren, was bei der globalen Anglizisierung des digitalen Business eh nicht zu vermeiden ist.

Sie lesen dies, und einer Ihrer Rechner macht gerade Mucken? Hier also zuguterletzt der einfachste, billigste, am leichtesten auch für Laien umzusetzende Tipp mit der allerhöchsten Erfolgsrate: Starten Sie einfach mal Ihren Rechner neu.

## LUDOS SPIELWIESE



# Flüchtlingscamp oder EZB-Chefetage – Simulationen mit Lernzuwachs

VON LUDO

Ludo lädt zum Spielen ein. Nicht um die Spieleindustrie zu füttern, deren Umsatz inzwischen die Filmindustrie überflügelt hat. Ludo ist kein Zocker, sondern ein engagierter Computerspieler und Brettspielfan. Ludo stellt Spiele vor, die ihm auffallen – aus welchen Gründen auch immer.

In diesen Tagen stieß ich auf zwei sehr verschiedene Sachen. Auf einen Satz von Heinrich Heine: „Je wichtiger ein Gegenstand ist, desto lustiger muss man ihn behandeln.“ Und auf ein Spiel mit dem Titel **LAST EXIT FLUCHT**, das wichtige, existentielle Fragen stellt: Wie lebe ich und vor allem, wie leben und überleben Menschen, die auf der Flucht sind. Wie werden sie mit Vorurteilen, Pöbeleien und Anschlägen fertig. Wie finden sie Hilfe, wie Arbeit. Wie haben sie es geschafft, Einverständnis zu heucheln, um sich zu schützen, in Verhörzimmern Entscheidungen und Meinungen zu vertreten, die ihnen nicht entsprechen. Antworten darauf erspiele ich mir in „Last Exit Flucht“. Das kostenlose Online-Spiel beschäftigt sich informativ, kritisch und anregend mit Lebenswegen und Lebensumständen von Flüchtlingen. Ich ver-

setze mich in einen Flüchtenden, treffe für ihn Entscheidungen und lerne, wie schnell man in den Augen eines Staates falsche Ansichten vertritt, wie schwer Neuanfänge sein können und was das alles mit Menschenrechten zu tun hat.

Ich liebe es, Welten zu wechseln wie andere Leute Hemden. Daher beschließe ich, die Möglichkeit zu nutzen, in das Weltbild der Europäischen Zentralbank (EZB) einzutauchen. In **TOP FLOOR – HOCH HINAUS** geht es ums große Geld. Das kostenlose Online-Spiel erklärt die Eurokrise aus Sicht der EZB. Fragespiele, bei denen richtige Antworten belohnt werden, das kenne und mag ich. Ich klicke mich durch die Aufgaben und stelle erstaunt fest, dass die Sache mit der Währungsunion manchmal einfacher, dann wieder viel komplizierter ist, als ich dachte. Es dauert eine gute halbe Stunde, dann bin ich ein Sieger. Ich erhalte Zugang zum Top Floor, nehme an einer Sitzung des EZB-Rates teil und lerne vieles darüber, wie die EZB tickt. Für beide Spiele gilt: in manchen Passagen zu plakativ, an einigen Stellen zu wenig variantenreich. Ein solcher Dialog aus „Last Exit Flucht“ beispielsweise spiegelt vor allem Hilflosigkeit: „Echt typisch, noch ein ausländischer Junge, der hierher kommt und uns

die Mädchen wegschnappt!“ „Das stimmt ja wohl nicht. Die Mädchen suchen sich doch die Jungs aus, die sie am liebsten mögen.“ „Top Floor“ wiederum nimmt sich durch die begrenzte Anzahl der Fragen, die sich gezwungenermaßen irgendwann wiederholen, einiges von seinem Wiederspielwert.

Gelohnt haben sich die Aufenthalte in zwei so unterschiedlichen Welten mit ihren je eigenen Bedrohungen und Risiken auf jeden Fall. Trotzdem werde ich das Gefühl nicht los, dass irgendetwas komisch ist an Spielen, die keine Flucht aus der Realität sind, sondern mit Realitäten zu konfrontieren versuchen. Die Fachwelt nennt sie „Serious Games“. Ob Heinrich Heine das gemeint hat, ernsthaftige Spiele?

### LAST EXIT FLUCHT

Alterseinstufung: ab 13 Jahre | Preis: kostenlos  
Download: [www.lastexitflucht.org](http://www.lastexitflucht.org)

### TOP-FLOOR – HOCH HINAUS

Alterseinstufung: ab 18 Jahre | Preis: kostenlos  
Download: [ezb.europa.eu/ecb/educational/topfloor](http://ezb.europa.eu/ecb/educational/topfloor)

### KONTAKT / BLOG

[alivetoplay@gmail.com](mailto:alivetoplay@gmail.com) | [www.alivetoplay.com](http://www.alivetoplay.com)  
Mehr Texte von Ghostwriter Fabian Arlt auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)



Welche Probleme und Gefahren muss man als Flüchtling bewältigen? FOTO: LASTEXITFLUCHT

## PSYCHO-KAPITAL

# Reiche surfen immer ganz oben auf der Welle



Wer ist unten, wenn die Welle bricht? FOTO: SCENE360.COM

VON OLIVER TANZER

Eine der bestechenden Eigenheiten des Geldes ist seine Wandlungsfähigkeit. Es kann sich problemlos in Güter verwandeln und in Sekunden in Nichts auflösen, es ist konkrete Materie, dann wieder Symbol und schließlich immaterielle Macht. Karl Marx hat die verschiedensten Formen und Wechselbeziehungen von Geld, Ware und Wert in den Begriff „automatisches Subjekt“ gebunden. Dieses Subjekt hat es an sich, dass es beständig Form und Erscheinung wechselt und über den Mehrwert, den es schafft, sich unablässig vermehrt oder, wie Marx es ausdrückt, „Junge wirft, oder wenigstens goldne Eier legt“. So wird aus Münze Ware, aus Ware wird Wert und Mehrwert, der endlich Gewinn und damit wieder Münze wird.

Wenn wir uns heute umsehen und die Nöte des Geldes betrachten, dann sehen wir, dass unser automatisches Subjekt-Vehikel heute nur noch Junge werfen kann, wenn es immer mehr an Kredit, an Schulden nimmt: Die Verschuldung privater Haushalte hat sich seit 1980 in den OECD-Staaten verdoppelt, die Staatsschulden sind um durchschnittlich 150 Prozent gestiegen. Es ist auch diese

„Strategie der Schulden“, welche die globalisierte Wirtschaft laufen und wachsen lässt.

Der britische Ökonom Alfred Marshall hat das Marktwachstum einmal mit einer Welle verglichen. Auf der Krone dieser Welle schwebt der Reiche, der überproportional vom sich hebenden Wachstum profitiert. Aber auch der Arme am unteren Ende der Welle werde mit dem Sog nach oben gehoben und profitiert. Das ist ein schönes Bild, es wirkt befriedend: wir sollten alle nicht unzufrieden sein, denn schließlich werden am Ende alle belohnt.

Das Problem ist, dass sich Marshalls Reichtumswelle geteilt hat. Die Wellenkronen der Reichen wurde so sehr gehoben, dass ihr Kapital die Arbeit der Realwirtschaft nicht mehr benötigt. Ihr befreites Kapital findet nicht mehr den Weg zum Investment in Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Vielmehr vermehrt es sich in steuerschonenden Briefkastenfirmen selbst – in einem Prozess den man auch eine „Masturbation des Kapitals“ nennen kann, einem autorerotischen Akt des Kapitals ohne jede Fruchtbarkeit.

Die anderen aber, jene, die sich in den unteren zwei Dritteln der ökonomischen Welle befinden, werden nach unten getragen. Während suggeriert wird, dass die Märkte von allen Zwängen „befreit“ werden müssen, werden Arbeitsbedingungen nun dem Markt Unterworfenen, also der Arbeiter und Angestellten rigoros reglementiert. Ihre Leistungen werden im Sinne einer Kostennutzenwahrheit analysiert, bis endlich ein Controller ihren Wert bemisst und nach einem betriebswirtschaftlichen Schlüssel rationalisiert, der direkt die Tür zur Arbeitslosigkeit und zur Klasse Hartz IV öffnet.

So ist auch die schöne Formel von Karl Marx „Geld schafft Ware, schafft Mehrwert, schafft Gewinn, schafft Arbeit“ aufgehoben. Das automatische Subjekt ist impotent geworden. Es wirft weder Junge noch „goldne Eier“. Und so ist der realen Arbeitswelt der Brutkasten des Kapitals abhanden gekommen.

### DER AUTOR

Oliver Tanzer, Jahrgang 1967, ist Journalist und Wirtschaftsautor. Gemeinsam mit Thomas Sedlacek hat er 2015 mit dem Buch „Lilith und die Dämonen des Kapitals“ einen Bestseller zur Kapitalismuskritik im Hanser-Verlag publiziert.



# DER ANDERE ALLTAG

## REPARIER-WELLE

### Die Anti-Wegwerf-Kultur organisiert sich



Regelbetrieb im Amsterdamer Repair Café. In den Niederlanden eröffnete im März 2016 auch der weltweit tausendste Treff für Wegschmeiß-Unwillige.

FOTO: ILVY NJOKIKTIJEN, WIKIMEDIA COMMONS

Das erste offizielle Treffen einer Reparatur-Initiative soll 2002 im bayerischen Kempten stattgefunden haben. Unorganisiert ging es dann einige Jahre mit einigen wenigen Neueröffnungen weiter. 2009 machte die niederländische Umwelt-Journalistin Martine Postma ein Konzept daraus, schrieb ein Buch darüber, wie man am besten ein Repair Café gründet und erfolgreich betreibt. Und gründete zugleich ein Franchise-Unternehmen. Das Rezept ging auf. Heute gibt es kaum eine größere Stadt in Deutschland, in der nicht episodisch oder dauerhaft eine von Freiwilligen geführte Reparaturwerkstatt betrieben wird.

Überblick über Aktivitäten der deutschen Anti-Wegwerf-Gruppen gibt es auf der Website [reparatur-initiativen.de](http://reparatur-initiativen.de). Die Website versteht sich als Netzwerk-Katalysator, der vor allem Überblick über lokale Initiativen und besondere Veranstaltungen liefert. Die Website ist klar gegliedert und sehr informativ. Kernstück sind zwei interaktive Deutschlandkarten. Sie zeigen zum einen die Standorte der aktuell über 350 ins Netzwerk integrierten Initiativen, zum anderen einen Karten-Kalender mit Hinweisen zu besonderen Veranstaltungen.

Hinter der Website steht eine deutsche Stiftung mit dem sinnigen Namen „anstiftung“. Ihr Arbeitsbereich sind über die Repair Cafés hinaus das Thema „Urbane Gärten“, die Do-it-yourself-Szene und Angebote Offener Werkstätten, in denen unter fachlicher Anleitung handwerkliche Produkte hergestellt werden können, aber auch Ausstellungen und Publikationen.

Wer einen Überblick über die internationale Reparatur-Szene gewinnen will, kann sich auf [repaircafe.org](http://repaircafe.org) hervorragend informieren. Die Website wird von der niederländischen Stiftung „Stichting Repair Café“ betrieben, die wiederum eine Gründung der Niederländerin Martine Postma ist. Es gibt auf der Website ein Forum, Links zu deutschen, schweizerischen und österreichischen Initiativen. Und einen Überblick über die Repair Cafés weltweit. Von denen sind mittlerweile über 1.000 in 24 Ländern aktiv. Und die Gründungswelle scheint noch nicht mal ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Schadet die Repair-Café-Welle herkömmlichen Reparaturbetrieben?, wird manchmal kritisch gefragt. Die „Reparisten“ verneinen: Durch die vielen lokalen Aktionen samt Presseberichten würde das Reparieren als Form des Umgangs mit alltäglichen Geräten überhaupt erst wieder in den Köpfen der Menschen ankommen. (JW)

**WEB-TIPP**  
[reparatur-initiativen.de](http://reparatur-initiativen.de)  
[anstiftung.de](http://anstiftung.de)  
[repaircafe.org](http://repaircafe.org)

## RECYCLING PRIVAT

### Kostbares Plastik

Wenn es nach dem Niederländer Dave Hakens geht, soll das Recycling von Plastik künftig jedem möglich sein. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern Kees, Alex und Mattia hat er Maschinen entwickelt, die es als Typ eigentlich schon im industriellen Recycling gibt. Für den Hausgebrauch fallen sie bei ihm aber deutlich kleiner aus und sind preiswerter. Darüber hinaus sollen sämtliche Baupläne öffentlich verfügbar sein, damit sie überall auf der Welt nachgebaut werden können. Vier Maschinen sind bereits bis zur Nutzungsreife entwickelt: Der Plastik-Schredder zerkleinert gereinigte Plastikabfälle wie Dosen, Deckel und anderes mehr. Mit der Kompressionsmaschine lassen sich die zerkleinerten Plastikreste schmelzen und pressen, damit daraus neue Produkte gemacht werden können. Mit der „Injection Machine“ wird der geschmolzene Kunststoff anschließend in Formen gepresst. Die „Extrusion Machine“ kann endlose Kunststoffstränge und Pellets zur weiteren Verwendung herstellen.

Baupläne aller Maschinen und ausführliche Video-Anleitungen zum Gebrauch sind bereits im Internet verfügbar – und sie sind kostenlos. Damit kann jedermann neue Produkte aus seinem Plastikmüll erschaffen. Darüber hinaus kann jeder die Maschine weiterentwickeln und damit neue Produkte erschaffen. (B)

**WEB-TIPP**  
[preciousplastic.com](http://preciousplastic.com)



So sieht eine Komplettausstattung für das heimische Recycling aus. FOTO: PRECIOUSPLASTIC

## GELD

### Wie fair ist meine Bank?

Kann eine Bank fair sein? Einige Nichtregierungsorganisationen beantworten diese brechtsche Frage mit einem klaren Ja. Anlässlich des Weltverbrauchertages stellten alternative Lobbyisten wie Germanwatch und Südwind in Berlin das erste „zivilgesellschaftliche Informationsportal“ zur Überprüfung der sozialen und ökologischen Richtlinien von deutschen Banken ins Netz.

Der „Fair Finance Guide Deutschland“ ist Teil eines internationalen Netzwerkes, gegründet vom niederländischen Oxfam und finanziert vom schwedischen Entwicklungsministerium. Unter die Lupe genommen werden zunächst nur die beiden Branchenführer Deutsche Bank und Commerzbank, die größte Genossenschaftsbank und Landesbank (DZ Bank und LBBW), zwei kirchliche Institute (Pax-Bank und KD-Bank) sowie zwei „grüne“ Geldhäuser (Triodos und GLS).

Für die Verbraucher sollen mehr Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt werden. Dazu wurde anhand von 240 Kriterien ein „Bewertungsportfolio“ entwickelt – und für den eiligen Surfer in Prozente umgerechnet. Überraschungssieger ist die GLS Bank mit 92 von 100 möglichen Punkten. Die Deutsche Bank schneidet mit 21 Punkten erwartbar schlecht ab. Wer sich nicht allein von tausendmal Gesagtem selbst bestätigen lassen will, kann sich durch zusätzliche, recht detaillierte Informationen klicken. Langfristig, so darf man wünschen, werden die noch unbeachteten weiteren 1.765 Kreditinstitute in Deutschland unter die Lupe genommen. Das Projekt finden übrigens auch Verbraucherschützer gut. (HP)

**WEB-TIPP**  
[fairfinanceguide.de](http://fairfinanceguide.de)

## COMPUTER

### Modular & nachhaltig



Alle drei Jahre ein neues Notebook? Das muss nicht sein. Das Berliner Start-up Pangea Electronics will mit seinem Pangea Sun den Notebook-Markt aufrollen. Ziel ist dabei nicht Höchstleistung für Grafikanwendungen oder Computerspiele, Ziel der Entwickler ist vielmehr ein Notebook, das sich den eigenen Bedürfnissen anpassen lässt. Die modulare Bauweise sorgt dafür, dass sich einzelne Komponenten des Rechners einfach austauschen lassen.

So ist rund um das Motherboard des Rechners jede Komponente leicht zu ersetzen oder zu ergänzen. Auch Kaffee in der Tastatur ist nur begrenzt ein Problem, da sich die Tastatureinheit genau wie das Display leicht austauschen lässt. In der Grundversion soll der Sun mit einem 1,5-GHz-Cortex-Prozessor, 2-4 Gigabyte Ram und 32 Gigabyte Flashspeicher gebaut werden. Als Betriebssysteme sind wahlweise Android, Windows oder Ubuntu geplant. Als Modellrechner gibt es den Sun bereits, das Gehäuse wurde mit einem 3D-Drucker erstellt.

Als Serienprodukt soll der Pangea Sun in Guinea/Afrika gebaut werden. Die Tüftler des Startups, die momentan per Crowdfunding das Startkapital für ihre innovative, umweltfreundliche und nachhaltige Technologie sammeln, „möchten einen positiven Beitrag im Bereich Herstellung nachhaltige Elektronik und Design leisten“. Dazu gehöre auch, dass man eine nachhaltige IT-Wirtschaft in Afrika aufbauen wolle. (B)

**WEB-TIPP**  
[pangeaelectronics.com](http://pangeaelectronics.com)

## GEGENWART DER ZUKUNFT

### Was läuft gut? Was läuft anders?

Das ist eine Stiftung, eine Webseite und ein Netzungsangebot: [futzurwei.org](http://futzurwei.org).

Geschichten vom Gelingen werden erzählt. Von verantwortungsbewussten Unternehmern, kreativen Schulleitungen, Bürgerinitiativen, studentischen Start-ups oder einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die zeigen, wie anders gelebt und gewirtschaftet werden kann. Das Zukunftsarchiv bietet Wissen und Informationen zu Projekten über den anderen Umgang mit Rohstoffen und Energien, über andere Formen von Produktion und Konsum. Die Webseite ist verspielt gestaltet. Auch diejenigen, die klares Design schätzen, sollten sich davon nicht abhalten lassen. Spielerisches Suchen lohnt sich.

Es gibt Unternehmen und Unternehmerinnen, die heute schon wirtschaftlichen Erfolg systematisch anders messen. Gut 200 Unternehmen stellen eine sogenannte Gemeinwohlbilanz auf. Die Vermehrung des Gemeinwohls steht im Mittelpunkt; daran wird der Erfolg gemessen. Das große Ziel: eine solidarische Ökonomie. Auf dieser Webseite erfährt der Interessierte schnell, was wo läuft, wer schon mitmacht und was seine Kommune beachten sollte, wenn sie investiert und einkauft. In dieser Ausgabe von OXI stellt Jana Gebauer (Seite 16) Unternehmen vor, die sich von der Wachstumslogik befreien. (WS)

**WEB-TIPPS**  
[futzurwei.org](http://futzurwei.org)  
[ecogood.org/gemeinwohl-bilanz](http://ecogood.org/gemeinwohl-bilanz)  
Mehr zum Thema auch auf: [oxiblog.de](http://oxiblog.de)



## PRODUKT DES MONATS

# Das Fairphone — Ein Smartphone aus anders organisierter Produktion

Wir trinken „fairen“ Kaffee und lassen uns von Ökostrom erleuchten. Kaufen aber teure Smartphones, deren Rohstoffe oft aus Kriegsgebieten wie dem Kongo kommen. Dort werden Metalle wie Tantal, Kobalt, Wolfram, Zinn und Gold gewonnen, die bei der Produktion von Smartphones benötigt werden. Wie es anders geht, zeigt das Fairphone schon in der zweiten Produktgeneration. Begonnen hat alles 2010 mit einer niederländischen Initiative, die auf Konfliktmaterialien in Konsumenten-Elektronik aufmerksam machen wollte. Drei Jahre beschäftigte sich die Waag Society mit ihrer Aufklärungskampagne. Bis man sich sagte: Wir wollen sehen, ob wir es selbst besser können. Ergebnis war das erste Fairphone aus dem Jahr 2013, das nicht nur Rohstoffe aus Konfliktgebieten zu vermeiden suchte, sondern auch reparaturfreundlich konstruiert war. 2015 kam das zweite Modell auf den Markt. Es war technisch anspruchsvoller. Und wollte zugleich noch konsequenter auf faire Produktion setzen.

Immerhin können heute laut Unternehmensberichten die vier Metalle Gold, Zinn, Tantal und Wolfram aus konfliktfreien Minen bezogen werden. Die Suche nach geeigneten Förderstädten zog sich über die ganze Welt bis zu einer peruanischen Goldmine.

Das Gerätedesign ist auf leichte Reparierbarkeit ausgelegt. Module wie Kamera, Display oder Akku können als Ersatzteile bestellt und ohne Mühe auch vom Laien ausgetauscht werden. Die Test-Plattform iFixit hat dem Fairphone dafür Bestnoten vergeben.

Der Aufwand bei der Produktion und die derzeit noch niedrigen Verkaufszahlen haben ihren Preis. Der liegt fast im Oberklassebereich; die Technik selbst erreicht aber nur gutes Mittelklasse-Niveau, wie einige Tests ergeben haben. Auch mit der Software klappt es noch nicht immer tadellos. Eingesetzt wird ein eigenes Betriebssystem namens



Äußerlich ein Smartphone mit gediegenem Design. Erst beim Innenleben werden die Unterschiede zu herkömmlich produzierten Geräten deutlich.

FOTO: FAIRPHONE

Fairphone OS, das aber wie Android auf Googles Open-Source-Software aufsetzt. Immerhin bemüht man sich laufend um Optimierungen des Systems. Zu kaufen gibt es das Fairphone derzeit nur über die Hersteller-Website. Telekom-Unternehmen in Österreich, der Schweiz und den Niederlanden haben das Gerät in ihre Vertragsprogramme aufgenommen. In Deutschland gibt es keine Anzeichen. Das Fairphone 2 kostet mit blauschimmernd „transluzenter“ Gehäuserückseite aktuell auf [shop.fairphone.com](http://shop.fairphone.com) 529 Euro. (JW)



# Sozialer Kapitalist, reloaded

Der Unternehmer, Philanthrop und Sozialreformer Robert Owen (1771-1858) gehörte zu den „Frühsozialisten“ und ist heute so gut wie vergessen. Er war europaweit bekannt, der Begriff „Owenismus“ war bis 1848 geläufiger als „Sozialismus“ und „Kommunismus“. Lange erweckte der „Frühsozialist“ nur historisches Interesse. Das ändert sich.

VON RUDOLF WALTHER

Owen verband in seiner Person den praktisch orientierten Unternehmer und den ins Utopische ausgreifenden Volksaufklärer, Politiker und Sozialreformer. Noch auf dem Totenbett soll der 87-jährige einem Partner gestanden haben: „Die ganze Welt ist verrückt, außer wir beide, aber selbst Sie sind schon ein wenig verrückt.“ Verrückt war Owen sicher nicht, denn dafür hat er viel zu scharfsinnig beobachtet, was die industrielle Revolution allein mit der Erfindung der Spinnmaschine (1764) und der Dampfmaschine (1769) außer einem zwiespältigen Fortschritt in die Welt gesetzt hat: wachsende Armut und schreiendes Elend auf der einen, ungeheuren Reichtum auf der anderen Seite. Den Abgrund zwischen diesen beiden Welten empfand Owen als Anreiz zu eingreifenden Reflexionen und praktischem Eingreifen.

Zwei ganz unterschiedliche Elemente grundierten theoretisch Owens praktische Arbeit als Philanthrop und Sozialreformer: seinen quasi-religiösen Glauben an einen allmächtigen Schöpfergott und seinen technisch-naturwissenschaftlich orientierten Rationalismus. Beide Elemente vereinigten sich zu einer rustikalen Milieutheorie, also zur Auffassung, Menschen würden bis ins Innerste von den sozialen Umständen, dem Milieu, geprägt, in das sie hineingeboren werden.

Zur kirchlich verfassten Religion wie zum Priestertum ging Owen schon als junger Mann auf Distanz. Er vertraute auf die aus der Aufklärung hervorgegangene Schwundstufe von Religion, in der Gott zwar noch als Urschöpfer agierte, aber seit dem Schöpfungsakt auf den Gang der Welt keinen direkten Einfluss mehr nahm. Owen nennt diese Religion „rationale Religion“, die auf „der Beweiskraft unserer Sinne“ beruht – eine quasi-religiöse Weltanschauung, die man heute „Deismus“ nennt. In dieser Perspektive wird jeder Mensch von zweierlei geprägt: einmal von dem, was ihm der Urschöpfer mitgibt und dann von jenen „Eigenschaften, die der Mensch durch die Erziehung bzw. durch die Umstände erhält“, also von den sozialen Verhältnissen, in denen er aufwächst. Diese machen Menschen zu „unvernünftigen und unglücklichen Geschöpfen“, das heißt „auf Länder, Sekten, Klassen und Parteien beschränkte Wesen“.

Der Einfluss der sozialen Verhältnisse und Umstände kann mit Bildung kompensiert werden: „Der Kannibale, der seine eigenen Mitmenschen als Delikatesse“ kennenlernt, kann zum Vegetarier erzogen werden. Zu den Umwelteinflüssen zählt Owen auch alle Religionen, „die heute die menschliche Rasse erniedrigen und unterdrücken“ und alle „Spaltungen, Verfolgungen, Massaker, Kriege und Verbrennungen“ verursachen. Religionen sind für Owen – wie Sekten – „wilder Einbildungskraft“ und „Mystizismus“ geschuldet. Mit seiner Milieutheorie fegte Owen Willensfreiheit und individuelle Verantwortung vom Tisch und wollte sie im robusten Glauben an den allmächtigen Deismus durch die „Lehre der Notwendigkeit“ ersetzt wissen.

Mindestens so negativ wie Religionen wirkt sich eine andere soziale Institution auf die Verwirklichung dessen aus, was Owen „die menschliche Natur“ nennt: das ungleiche private Eigentum. Der ungleiche Zugang der Menschen zu „Reichtum und Wissen“ erzeugt die „Hydra des menschlichen Elends“, also „Armut, Unwissenheit, Elend, Strafe, Konkurrenz und Vereinzelung“. Das System des ungleichen privaten Eigentums nennt Owen „individuelles oder altes System“ beziehungsweise mit Adam Smith „commercial system“. Dies im Gegensatz zu seinem „sozialen System“, das auf „Vereinigung und Kooperation“ sowie „wahrhafter Freiheit und Gleichheit“ beruht. Ungleiches privates Eigentum, heißt es bei Owen, verwandelt den Menschen „zum unmoralischsten aller Tiere“ und gleichzeitig zum „Produktionszubehör“ – eine Formulierung, die Karl Marx gekannt haben dürfte, als er 1867 vom Menschen als zum „Teilmenschen entwürdigten Anhängsel der Maschine“ sprach.

Bildung spielt bei Owen nicht nur in der Kindererziehung eine zentrale Rolle, sondern generell bei der „neuen Organisation der Gesellschaft“.

„Die Frage ist, wie der Überfluss an Reichtum der ganzen Gesellschaft zum Vorteil verteilt werden kann“.

## LEBEN

Robert Owen wurde am 14. Mai 1771 als Sohn eines Sattlers und Eisenwarenhändlers in Newtown, Wales, geboren. Mit zehn Jahren kam er als Lehrling in ein Londoner Textilgeschäft, wurde 1799 Betriebsleiter und **Geschäftsführer einer Baumwollspinnerei** in Lanark, Schottland, schließlich Teilhaber und erfolgreicher **Unternehmer**.

Er stattete die Fabrik, die er dem Schwiegervater abkaufte, mit modernster Technik aus und kümmerte sich um die Belange der Arbeitenden in seiner **genossenschaftlich organisierten Fabrik**. Er kürzte die Arbeitszeit für Erwachsene und Kinder auf zehn Stunden, beseitigte das übliche Truicksystem, das die Arbeitenden zwang, schlechte Lebensmittel im fabrikeigenen Laden zu kaufen. Er eröffnete einen **Konsumladen**, in dem sie gute Lebensmittel zu fairen Preisen kaufen konnten. Vor allem kümmerte er sich um die Bildung der Kinder.

1813 zahlte der mit 42 Jahren zum **Millionär** gewordene Unternehmer seine Geschäftspartner aus. Der Erfolg sowie seine propagandistische Tätigkeit in eigener Sache machten Owen europaweit bekannt. Er trug seine **Reformideen** unter anderem dem englischen Parlament vor.

1825 verkaufte er die Fabrik in Lanark, reiste in die USA und propagierte seine Ideen des „sozialen Systems“. In den USA gründete er eine ländlich gelegene **Mustersiedlung** in New Harmony, Indiana, in der industriell und landwirtschaftlich produziert wurde. Das Projekt, soziale Industriearbeit mit der kooperativen Erzeugung von Lebensmitteln zu verbinden, scheiterte im Jahr 1827 und trug Owen einen **Verlust** von 200 000 Pfund (nach heutiger Kaufkraft rund zwei Millionen Euro) ein. In den Jahren bis zu seinem Tod am 17. November 1858 warb er unentwegt für seine Idee – nach seiner Devise: „viel nachdenken, wenig reden, ausgiebig experimentieren“ – und fand damit Anerkennung in der erwachenden europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

## WERKE

- A New View of Society, or, Essays on the Principle of the Formation of Human Character (1813/14);
- Lectures on an Entire New State of Society (1830)
- Life of Robert Owen. Written by Himself, 2 Bde. (1857/58)

## DER AUTOR

**Rudolf Walther** ist Historiker und hat 18 Jahre lang als Redakteur des Lexikons „Geschichtliche Grundbegriffe“ gearbeitet. Seit 1994 ist er als freier Autor tätig. Seine Essays, Porträts und Kommentare liegen in vier Bänden vor (Oktober Verlag).

Mehr Texte von Rudolf Walther finden Sie auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)

OXI  
BLOG  
.de



Dem Schwachen kann nur „mit Hilfe des Wissens“ zu seinem Recht verholfen werden. Und für den Reichtum aller zählt nicht der „Profit in Form von Geld“, sondern es zählen die „Fähigkeiten der Bevölkerung“ – „das geistige Erz“, das „wertvoller ist als alles Gold und Silber“. Spekulanten, Bankiers, Priester und Regierende sind gegenüber den aktivproduktiven Klassen „vor allem passive Wesen“, die dazu erzogen wurden, „betrügerisch zu sein, ihren Oberen gegenüber äußerst unterwürfig, hochmütig oder tyrannisch gegenüber denen, die sie für unterlegen halten“.

Es sind solche Einsichten in das gesellschaftliche Spaltungspotenzial von ungleichem privatem Eigentum, die Owen – bei allen Differenzen in der Theorie – die Anerkennung von Karl Marx und Friedrich Engels eingetragen haben. Für Marx markiert Owens Kooperationsystem den Durchbruch „der politischen Ökonomie der Arbeit“ gegen die „politische Ökonomie des Kapitals“, und Engels sah in Owen einen „geborenen Lenker von Menschen“.

Obwohl Owens Projekte in Lanark und New Harmony letztlich scheiterten, hat der Geschäftsmann und Visionär große Verdienste erworben bei der Durchsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen. Vieles von dem, was in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die Fabrik- und Sozialgesetzgebung einging, hat seine Wurzeln in Owens Projekten. Am Lebensende konnte er von sich sagen: „Ich bin meiner Zeit voraus.“ Seine messianischen Erwartungen – die regierende Einheit von „Wahrheit, Arbeit und Wissenschaft“ – gingen nicht in Erfüllung, aber der Spott über Genossenschaften als „Parallelogrammen der Armseligen“ von konservativen Zeitgenossen wie dem Politiker William Cobbett (1763-1835) wurde noch zu deren Lebzeiten substanzloses Gerede. Eine bis heute akute Frage der kapitalistischen Entwicklung formulierte Owen schon vor fast 200 Jahren: „Die große Frage [...] ist nicht, wie genügend Reichtum für alle produziert, sondern, wie überhaupt der Überfluss an Reichtum, der leicht erzeugt werden kann, der ganzen Gesellschaft zum Vorteil verteilt werden kann“.

## ZEITSPRUNG

### Wo Denker heute an Owen anknüpfen

Owens Plädoyer für ein „soziales, kooperatives und gemeinschaftliches System“ trug ihm zu Recht den Ruf eines „**Patriarchen des Sozialismus**“ ein. Entgegen der populären Vorstellung, der Sozialismus und alles, was je damit gemeint gewesen sein könnte, sei nach 1989/90 endgültig Geschichte, unternimmt der Frankfurter Philosoph **Axel Honneth** in seinem jüngsten Buch den Versuch, „Die Idee des Sozialismus“ (Berlin 2015, Suhrkamp) zeitgemäß zu reformulieren. Direkte Anknüpfungspunkte für die heutige politische Praxis wie die zeitgemäße theoretische Rekonstruktion der sozialistischen **Genossenschaftsidee** lassen sich jedoch in Robert Owens Theorie und Praxis nicht finden. Zu unterschiedlich sind die „politischen Konstellationen und Handlungsmöglichkeiten“ (Honneth) von damals und heute.

Durchaus anschlussfähig ist jedoch nach Honneths überzeugender Analyse die Theorie Owens insofern, als dieser – bei aller praktischen Orientierung seines Projekts – Sozialismus nicht in einem sozialtechnisch verkürzten Sinne verstand, also als rein wirtschaftliches Problem der Optimierung der Produktion und der Verteilung des Produzierten oder als quasi-naturnotwendiges Ergebnis der technischen und industriellen Entwicklung, sondern auch auf die „**moralischen Antriebskräfte**“ abhob. Sein neues „soziales System“ beruhte – nach seinen Worten und im Unterschied zum „individuellen“ oder „kommerziellen System“ – auf einem „System von sozialen Arrangements“, die der „Vereinigung und Zusammenarbeit aller zum Vorteil eines jeden“ (Owen) dienen. **Zusammenarbeit** und, modern gesprochen, **Solidarität** gehören für Owen zwar schon zur unverdorbenen „menschlichen Natur“, aber sie wurden in „6000 Jahren“ „durch ein System von individueller Belohnung und Bestrafung, von Ehrgeiz und unterschiedlichen Interessen“ geschwächt und zerstört. Den moralischen Antriebskräften zur Verbesserung der Gesellschaft wollte Owen durch „Erziehung“ und „Charakterbildung“ der Menschen von früherer Jugend an nachhelfen.

Zu den „Geburtsfehlern des sozialistischen Projekts“ insbesondere Marx’scher Prägung zählt Honneth die Konzentration auf den Markt und die Überwindung der Marktwirtschaft sowie den spekulativ-geschichtsphilosophisch unterstellten Glauben an die „historische Notwendigkeit“ des Bruchs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, getragen vom privilegierten **Kollektivsubjekt** „Proletariat“. Die Hoffnung darauf hat sich erledigt.

Owen und andere Frühsozialisten begründen ihre sozialistisch-genossenschaftlichen Projekte politisch-praktischer und pragmatischer. Den anonymen Mechanismen der commercial society (Adam Smith) und ihren Apologeten setzte Owen „eine emanzipatorisch-solidarische Kultur“ entgegen – so **Michael Brie** in seinem Essay „Wie der Sozialismus praktisch wurde“ (Berlin 2015). Mit einer „rücksichtslosen Analyse“ von Owens Experimenten im 19. Jahrhundert hätte der Sozialismus im 20. manche Irrtümer und Sackgassen vermeiden können, meint Brie zu Recht. Die Idee einer „Gemeinschaft füreinander tätiger Subjekte“ (Honneth) formulierte Owen präziser als andere. Seine theoretischen Bemühungen verstand er als **„Wissenschaft vom Glück“** und seine Praxis zielte „auf eine von Antagonismen befreite Gesellschaft universeller Emanzipation der Individuen“ (Brie) jenseits von Geschlecht, Nation, Rasse und sozialer Position. Honneth fasst diesen Anspruch mit dem Begriff „sozialer Freiheit“, die es zu verwirklichen gelte in „einer demokratischen Lebensform“ jenseits von Markt, individueller Vertragsfreiheit und Kapitalismus. Sozialismus könnte man demzufolge mit Honneth als Verlangen verstehen, „alle sozialen Hindernisse zu beseitigen, die einer Praktizierung von Freiheit im solidarischen Füreinander im Weg stehen“. Auch Michael Brie macht deutlich, dass eine Reformulierung von Sozialismus und Genossenschaftsideen unter den heutigen Bedingungen bei Owen zwar keine Patentrezepte, aber sachdienliche Hinweise findet. Das macht seine politische und theoretische Aktualität aus. (RW)



**VOLKSABSTIMMUNG IN DER SCHWEIZ**

**Gratisgeld für alle**

In der Schweiz können die Stimmbürger Anfang Juni abstimmen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen (GE) eingeführt werden soll. Alle Bürger erhalten jeden Monat eine bestimmte Geldsumme. Ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Lage und ungeachtet der Frage, ob sie arbeiten oder nicht. Einer der Anlässe für diese Überlegungen, die auch in Deutschland diskutiert werden: Immer mehr Waren werden maschinell hergestellt, so soll das GE den geschaffenen Wohlstand gerechter verteilen. Die Initiativegruppe in der Schweiz („Gratisgeld für alle“) denkt an 2 500 Franken im Monat. Der Sozialstaat soll erhalten bleiben. Beispiel: Erhält eine Schweizerin heute 3000 Franken an sozialen Leistungen, dann würde sie künftig ein GE von 2 500 Franken erhalten plus 500 Franken Sozialleistungen. Sie würde sich nicht verbessern, jedoch alle anderen, die keine oder geringere soziale Leistungen erhalten.

Ein Problem: Kritiker befürchten, Unternehmer könnten das GE zum Anlass nehmen, um die Löhne deutlich zu senken, mit Hinweis auf das GE; so würden die Unternehmen mit dem GE letztlich auf Kosten der Steuerzahler subventioniert. Das

Gegenargument: Wer ein solches GE erhalte, sei viel freier und müsse nicht mehr jede Arbeit annehmen, so dass die Unternehmen gezwungen seien, um Arbeitskräfte zu werben. Zudem würde die vielfältige unbezahlte Arbeit (beispielsweise private Erziehungs- und Pflegearbeit) honoriert werden, die vornehmlich von Frauen geleistet wird.

Rein rechnerisch müsste für dieses GE jährlich gut 200 Milliarden Franken aufgebracht werden. Die Schweizer Initiatoren wollen die Summe vor allem über eine Mehrwertsteuer auf Güter und Dienstleistungen finanzieren, auch eine Steuer auf Geldtransaktionen ist im Gespräch. Die Chancen dieser Initiative sind vermutlich sehr gering, aber sie macht das GE zu einem Thema. In Finnland soll diese Idee übrigens getestet werden: 1 500 Finnen, so die Absicht der bürgerlichen Regierung, sollen zwei Jahre lang ein Grundeinkommen erhalten. Beträge zwischen 550 und 750 Euro sind im Gespräch. Das Projekt, über dessen Details noch verhandelt wird, soll Anfang 2017 starten. Es soll unter anderem herausgefunden werden, wie sich das Erwerbsverhalten der Teilnehmer verändert.

**ERBSCHAFTSSTEUER**

**Warum nicht 100 Prozent**

Die Bundesregierung streitet, wie sie die Erbschaftssteuer neu fassen will. Sie muss sich bis Juni einigen. Für die Debatte darüber hier zwei wichtige Hinweise: Von 2000 bis 2020 wurden und werden privatrechtlich 5,7 Billionen Euro vererbt, mehr als die Hälfte des deutschen Gesamtvermögens, das etwa zehn Billionen Euro beträgt.

Gäbe es in Deutschland eine Erbschaftssteuer wie in Frankreich, in Höhe von 50 Prozent, so hätte die deutsche Öffentlichkeit in diesem Zeitraum 2,9 Billionen Euro eingenommen, genug, um ihr Gemeinwesen in Ordnung zu bringen und mehr Flüchtlinge gut zu versorgen.

Aber warum nur 50 Prozent?

Der emeritierte Schweizer Ökonomieprofessor Guy Kirsch und sein Kollege Volker Großmann haben jüngst die These begründet, „Erben ist ungerecht“; unter anderem in der Süddeutschen Zeitung vom 21. März 2016. Sie plädieren dafür, „den Nachlass reicher Menschen zu hundert Prozent“ zu besteuern. Die Erbschaften sollen nicht an vermeintlich „Erbrechtige“ gehen, sondern in einen Fonds fließen, aus dem – in demokratisch-rechts-

staatlich legitimierten Verfahren – Vorhaben finanziert werden, die der gesamten Generation Heranwachsender dienen (und nicht nur ein paar happy few).

Mit Gleichmacherei habe das nichts zu tun, so ihre Argumentation, denn: „Wer den einzelnen ernst nimmt, muss es geradezu als Ärgernis empfinden, wenn Söhne und Töchter reicher Väter im Zweifel nur deshalb besser als andere durch das Leben gehen können, weil sie reiche Eltern haben.“ Nur das sei dem eigentlich liberal-individualistischen Denken gemäß.

OXI-Autor Rudolf Walther erläutert, wie diese Argumentation auf den Theorien des englischen Philosophen John Locke sowie der deutschen Philosophen Immanuel Kant und Georg Wilhelm Friedrich Hegel ruht.

Mehr zu diesem Thema finden Sie auf [oxiblog.de/erben-oder-erwerben](http://oxiblog.de/erben-oder-erwerben)



**KOLUMNE**

VON JO WÜLLNER

Wir Linken sind saubere Typen, glauben wir. Unsere Wut ist immer gleich edel, der Hass gerecht, der Neid zwar nicht vorzeigefähig, aber doch irgendwie berechtigt. Es geht ja um globale Gerechtigkeit, Demokratisierung, Umverteilung. Das rechtfertigt sogar, wenn Antifa-Chaoten Randalen machen. Es geht halt um edle Ziele.

Bullshit. Selbstveredelungs-Quatsch. Das Leben ist nur selten voll gut oder echt böse. Oder pur links oder rechts. Es geht meist um sehr gemischte Gefühle. Nehmen wir den Fall des Sohns eines Freundes (der Vater ein linker Sozialpfarrer, also einer von den Superguten). Der Sohn, 18 Jahre, 1,2er-Abi, 135er IQ, seit Kleinkindtagen computergeiler Tüftler, hat keinen Bock aufs Studium, strebt nach Selbstständigkeit und verlangt für seine Software-Dienste (genial-effizient) von desorientierten

**GEMISCHTE GEFÜHLE**

**Neid auf den Nächsten.  
Wut auf die Anderen.**

Kleinbetrieben 120+ Euro die Stunde und hat sich gerade einen 745er BMW Diesel von 2005 für knapp 10.000 Euro gekauft. Warum? „Mein Vater fährt seit ich denken kann ökomäßig korrekte Japaner, langweilig. Ich wollte mich mal in ein richtiges Auto setzen.“ Ich äußerte behutsame Einwände, Sprit, Steuer, Versicherung, Umwelt, Ressourcen. „Ich fahre das Ding jetzt. Und bestimmt nicht jahrelang, reicht das, du Spaßbremse?“ Auf den BMW war ich echt nicht neidisch. Aber auf den tarifvertragsfrei

erwirtschafteten Stundenlohn. Als ich 18 war, jobbe man im linken Buchladen für nen Fünfer die Stunde. Ich war auch neidisch auf die Rationalisierungsgewinne, die dieser clevere Schnösel einstreichen konnte: Was er nach außen als Arbeitsstunde verkaufte, kostete ihn maximal 40 Minuten. Selbstständige schaffen sowas heute manchmal als Solisten, wo kein Chef den Mehrwert des Zeitgewinns einstreichen kann.

Wann kommt also Neid auf? Wenn einer in der Nähe sich was leisten kann. Ob die Geissens, jene dialektgeschädigten RTL-II-Vorzeige-Mallorca-Millionäre, sich eine neue Harley kaufen und das in TV-Werbespots demonstrieren, geht den meisten Menschen am Arsch vorbei. Das sind „Andere“. Neidisch machen die Nahen, die Nachbarn, der Kollege, selbst gute Freunde (und Freundinnen selbstredend auch). Die kleinen Unterschiede in der eigenen kleinen Welt erwecken mehr böse Gefühle

als die großen Unterschiede in der großen, weiten Welt. Nur das Kleinbürgerproblem dieser Typen mit dem falschen Bewusstsein? Selbsttäuschung. Der Neid ist da. Wir kriegen ihn nur weg, wenn die Nahen zu den Nächsten werden.

Richard Sennett, der alte handwerks-romantische US-Soziologe, setzt auf „Zusammenarbeit“ (zugleich Titel eines durchaus lesenswerten Buches). Der Nenner seiner Argumentation: Wer gemeinsam an einem Projekt wurschtelt, achtet nicht mehr auf die kleinen Unterschiede. Statt engem Neid ist Platz für größere Gefühle. Zum Beispiel Stinkewut auf die, die sehr weit oben sind und kaum erreichbar scheinen. Wie man trotzdem an die ran kommt, ist eines der Projekte, bei denen die gemischten Gefühle keine Rolle mehr spielen. Weil der kleine Unterschied untereinander gegenüber dem großen nach oben dann doch keine Rolle mehr spielt. Oder ...?

**Sabine Pfeiffer  
zu Industrie 4.0  
und der (R)Evolution der Arbeit  
auf [oxiblog.de](http://oxiblog.de)**



Mehr Interviews im Blog zum Blatt

\* 12 Ausgaben kosten 40 Euro

Mehr Blatt im Abo\* über [oxiblog.de](http://oxiblog.de) oder 030/2978-4678



FOTO: STEPHAN MOLL, BERLIN